

Marxistisches Forum

Heft 56

Die Legende von der revisionistischen Wende

mit Beiträgen von
Ingo Wagner, Siegfried Kretzschmar,
Ekkehard Lieberam, Herbert Münchow, Werner Roß,
Robert Steigerwald

Marxistisches Forum

Heinz Behlingt, Michael Benjamin, Joachim Bischoff, Gerhard Branstner, Wolfgang Brauer, Erich Buchholz, Stefan Doernberg, Ernst Engelberg, Edeltraut Felfe, Susi Fleischer, Gert Friedrich, Kuno Füssel, Günter Görlich, Erich Hahn, Heidrun Hegewald, Manfred Hegner, Horst Heiningen, Uwe-Jens Heuer, Klaus Höpcke, Helga Hörz, Detlef Joseph, Herbert Hörz, Ernstgert Kalbe, Heinz Kallabis, Horst Kellner, Hermann Klenner, Horst Kolodziej, Adolf Kossakowski, Dieter Kraft, Hans-Joachim Krusch, Volker Külow, Daniel Lewin, Ekkehard Lieberam, Peter Ligner, Renato Lorenz, Moritz Mebel, Harald Neubert, Harry Nick, Eberhard Panitz, Kurt Pätzold, Wilhelm Penndorf, Siegfried Prokop, Wolfgang Richter, Fritz Rösel, Ekkehard Sauermann, Gregor Schirmer, Walter Schmidt, Horst Schneider, Arnold Schölzel, Günter Schumacher, Hans-Joachim Siegel, Gisela Steineckert, Gottfried Stiehler, Armin Stolper, Wolfgang Triebel, Wolfram Triller, Ingo Wagner, Günter Wendel, Laura von Wimmersperg, Dietmar Witticht, Winfried Wolf

Redaktion: Kurt Pätzold, Hans-Joachim Siegel

Leipzig, Juni 2008

Preis 4,00 Euro

Die Legende von der revisionistischen Wende

Inhalt:		Seite
Ekkehard Lieberam	Vorwort	2
Ingo Wagner	Kritische Notizen gegen Geschichtsmystifikationen in Sicht des wissenschaftlichen Sozialismus	4
Siegfried Kretzschmar	Ohne Wahrheit keine taugliche Niederlagenanalyse	26
Ekkehard Lieberam	Sozialismuserfahrungen und zeitgemäße Sozialismuskonzeption	30
Herbert Münchow	Trotz alledem!	33
Werner Roß	Sozialistische Demokratie und linker Dogmatismus	36
Robert Steigerwald	Debatte: Über „Revisionismus“ und „Revisionismus-Kritik“ in junge Welt und anderswo	41

Die Autoren:

Ingo Wagner	Prof. Dr., Rechtstheoretiker, Leipzig
Siegfried Kretzschmar	Philosoph, Leipzig
Ekkehard Lieberam	Prof. Dr., Staatstheoretiker und Verfassungsrechtler, Leipzig
Herbert Münchow	Philosoph, Leipzig
Werner Roß	Prof. Dr., Wirtschaftsjurist, Zwickau
Robert Steigerwald	Dr. phil., Philosoph, Eschborn

Vorwort

Robert Steigerwald hat in einem Doppelartikel am 10. und 11. Dezember in der jungen Welt für eine „zukunftsfähige kommunistische Politik“ plädiert. Um entgegenstehende „Verhaltens-, Denk- und Strukturweisen zu überwinden, die dem humanistischen Anspruch unserer Idee und Weltanschauung widersprechen“, sei eine kritische Auseinandersetzung mit der Stalinzeit und überhaupt eine realistische Ursachenanalyse hinsichtlich des Scheiterns des Realsozialismus unabdingbar. Im Besonderen wandte er sich damit gegen Positionen, die von Kurt Gossweiler und Renate Münder sowie „durch Aufsätze in zwei Publikationen, die Hans Heinz Holz herausgibt, T&P (Theorie und Praxis) und Topos“ vertreten werden. Danach ist es der Revisionismus von Nikita Sergejewitsch Chruschtschow gewesen, der für die Niederlage ursächlich war.

Eine erste Antwort auf Steigerwald erschien in der jungen Welt vom 13. 12. 2007 und fiel sehr kräftig aus. Hans Heinz Holz gab ihr die Überschrift: „Die revisionistische Wende“. Der Verfall der Sowjetunion habe erst nach Stalin begonnen, auf keinen Fall mit der Wahl Stalins zum Generalsekretär. Wer das mit Steigerwald bezweifle, leide unter einem „Stalin-Trauma“. Er müsse sich fragen lassen, „ob das eine sozialdemokratische oder trotzkistische Variante des Revisionismus ist.“ In dem kurz darauf, anlässlich des 90. Jahrestages der Oktoberrevolution erschienenen Heft 28 der Zeitschrift Topos zum Thema „Revolution“ untersetzte Hans Heinz Holz seine Sicht der Dinge theoretisch mit dem Konstrukt einer „prolongierten“, d. h. verlängerten Revolution. Es habe sich bei dem Massenterror um einen Vorgang im Rahmen der gesellschaftlichen „Umgestaltung“ bzw. „des revolutionären Prozesses“ gehandelt. Im Grußwort von Hans Heinz Holz zur Festveranstaltung des RotFuchs-Fördervereins e. V. anlässlich des 190. Geburtstages von Karl Marx in Chemnitz am 3. Mai 2008 (junge Welt vom 7. Mai) erscheinen dann Lenin und Stalin hinsichtlich der Fähigkeit, „den Opportunismus (zu) verhindern und sturen Dogmatismus (zu) vermeiden“, auf gleicher Augenhöhe: „die politische Praxis von Lenin und Stalin (hat) gezeigt, wie man sich der schwierigen und widersprüchlichen Aufgabe stellt, auch wenn man dabei Fehler macht und sie selbstkritisch erkennt und überwindet.“

Die in Deutschland insbesondere von Kurt Gossweiler seit Anfang der neunziger Jahre eingenommene und wenig beachtete Außenseiterposition einer Ehrenrettung Stalins und einer Schuldzuweisung für die Niederlage an den Superrevisionisten Chruschtschow hat so die offene Unterstützung eines Philosophen und Universalgelehrten mit Weltrang gefunden, was die Sache allerdings nur noch schlimmer macht. Denn die Wiedergeburt sozialistisch-kommunistischer Identität soll offensichtlich auf einer Grundlage erfolgen, die politisch falsch, theoretisch absurd und strategisch verheerend wäre.

Die kritische Sicht auf das Revisionismusverständnis von Hans Heinz Holz ist nur ein Anliegen dieses Heftes. Sie erfolgt vor allem mit dem Abdruck des Doppelartikels von Robert Steigerwald und in dem Artikel von Ingo Wagner „Kritische Notizen gegen Geschichtsmystifikationen“. Robert Steigerwald, Ingo Wagner und den anderen Autoren geht es aber um mehr, um eine zukunftsfähige sozialistisch-kommunistische Politik und Programmatik. Dafür bedarf es einer tatsächlichen Ursachenanalyse der Niederlage des Sozialismus als Weltsystem mit Schlussfolgerungen für einen zukünftigen Sozialismus, insofern auch eines entsprechendem tauglichen methodologischen Instrumentariums, um zu einer komplexen Untersuchung der Ursachen dieser Niederlage, der positiven und negativen Erfahrungen des Realsozialismus zu kommen.

Zum Thema „Niederlage und Zukunft des Sozialismus“ kann der Revisionismusbegriff wenig leisten. Diesen Begriff wird man so auch in den Schriften von Karl Marx etwa nach dem Scheitern der Pariser Kommune vergeblich suchen. Nach 1989/1991 ist eine konkrete Analyse der Widersprüche, politischen Formen und Erfahrungen dieses Kampfes, auch der Dialektik von Theorie und Praxis in diesem Kampf erforderlich. Totschlagargumente sollte man dem Gegner überlassen. Zu Recht verweist Ingo Wagner darauf, dass taugliche Aussagen zu den Ursachen des Scheiterns des Sozialismus als Weltsystem niemals „das Ergebnis deduktiver Ableitungen aus der fundamentalen philosophischen Ebene“ sein können.¹ Denn bei einem derartigen Herangehen bedarf es der konkreten Untersuchung nicht mehr. Wer alle Antworten im Voraus kennt, kann sich darauf konzentrieren, sie ex cathedra als unfehlbare Glaubensbekenntnisse zu verkünden. Zweifler und Ungläubige trifft der Bann der Revisionismusabweichung oder -nähe.

Die Niederlage hat uns zuvörderst klar gemacht, dass wir ökonomisch (und dann auch politisch) unterlagen, weil wir hinsichtlich der Arbeitsproduktivität nicht nur im Systemwettbewerb keine Überlegenheit erlangten, sondern regelrecht gegenüber den kapitalistischen Industrieländern zurückfielen. Entsprechende Bemühungen, so in der DDR der sechziger Jahre, ein taugliches ökonomisches System des Sozialismus zu entwickeln, sind gescheitert. Die Niederlage hat uns auch gelehrt, dass die aus bestimmten historischen Zwängen in der Sowjetunion des Jahres 1918 vorgenommene Ersetzung des Marxschen Prinzips der Selbstregierung des werktätigen Volkes durch die Herrschaft der marxistisch-leninistischen Partei (dann seit Stalin: ihres engsten Führungszirkels) politisch-strategisch zur Katastrophe führen musste. Vertan wurde die Chance, einen der bürgerlichen Demokratie wirklich überlegenen Demokratietyp zu entwickeln. Die Erfahrungen der sozialistischen Länder haben ebenfalls deutlich gemacht, dass sozialistische Gesellschaftsgestaltung ein Suchpfad ist, in dessen Verlauf immer wieder grundlegend

¹ Vgl. Ingo Wagner in diesem Heft, S. 8

neue theoretische Erkenntnisse gewonnen wurden, die weder Marx und Engels noch Lenin so voraussehen konnten: wie z. B. der Charakter des Sozialismus als historisch lang andauernde Entwicklungsphase, als relativ selbständige Gesellschaft mit eigenen Gesetzmäßigkeiten.

Marxistische Theorie vermischte und vermischt sich „immer wieder mit Utopie“². Ein z. B. auch von Karl Kausky vermutetes Primat der Theorie gegenüber der Praxis gibt es nicht. „Die Frage, ob dem menschlichen Denken gegenständliche Wahrheit zukomme, ist keine Frage der Theorie, sondern eine *praktische* Frage“³ hatte Karl Marx im Frühjahr 1845 all jenen ins Stammbuch geschrieben, die Theorien mit Theorie beweisen wollen. „Der Marxismus ist als theoretische Bewegung stets mit der sich verändernden Welt verknüpft, antwortet auf sie, korrigiert seine Antworten. Der Streit von Bernstein, Kautsky und Luxemburg kann nicht ohne die Auseinandersetzungen in der Arbeiterbewegung, die Leninsche Revolutionstheorie, das stalinistische Denksystem nicht ohne das administrativ-zentralistische System und die faschistische Bedrohung verstanden werden. Der Marxismus ist zu keinem Zeitpunkt ein geschlossenes System, sondern immer nur Antwort, besser ein Feld von Antworten auf die Welt. Er steht nicht nur in Auseinandersetzung mit der Welt, sondern stets auch in innerer Auseinandersetzung. Er unterliegt dann immer auch der Gefahr irriger, unreifer und apologetischer Antworten, bestimmt durch ungenügende Kenntnis, den Druck des Klassengegners, aber auch des Parteidogmatismus.“⁴ Hinzuzufügen wäre noch: natürlich ebenfalls dem Druck von Revisionismus.

Staat, Recht und Politik im sich unter schwierigen Bedingungen entwickelnden Sozialismus hatten es mit Mög-

lichkeitsfeldern zu tun, in deren Rahmen Entscheidungen zu treffen waren. Dabei ging es sicherlich um größere Möglichkeiten der Politik, aber keineswegs etwa um eine Allmacht des Staates oder um die Abarbeitung von theoretischen Leitsätzen. Falsche politische Weichenstellungen hatten unterschiedliche Ursachen, die sich überwiegend dem Revisionismusbegriff entziehen. Da gab es voluntaristische Verheißungen auf einen baldigen Übergang zum Kommunismus, Negierung der Demokratiebedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger, Dilettantismus im staatlichen und politischen Leitungsapparat, Blindheit gegenüber den Gefahren fortschreitender Bürokratieherrschaft usw.

Wissenschaftler des Marxistischen Forums in Sachsen haben mehrfach mit eigenen Beiträgen in die Debatte um Ursachen und Lehren des Sozialismuszusammenbruchs eingegriffen.⁵ Sie setzen dies in dem vorliegenden Heft fort, eingedenk auch der Überzeugung, dass nach einer derart welthistorischen Niederlage weitere theoretische Anstrengungen im Interesse der „Zukunft der Bewegung“ notwendig sind. Dabei wird nicht übersehen, dass die Ergebnisse dieser „Ursachendebatte“ insgesamt durchaus beachtenswert sind. Es fehlen keineswegs solide Untersuchungen und überzeugende Schlussfolgerungen für einen zukünftigen Sozialismus. Was fehlt und anzustreben ist, ist ein Konsens hinsichtlich gemeinsamer Grundposition von Sozialisten und Kommunisten darüber. Die Zurückweisung der Tendenz, die eine erneuerte sozialistisch-kommunistische Identität ausgerechnet an Stalin, dem „verdienten Mörder des Volkes“ (Bert Brecht), festmachen will, ist dabei nicht unwichtig.

² Siegfried Prokop, Theoretisch-methodologische Probleme der Erforschung der Geschichte der DDR-Intelligenz, in: Sozialcrash, Beiträge zur Klassenanalyse, Band 3, Essen 2007, S. 49.

³ Karl Marx, Thesen über Feuerbach, MEW, Band 3, Berlin 1978, S. 533.

⁴ Uwe-Jens Heuer, Vorwort zur Neuauflage, Vom theoretischen Gewinn der Niederlage, Marxismus und Demokratie, Baden-Baden 1990, S. III.

⁵ Dazu gehören die von Mitgliedern des Marxistischen Forums in Sachsen gestalteten Publikationen des Marxistischen Forums: Heft 49, Die Ursachen des Scheiterns des europäischen Sozialismus; Heft 51, Die DDR – kein Betriebsunfall der Geschichte; Heft 53, Ingo Wagner, Das Übergangsprogramm heute; Heft 54, Ingo Wagner, für einen Sozialismus im 21. Jahrhundert.

Ingo Wagner

Kritische Notizen gegen Geschichtsmystifikationen in Sicht des wissenschaftlichen Sozialismus¹

Prolog

Einleitend ein kurzes persönliches Wort. Als Angehöriger der Armee des faschistischen Deutschlands wurde mir bereits 1944 (in Urlauben) durch SPD-Anhänger (Eltern meines Jugendfreundes) bekannt, dass es auch Karl Marx, Friedrich Engels und August Bebel gab. Deshalb trat ich im September 1945 der SPD bei. Als Mitglied der SED und aktiver und bewusster Mitgestalter der antifaschistisch-demokratischen Ordnung und der DDR habe ich die Freuden und Leiden dieser Zeit gut kennengelernt. In den Jahren 1966 bis 1972 war ich als Professor für Staats- und Rechtstheorie in schwerste Konflikte mit der SED-Führung - im Zusammenhang mit Demokratisierungsproblemen in der DDR in Auswertung, Verteidigung und Weiterentwicklung der Staatstheorie Lenins – verwickelt, ohne Schaden an meiner sozialistischen Gesinnung zu nehmen. Nach der Niederlage des Sozialismus bin ich nie auf den Gedanken gekommen, mich als „Opfer des Stalinismus“ auszuweisen. In der PDS habe ich mich redlich um einen sozialistischen Kurs – auch auf der Grundlage eines zeitgemäßen Marxismus – bemüht. Vergeblich. Im Oktober 2001 war der Rubikon überschritten. Denn es war höchste Zeit, sich von einer Partei, die sich auf den Weg zu einer sozialdemokratischen Partei von eigener Art befand, zu trennen. Zu diesem Niedergang der Partei des demokratischen Sozialismus habe ich mich in theoretisch-politischen Glossen in Buchform geäußert.²

Eine intensive theoretische Arbeit schloss sich an. Im Januar 2005 erschien meine Arbeit: *War die Niederlage des Sozialismus in Europa gesetzmäßig? (Thesen)*³ Im Februar 2006 folgte: *Die DDR – nur eine „Fußnote“ in der Geschichte? Zu Erfahrungen des europäischen realen Sozialismus (DDR) und der Notwendigkeit einer zeitgemäßen Sozialismuskonzeption für das 21. Jahrhundert.*⁴ Danach entwarf ich ein Übergangsprogramm heute.⁵ Anschließend plädierte ich für einen Sozialismus im 21. Jahrhundert.⁶ Nunmehr will ich mich erneut – aber diesmal polemisch - zu dem Ursachenkomplex der Niederlage des europäischen Sozialismus äußern und dabei auch Probleme und Fragen fortführen, die ich bereits früher in anderen Zusammenhängen erörtert habe.

I.

90 Jahre Roter Oktober hat vor allem in der linken Presse ein vielfältiges Echo hervorgerufen. Allerdings hüllte sich *Neues Deutschland* am 7. November 2007 in Schweigen. Viel Zustimmendes kann man z.B. in dem Aufruf der 17 namhaften russischen⁷ Wissenschaftler und Autoren lesen, die für die Wiedereinführung des Feiertags zu Ehren der Oktoberrevolution plädieren. Obwohl die Initiatoren politisch unterschiedlicher Auffassungen sind, bewerten sie die damaligen Ereignisse und die darauf folgende Phase des Sozialismus als das wichtigste nationale Erbe für das heutige Russland. Die Oktoberrevolution war keine Verschwörung, sondern eine soziale Revolution; sie reduziert sich nicht auf Gewalt, sondern beförderte eine supranationale und überkonfessionelle Idee: die Idee der sozialen Befreiung und Gerechtigkeit. Die sowjetische Geschichte verlief vielgestaltig. Auch die Frage nach dem Scheitern des sowjetischen Modells wird nicht ausgespart. Es wird betont, dass unterschiedliche Auffassungen bezüglich der Natur der Gesellschaftsordnung, die sich in der UdSSR herausgebildet hatte, vertreten werden. „Aber wir stimmen darin überein, dass die Geringschätzung oder gar die Aufgabe jener vom Oktober hervorgebrachten Prinzipien der Volksherrschaft, des Internationalismus, der Gerechtigkeit und des Humanismus früher oder später eine mit dem Aufbau des Sozialismus befassten Gesellschaft in die Katastrophe führen musste. Und eben dies ereignete sich in der Sowjetunion.“ Weiter heißt es: „Die Fesselung der schöpferischen Initiative der Menschen unter den Bedingungen des totalitären Regimes begrenzte die Möglichkeit des Wachstums der sowjetischen Wirtschaft immens. Das Warendefizit wurde zu ihrer charakteristischen Eigenschaft. Daraus resultierend gelang es uns nicht, den Wohlstand der Werktätigen auf das Niveau der entwickelten Länder der Welt zu heben. Was zu einer der Ursachen für den Zusammenbruch der Sowjetordnung wurde. Eine zweite wichtige Ursache stellte das Fehlen realer politischer und ökonomischer Demokratie im Lande dar, ein Zustand, der besonders unter den Bedingungen der vollen Entfaltung der weltweiten technologischen und informationellen Revolution nicht mehr hinnehmbar war. Infolge dessen kam es zur Entfremdung der bürokratischen Macht von den Werktätigen.“⁸

¹ Einige Überscheidungen im Text ergeben sich aus der Kompliziertheit der Thematik Sie sind aber zum Verständnis des Gesamtzusammenhangs notwendig.

² I. Wagner: *Eine Partei gibt sich auf*, edition ost 2004.

³ In: *Zu den Ursachen des Scheitern des europäischen Sozialismus*, Marxistischen Forum, Heft 49, S.7 ff., Leipzig Januar 2005.

⁴ In: *Die DDR – kein Betriebsunfall der Geschichte*, Marxistisches Forum,

⁵ I. Wagner: *Das Übergangsprogramm heute. Versuch einer Annäherung in Sicht des wissenschaftlichen Sozialismus*, Marxistisches Forum, Heft 53, Berlin, Januar 2007.

⁶ I. Wagner: *Für einen Sozialismus im 21. Jahrhundert als historisch-gesellschaftliche Alternative zum Kapitalismus. Geschichtliche Möglichkeit und Notwendigkeit*, Umriss/Wesen/Entwicklung, Marxistisches Forum, Heft 54, Berlin November 2007.

⁷ Siehe Autorenkollektiv, in: *Mitteilungen der Kommunistischen Plattform bei der Partei Die Linke*, Heft 9, 2007, S. 21 ff.

⁸ Ebenda, S. 26.

In einer Ausgabe von *Theorie und Praxis* (11/2007), die der Oktoberrevolution gewidmet ist, meint Hans Heinz Holz, dass der „Sieg der Konterrevolution ... nur scheinbar der Sieg der Konterrevolution“ sei. „In Wirklichkeit verschärft er die Widersprüche in der herrschenden Klasse ebenso wie die Widersprüche zwischen Herrschenden und Beherrschten, Ausbeutern und Ausgebeuteten. Auch eine gescheiterte Revolution schlägt Breschen in die Bastionen der bestehenden Ordnung und bringt den Verlauf der Geschichte voran.“⁹ Diese abstrakt-allgemeine Anmerkung bedarf auf der konkreten Ebene offensichtlich einer solchen Präzisierung, die der geschichtlichen Dimension der heutigen politischen Konstellation auf unserem Planeten entspricht. Denn die Niederlage des europäischen Sozialismus und der kommunistischen Weltbewegung war tatsächlich eine solche welthistorische Katastrophe, die auch in Zukunft die Alternative - den „gemeinsamen Untergang der kämpfenden Klassen“ - nicht ausschließt.¹⁰ Die Wahl zwischen Sozialismus und Barbarei wird im 21. Jahrhundert entschieden. Einerseits ist die Barbarei in Gestalt moderner Sklaverei als Gesellschaftszustand in greifbare Nähe gerückt. Andererseits nimmt aber die mit der Oktoberrevolution eingeleitete Epoche der sozialen Revolutionen ihren Fortgang, obwohl mit der Niederlage des europäischen Sozialismus in sowjetischer Form ein Epochebruch stattfand. Der mit dem Roten Oktober eingeleitete Prozess der Epoche der sozialen Revolutionen bahnt sich als epochaler weltweiter Übergang zum Sozialismus seinen wenn auch beschwerlichen Weg, der allerdings aktives kollektives politisches Handeln in Form der Wiedergeburt der kommunistischen Bewegung verlangt. *Aber ohne eine marxistische Analyse der Ursachen der Niederlage des europäischen Sozialismus, die zugleich die Lehren, die aus dieser Niederlage zu ziehen sind, involviert und für die Wiedergeburt der sozialistisch/kommunistischen Bewegung nutzbar macht, wird es keinen Neuanfang geben.* Eine solche Analyse kann allerdings nicht ohne klare Unterscheidung zwischen überprüfbareren Fakten, also historischen Behauptungen, die auf Quellenmaterial beruhen und sich beweisen lassen und Fiktionen, bei denen dies nicht der Fall ist, die oft nur als „Funktionen“ bereits vorgegebener philosophischer Kategorien und Probleme, die subjektive, imaginäre, politische und ideologische Auffassungen widerspiegeln, verzichten. Mythen und Erfindungen an die Stelle von Geschichte zu setzen, ist vielleicht „wichtig für die Politik der Identität, durch die Gruppen von Menschen ... in einer unsicheren und wankenden Welt eine gewisse Sicherheit finden wollen ...“ (Eric Hobsbawm). Sie scheiden aber für eine solide Erforschung des Ursachengefüges der Niederlage des europäischen Sozialismus aus, wie ich nunmehr – soweit das überhaupt in diesem kurzen Beitrag möglich ist – nachweisen möchte. Zur Sache.

II.

Holz bestimmt die Oktoberrevolution als eine Revolution neuen Typs. Er plädiert in seiner Arbeit „Revolution neuen Typs“¹¹ zugleich dafür, dass der durch diese Revolution ausgelöste Prozess ein *prolongierter* sei. „Prolongiert ist der durch die Oktoberrevolution ausgelöste Prozess auch deshalb, weil er nicht mehr – wie zu früheren Zeiten – auf einen geographischen Bereich beschränkt bleibt ... Revolutionen folgen regional aufeinander in Schüben, alle logisch und historisch anknüpfend an die Oktoberrevolution und mit dieser zusammen als ein einheitlicher Prozess ...“¹² Interpretiert man diese Aussage zunächst als die weitere Entfaltung des mit der Oktoberrevolution eingeleiteten Epochen-Übergangs zum Sozialismus als Prozess sozialer Revolutionen besonderer historischer Art¹³, so kann man mit dieser Feststellung durchaus einverstanden sein. Holz verbindet diese Prolongation der sozialistischen Revolution mit der Forderung: „Die Klärung der kategorialen Bestimmungen und der soziologischen Gehalte einer ‚prolongierten Revolution‘ ist eine noch in Angriff zu nehmende Aufgabe der Geschichtsphilosophie.“¹⁴ Er selbst will hierzu mit seiner Arbeit einen Beitrag am Beispiel der sowjetischen Entwicklung und der Herausbildung des sozialistischen Weltsystems leisten. Und dies ist auch das Problemfeld, welches neben Zustimmung zugleich meinen Widerspruch herausfordert. Dieser Sozialismus war allerdings ein früher Sozialismus, also kein entwickelter oder reifer, der „planmäßigen und allseitigen Vervollkommnung ... des weiteren Voranschreitens der sowjetischen Gesellschaft zum Kommunismus auf der Grundlage der Beschleunigung der sozialökonomischen Entwicklung des Landes.“¹⁵ Da auch diese programmatische Einschätzung ein historischer Irrtum war, ist es durchaus möglich und auch notwendig, für eine *solche* Prolongation von eigener Art der Revolution zu plädieren, die nach der Aufrichtung der Diktatur des Proletariats, nicht nur für die ganze Übergangsetappe bis zur Grundlegung der sozialistischen Fundamente, sondern für anschließende „Stockwerke“ in Richtung eines reifen Sozialismus und seines Übergangs in den Kommunismus erforderlich wird. Mit diesem historischem Zeitmaß kann in meine Augen diese Prolongation der Revolution allerdings nur eine zutiefst soziale sein, die keinesfalls stets direkt mit Erscheinungsformen des Politischen identifiziert werden kann.

Holz beginnt sein *Prélude in Topos* mit einem bizarren Feuerwerk fundamentaler philosophischer Arabesken auf einer hohen abstrakt-allgemeinen Stufe, die wie alle Abstraktionen historische Produkte sind. Sie spiegeln in dieser Fassung allgemeinsten Zusammenhänge das Allgemeine nicht unmittelbar, sondern vermittelt durch die historischen Erfahrungen und die dem reflektierenden

⁹ A. a. O., S. 1.

¹⁰ Karl Marx/Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, MEW. Bd. 4, S. 462.

¹¹ In *Topos* 28, 2007, S. 13 ff.

¹² H. H. Holz, a. a. O., S. 31.

¹³ Vgl. I. Wagner: Für einen Sozialismus im 21. Jahrhundert als historisch-gesellschaftliche Alternative zum Kapitalismus, a. a. O., S. 13 f.

¹⁴ A. a. O.

¹⁵ Programm der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Neufassung, Moskau 1986, S. 7.

Subjekt zugänglichen gesellschaftlich-geschichtlichen Erfahrungen wider. Der Geschichtsverlauf der Oktoberrevolution verlangt natürlich den Fortgang zum Konkreten, zu bereicherten Begriffen und Aussagen, worin sich die Dialektik des widerspruchsvollen Zusammenwirkens von objektiven und subjektiven Möglichkeiten als revolutionäre Praxis zeigt. Holz führt Lenins Studium Hegels in der Schweiz vor. Nun gehört Lenin zweifelsfrei mit Marx und Engels zu den revolutionären Führern der Arbeiterklasse, denen mit Fug und Recht das Prädikat Klassiker zukommt. Das theoretische Genie Marx sah seine Aufgabe darin, die Welt nicht nur zu interpretieren, sondern zu verändern. Lenin war gleichfalls mit der Kraft eines Genies ausgestattet. Als Theoretiker des Marxismus und Mann der revolutionären Tat konnte er in Anwendung der allgemeinen Grundsätze des Marxismus auf die neue Situation mit der Oktoberrevolution geschichtsbildend in den Gang der Entwicklung unserer Welt eingreifen und dem ersten sozialistischen Durchbruch seinen Stempel aufdrücken. In dieser Sicht ist er wohl die größte historische Persönlichkeit des 20. Jahrhunderts. Insofern bin ich Willens, auch vom Leninismus zu sprechen. Natürlich leuchtet es ein, dass der „Rückgriff auf Lenins (Hegel-) Lektüre“ zu der Einsicht führen soll, „dass die Oktoberrevolution nicht allein von dem Geschichtsablauf begriffen werden kann. Als welthistorischer Epocheneinschnitt, als ‚Formationswechsel‘, ist sie auch ein *philosophisches* Datum und – im Vergleich mit anderen Revolutionen, insonderheit mit der immer wieder herangezogenen französischen – ein philosophisches *Problem*.“¹⁶ Und zwar der dialektisch-materialistischen Geschichtsauffassung. Lenin studierte Hegel als Marxist. Hervorzuheben wäre wohl noch in diesem Zusammenhang, dass er mit diesem Studium zugleich die dialektisch-materialistische Methode als ein System methodologischer oder regulativer Prinzipien in ihrer Gesamtheit als philosophische Theorie präziserte.¹⁷ Denn Lenins „Elemente der Dialektik“ können meines Erachtens – mit gewissen Ergänzungen – als System dieser Prinzipien verstanden und interpretiert werden. Diese dialektisch-materialistische Methode wurde von Lenin in meiner Sicht nicht nur als philosophische Methode zur Erkenntnis der Wirklichkeit eingesetzt, sondern zugleich als philosophische Methode des praktischen Handelns, der zielgerichteten revolutionären gesellschaftlichen Umgestaltung der objektiven Realität. Lenin hat sich durch diese Methode nicht nur befähigt, mit seinem Buch über den Imperialismus eine tiefgründige marxistische ökonomische Analyse vorzulegen und so das Lebenswerk von Marx fortzusetzen. Er konnte auch mit Hilfe der materialistischen Dialektik, ausgehend von einer tiefgründigen Analyse der historischen Situation die Strategie und Taktik der Arbeiterbewegung in Russland zum Sturz der dort herrschenden Ausbeuterordnung und zum Aufbau des ersten sozialistischen Staates auf unserem Pla-

neten, ein tragfähiges Konzept ausarbeiten. Holz führt nun eine Fülle originärer Überlegungen von Lenin in seine Arbeit ein, die bezeugen, dass auch der notwendige „Zickzackkurs“ Lenins und das kontinuierliche Ausbalancieren seiner Politik – hervorgerufen durch Wandlungen der russische und internationale Situation – ohne die schöpferische Anwendung der dialektisch-materialistischen Methode undenkbar gewesen wäre.

Holz hat in der genannten Topos-Arbeit zum Verlauf der Oktoberrevolution in Kommentierung Leninscher Überlegung eine Fülle von Aussagen, getroffen, denen ich voll zustimme.¹⁸ Er resümiert: „Die Revolution hat gesiegt. Der Machtwechsel ist vollzogen. Nun aber beginnt erst der mühevollen *Weg der Revolution*, auf der Grundlage des Machtwechsels den Formationswechsel einzuleiten.“¹⁹ Dabei ist der „revolutionäre Terror ... wie 1792 ... die Existenzform einer geschichtlichen Auseinandersetzung zu begreifen, nicht moralisch zu rechtfertigen, ein situationsbezogener Ausnahmezustand. Dagegen ist die Diktatur des Proletariats die geschichtsphilosophische Kategorie der Übergangsform von der bürgerlichen zur sozialistischen Gesellschaft.“²⁰ Holz bemüht sich nun, einen Weg zur Klärung der kategorialen Bestimmungen und der soziologischen Gehalte einer „prolongierten Revolution“ zu beschreiten und so die marxistische Geschichtsphilosophie zu bereichern. Die Grundgedanken sind: In Fortsetzung von „vorsozialistischen Klassengegensätzen“ vor der Oktoberrevolution „gab es auch innerhalb der Partei Fronten des Klassenkampfes und dies führte zu Auseinandersetzungen, die durchaus zum Typus revolutionärer Gewaltausübung entsprechen, aber angesichts der Prolongation der Revolution in die Periode staatlicher Organisation der Gesellschaft hinein nicht als revolutionäre Gewalt, sondern als staatliches Unrecht erscheinen. ... Jedenfalls konnte die Verfassung von 1936 dieser widerspruchsvollen Phase des Aufbaus einen positiven staatsrechtlichen Abschluss geben, ... Wenn wir den in seinen Strategien umstrittenen Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion und den heroischen Überlebenskampf gegen die deutsche Invasion nicht als Phasen der Revolution begreifen, werden wir immer nur zu einer moralischen Beurteilung dieser Periode kommen. ... Solange aber die Geschichte eine Geschichte von Klassenkämpfen ist, verlaufen Umwälzungen des Gesellschaftssystems nicht ohne Gewaltanwendung und das heißt auch mit Einschluss von Unrechtshandlungen. Zielhorizont des gesellschaftlichen Fortschritts ist die reale Möglichkeit der Deckung von Moralität und Historizität, aber der Weg in diesen Horizont muss erst erkämpft werden. Die Differenz von Moralität und Historizität, die die Differenz von Weg und Ziel ausdrückt, wird allerdings um so spürbarer, je länger sich der revolutionäre Prozess hinzieht, weil er dann von dem Schein der Normalität des Alltags überlagert und nicht mehr als Moment der Revolution erkannt wird.“²¹

¹⁶ H. H. Holz, a. a. O., S. 16.

¹⁷ W. I. Lenin: Konspekt zu Hegels „Wissenschaft der Logik“, in Werke, Band 38, S. 211-214.

¹⁸ H. H. Holz, a. a. O., S. 19 ff.

¹⁹ Ebenda, S. 23.

²⁰ Ebenda, S. 25.

²¹ Ebenda, S.30, 31.

Bevor ich mich hierzu in concreto äußere, sind einige grundsätzliche methodologische Bemerkungen am Platze. Mit der Niederlage des europäischen realen Sozialismus, der einen immensen Beitrag zu den zivilisatorischen Wandlungen im 20. Jahrhundert leistete, hat die „Revolution neuen Typs“ eine Niederlage mit weltgeschichtlicher Relevanz erlitten. „Wer aus der Geschichte lernen will, muss über sie *nachdenken*.“²² Ohne die Ursachen des Scheiterns des europäischen Sozialismus (annähernd) auf den Begriff zu bringen, wird es nicht möglich sein, einen zeitgemäßen Sozialismus im 21. Jahrhundert als historisch-gesellschaftliche Alternative zum Kapitalismus zu skizzieren und einen erfolgreichen politischen Kampf für die Zukunft dieses Sozialismus zu organisieren. In seiner Topos-Arbeit findet man bei Holz zur Niederlageproblematik keine Aussagen, obwohl sie offensichtlich implizite – wie später ausgewiesen wird – mit einer bestimmten Intention nachweisbar sind. Dieses weite noch umstrittene Problemfeld ist natürlich nicht nur eine Domäne der marxistischen Philosophie, sondern zugleich „Arbeitsgebiet“ des wissenschaftlichen Sozialismus, der Geschichtswissenschaft und der Soziologie. Meine kritischen Einwände zu Überlegungen von Holz sind als ein Beitrag zur Sache im Schnittbereich verschiedener marxistischer Disziplinen zu verstehen, wobei ich mich auch bemühen werde, die objektive Dialektik des diesbezüglichen Geschehens mit den von mir bereits erwähnten Leninschen „Elementen der Dialektik“ als Prinzipien der dialektisch-materialistischen Methode zu erkunden.

Holz meint in der UZ-Diskussionstribüne (unsere Zeit, 25. Januar 2008): „... ich halte an den Grundsätzen fest, die ich in den drei Büchern ‚Niederlage und Zukunft des Sozialismus‘, ‚Kommunisten heute‘ und ‚Sozialismus statt Barbarei‘ entwickelt habe. ... Nicht ich habe meine Auffassung revidiert.“ Diese Bücher habe ich sehr gründlich gelesen. Dass ich in vielen Grundfragen mit Holz prinzipiell einverstanden bin, habe ich in meinen diesbezüglichen Publikationen ausgewiesen. In dem Buch „Niederlage und Zukunft des Sozialismus“ betrifft dies vor allem beim Scheitern der ersten sozialistischen Gesellschaft die mangelnde Reife der ökonomischen Bedingungen, das Bürokratieproblem sowie die Verarmung der Theorie. So kann man auch lesen: „Die Entwicklung der Sowjetunion bis zum Ausbruch des 2. Weltkrieges vollzog sich ... unter ökonomisch-gesellschaftlichen Bedingungen, die den Übergang zum Sozialismus keinesfalls günstig waren. ... Gleichwohl wurde unter der Führung einer kleinen, opferbereiten und kämpferischen kommunistischen Partei eine radikale Revolutionierung der Produktionsverhältnisse vollzogen, die nur funktionieren konnte, wenn die Partei, als ‚Avantgarde der Arbeiterklasse‘, die administrativen und volksbildnerischen Aufgaben übernahm, die unter Bedingungen einer ‚organischen‘ ... Her-

ausbildung des Formationswechsels von der Mehrheit des Volkes durchdringenden Massen der Arbeiterklasse hätte geleistet werden müssen. Die Entstehung eines bürokratischen Parteiapparates war damit angelegt, ... nicht als ‚Deformation‘, sondern als Formbestimmtheit, die die Organisation sozialistischer Produktionsverhältnisse unter Bedingungen der gesellschaftlichen und ökonomischen Unreife annehmen musste. Die Diktatur des Proletariats konnte über lange Zeit nur die Diktatur der Partei sein ...; wer dies nicht in Kauf nehmen wollte, wäre zum Verzicht auf den Versuch gezwungen gewesen, nach der siegreichen Revolution auch eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen. Die Unterwerfung unter die imperialistischen Mächte wäre die Alternative gewesen.“²³

Die Benennung von Komponenten, die mit dem Scheitern der ersten sozialistischen Gesellschaften in einer widersprüchlichen Beziehung stehen, dringt natürlich noch nicht zum eigentlichen tiefen Wesenskern des Ursachengefüges für dieses Scheitern vor. **Der tiefere innere Dreh- und Angelpunkt der Niederlage des europäischen Sozialismus war in meinen Augen der Zerfall der kommunistischen Parteien, die Aufgabe ihres Leninschen Charakters.** Bei Holz wird diese Frage nur „nebenbei“ oder „verschlüsselt“ angemerkt. So wird in „Niederlage und Zukunft des Sozialismus“ das Versagen der hegemonialen Führung im sozialistischen Lager zwar beschrieben, ohne die Entartung des Leninschen Parteityps substantiell aufzuwerfen.²⁴ In „Sozialismus statt Barbarei“ kann man immerhin noch lesen: „Statt einer sich auf die Massen stützenden Diktatur des Proletariats bildete sich eine Diktatur der Partei heraus, da eben die Partei für sich in Anspruch nehmen konnte und musste, die Avantgarde des historischen Fortschritts zu sein. In dieser führenden Rolle der Partei (das hieß faktisch aber: der Parteiführung) und Zusammenlegung von Partei- und Staatsfunktionen war die Verfestigung der Herrschaft einer ‚Nomenklatura‘ angelegt.“²⁵ Weiter: „Der in der Aufbauphase des Sozialismus und im Kriege sicher unumgängliche Zentralismus der Staats- und Parteiführung versteinert dann in einer Bürokratie, deren Mechanismus den institutionellen demokratischen Widerpart zum Zentralismus, der zum Konzept des ‚demokratischen Zentralismus‘ notwendig gehört, verkümmern lassen.“²⁶

War diese Versteinerung und Verkümmern irgendwie eine Art objektiver Notwendigkeit? Wenn dies bei Holz so sein sollte – man könnte es vermuten –, dann wäre der allgemeine Fortschritt des realen Sozialismus *faktisch* nur mit dem Untergang des Leninschen Parteityps zu erkaufen gewesen.²⁷ Allerdings: Auch in einem objektiv bedingten und bestimmten Gang der Geschichte sind verschiedene Möglichkeiten seiner Gestaltung im einzelnen und besonderen vorhanden, über deren Realisierung objektive und subjektive Bedingungen entscheiden. *Ein Axiom des*

²² H. H. Holz: Niederlage und Zukunft des Sozialismus, Essen, 2. korrigierte Auflage 1992, S. 8.

²³ Ebenda, S. 100.

²⁴ Vgl. ebenda, S. 79 ff.

²⁵ H. H. Holz: Sozialismus statt Barbarei, Essen 1999, S. 105.

²⁶ Ebenda, S. 108.

²⁷ Auf diese Frage komme ich später in anderen Zusammenhängen zurück.

historischen Materialismus ist, dass die lineare Anbindung des subjektiven Faktors an die objektiven Bedingungen falsch ist. Denn sie impliziert faktisch die falsche metaphysische Voraussetzung, alles Subjektive sei ein bloßer Reflex des Objektiven und keiner relativen Eigenbewegung fähig. „Der subjektive Faktor ist nicht nur Objekt der auf ihn einwirkenden äußeren Determinanten, sondern er ist auch sein eigenes Subjekt-Objekt.“²⁸ Er besitzt also eine bestimmte Selbständigkeit und Unabhängigkeit gegenüber den objektiven Bedingungen. Deshalb hat der subjektive Faktor im Rahmen gegebener Bedingungen mehr oder weniger hinreichende Möglichkeiten eines breiten Spielraums für die optimale Ausnutzung der objektiven Gegebenheiten. Ergo: „Das Subjektive ist kein Abklatsch des Objektiven, sondern besitzt eine eigene Struktur und eigene spezifische Bewegungsimpulse, die seine relative Selbständigkeit, sein relativ eigenständiges Wirken, seine Fähigkeit zielgerichteter Reaktion auf objektive Determinanten bedingen.“²⁹ Schon das bisher Gesagte verdeutlicht, dass ich nicht nur das „Gesetzmäßige“ der Niederlage des Sozialismus für falsch halte, sondern auch eine solche „eiserne“ historische Notwendigkeit, wonach der sozialistische Aufbau in der Sowjetunion sich nur in der *Stalinschen* Fassung der Theorie der Leninschen Partei neuen Typus, vollziehen konnte – also in einer Fassung, die aus einem „bedeutenden Anteil Stalins an der Entwicklung und Stärkung der KPR (B) /KPdSU“ (Ulrich Huar) bestand. Zunächst kein Kommentar.

Die Positionierung von Holz lässt eine bestimmte intentionale Annäherung an eine solche Parteitheorie zu, die davon ablenkt, die wesentlichste innere Ursache der Niederlage des europäischen Sozialismus, die im Zustand der regierenden Partei liegt, ins Blickfeld zu rücken. Die in seiner genannten Topos-Arbeit gestellte Aufgabe der Geschichtsphilosophie, die verlängerte sozialistische Revolution kategorial zu bestimmen und soziologisch zu erforschen, ist eigentlich das philosophische „Sahnehäubchen“ in einem theoretischen und methodologischen Arsenal das Holz in Fortführung und Konkretisierung seiner (genannten) drei Schriften in vielen Beiträgen, vor allem in der „jungen Welt“, publik gemacht hat. Auf diese Beiträge werde ich in gebotener Kürze gemäß dem Anliegen meiner Überlegungen auch eingehen.³⁰ Sie werden ausweisen, dass Holz seinen damaligen Gedanken eine solche Intention verleiht, die sein Denken eindeutiger als bislang

offenlegt und so auch eine wertende Einschätzung ermöglicht.

Holz wendet sich mit Recht gegen eine „moralistische Bewertung“ der revolutionären sozialistischen Umwälzung. „Es gab im Kampf um die Durchführung und Sicherung der Revolution viele überflüssige Härten ..., es ist viel Unrecht geschehen ... Solange aber die Geschichte eine Geschichte von Klassenkämpfen ist, verlaufen Umwälzung des Gesellschaftssystems nicht ohne Gewaltanwendung und das heißt auch mit Einschluss von Unrechtshandlungen.“³¹ **Auch ich gehe davon aus, dass eine abstrakte humanitär-moralistische Sicht auf den historischen Prozess des revolutionären sozialistischen Aufbaus unfruchtbar ist.** Holz verweist auch zutreffend darauf, dass die reale Möglichkeit der Deckung von Moralität und Historizität durch den Weg in den Zielhorizont des gesellschaftlichen Fortschritts erkämpft werden muss. „Die Differenz von Moralität und Historizität, die die Differenz von Weg und Ziel ausdrückt, wird allerdings um so spürbarer, je länger sich der revolutionäre Prozess hinzieht, weil er dann von dem Schein der Normalität des Alltags überlagert und nicht mehr als Moment der Revolution erkannt wird.“³²

In einer ersten Näherung liest sich eine solche Bestimmung natürlich deshalb „überzeugend“, da der *Klassenkampf* in der Sowjetunion unter den (bekannten) schwierigen inneren und äußeren Bedingungen notwendig mit Unrechtshandlungen verbunden war. In einer vertiefenden weiteren Näherung habe ich allerdings deshalb kritische Einwendungen vorzutragen, weil Holz mit diesen zutreffenden Überlegungen zugleich ein für das Schicksal der sozialistischen Revolution entscheidendes Problem „verhüllt“ und so den Weg für fatale politische Konsequenzen beschreitet. Ich habe mich immer dagegen ausgesprochen, das frühsozialistische Modell unter Führung Stalins weder als „Stalinismus“ noch als „Stalinismus als System“ zu bestimmen; denn dieser Sozialismus bewahrte unter den gegebenen Bedingungen trotz Stalinscher Handschrift einen bestimmten Fundus an Marxschen und Leninschen Grunderkenntnissen, die zunächst den sozialistischen Aufstieg der Sowjetunion ermöglichten und die sozialistischen Stimmungen und Forderungen großer Teil der Werktätigen, die als Massenbewegung, die für sozialistische Ideale kämpften, beflügelten. Dass sich Stalin für den schwierigen sozialistischen Aufbau zweifelsohne bestimmte historische Verdienste erworben hat, schließt aber keinesfalls aus, die Tatsache anzuerkennen, dass die

²⁸ G. Stiehler: *Dialektik und Gesellschaft*, Berlin 1981, S. 128.

²⁹ Ebenda, S. 121.

³⁰ Es ist natürlich in diesem Beitrag nicht möglich, in concreto auf das breit gefächerte „Vermittlungsgefüge“ einzugehen, das den diesbezüglichen Überlegungen von Holz zugrunde liegt und das ihm auch dazu dient, der Dialektik der sozialistischen Gesellschaftsentwicklung und deren Niederlage auf die Spur zu kommen. Meines Erachtens sind dabei für die Erforschung dieser realen Vermittlungsprozesse verschiedene Ebenen zu unterscheiden: die Vermittlung auf der Ebene der *Erscheinungen*, d. h. auf der Ebene desjenigen, was primär-faktisch zu konstatieren ist; die Vermittlung der *wesentlichen* Verhältnisse und Zusammenhänge, auf die die theoretische Arbeit orientiert ist und die Vermittlung der unmittelbaren konstatierbaren Tatsachen mit den wesentlichen Zusammenhängen – sowohl in der Forschung als auch in der Darstellung. Und bei den Vermittlungsbeziehungen soll es sich nicht um fiktive, sondern um objektive handeln, die als Ausdruck von Wechselwirkung *widersprüchliche* Beziehungen involvieren. In meiner Sicht verlangt das Nachdenken über die Probleme der „Niederlage und Zukunft des Sozialismus“ (Hans Heinz Holz) natürlich ebenfalls Erkenntnissen und Forschungsergebnissen der historischen Wissenschaften, der Soziologie, des wissenschaftlichen Sozialismus und der marxistischen politischen Ökonomie, die niemals das Ergebnis deduktiver Ableitungen aus der fundamentalen philosophischen Ebene sein können. Alle diese Fragen bedürfen weiterer Überlegungen außerhalb dieser Arbeit, die nur als ein ausgewählter Problembeitrag zum weiteren Nachdenken gedacht ist.

³¹ H. H. Holz, in *Topos*, a. a. O., S. 30, 31.

³² Ebenda, S. 31.

Preisgabe der Leninschen Normen des Parteilebens als eine letztlich (innere) Hauptursache der Niederlage des europäischen Sozialismus insgesamt in meinen Verständnis bereits in gewisser Weise lange vor Stalins Tod (1953) einsetzte. Sie führte über die weitgehende Liquidation der innerparteilichen Demokratie zur Herrschaft des Apparats, schließlich zu der einer Person in Gestalt des Generalsekretärs über die Partei und zur dogmatischen Verflachung der marxistischen Theorie. *Diese widersprüchliche Metamorphose des subjektiven Faktors war keine gesetzmäßig-objektive Notwendigkeit.* Sie gehört in den Gestaltungsraum des subjektiven Faktors, der der Erfassung spezieller historischer Entwicklungszusammenhänge dient, indem er auf der Grundlage objektiver Faktoren eine Eigenschaft geschichtlich handelnder Menschen wird. Holz betrachtet nun kurzerhand „Differenzen, die zur „Fraktionsbildungen innerhalb der Partei führten“, als „Fronten des Klassenkampfes“ innerhalb der Partei, „und dies führte zu Auseinandersetzungen, die durchaus dem Typus der revolutionären Gewaltausübung entsprechen, aber angesichts der Prolongation der Revolution in der Periode staatlicher Organisation der Gesellschaft nicht als revolutionäre Gewalt, sondern als staatliches Unrecht erscheinen.“³³Nach Holz wurde in dieser Hinsicht also faktisch nicht staatliches Unrecht produziert, sondern in Wirklichkeit revolutionäre Gewaltausübung! Damit wird im Grund genommen auch nach und nach der qualitative Unterschied zwischen den Ausbeuterformationen und der im Werden begriffenen sozialistischen Formation eingegeben. Und: „Jedenfalls konnte die Verfassung von 1936 dieser widerspruchsvollen Phase des Aufbaus einen positiven staatsrechtlichen Abschluss geben, ...“³⁴

Weil das so sein soll, wird dann in einer Fußnote von Holz angemerkt: „Ich halte den Terminus ‚Verbrechen‘ in Zeiten gewaltsamer revolutionärer Auseinandersetzungen (wozu auch die Abwehr der Konterrevolution gehört) für unanwendbar, weil er nur in Bezug auf eine bestehende staatlich-gesellschaftliche Friedensordnung definiert werden kann.“³⁵ Obwohl Holz in einer seiner diesbezüglichen Publikationen auch den Terminus „Verbrechen“ verwendet, wenn er zu den Inhalten der neuen Verfassung meint, dass diese unter „der Voraussetzung der Widersprüchlichkeit der Aufbauphase ... der Widerspruch zwischen den Massenverfolgungen und Verbrechen (unterstrichen von I. W.) in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre ... zu verstehen“ ist (junge Welt, 24. November 2006, S. 11). Zu Lenins Zeiten war die Abwehr der internationalen und inneren Konterrevolution durch den Roten Terror natürlich als revolutionäre Gewalt weder eine überflüssige Härte noch ein Verbrechen. Sie war in der Zeit des Bürgerkrieges und der ausländischen Intervention eine histori-

sche Notwendigkeit und moralisch berechtigt. Lenins goldene Worte solle hier im Original wiedergegeben werden:

„Wenn *unser* Krieg, der Krieg der Unterdrückten und Ausgebeuteten gegen die Unterdrücker und Ausbeuter, in allen Länder eine halbe oder ganze Million Opfer kostet, so wird die Bourgeoisie sagen, die Opfer ihres Krieges seien berechtigt, die unseres Krieges aber verbrecherisch. Das Proletariat ist ganz und gar anderer Ansicht.

Das Proletariat macht sich jetzt inmitten der Gräuel des imperialistischen Krieges aus eigener Erfahrung jene große Wahrheit ganz zu eigen, die alle Revolutionen lehren, die Wahrheit, die den Arbeitern von ihren besten Lehrern, den Begründern des modernen Sozialismus, als Vermächtnis hinterlassen worden ist. Diese Wahrheit besagt, dass eine Revolution nur dann erfolgreich sein kann, wenn *der Widerstand der Ausbeuter gebrochen wird.* Als wir, die Arbeiter und werktätigen Bauern, uns der Staatsmacht bemächtigt hatten, war es unsere Pflicht, den Widerstand der Ausbeuter niederzuhalten. Wir sind stolz darauf, dass wir das getan haben und dass wir das weiter tun. Wir bedauern nur, dass wir das nicht fest und entschlossen genug tun.“³⁶

Holz schreibt, dass Lenin richtig vorausgesehen hat, „dass sich nach einer sozialistischen Revolution, zumal noch in einem institutionell rückständigen (frühkapitalistischen) Lande, der Klassenkampf verschärfen müsse. Stalin hat diese Auffassung übernommen.“³⁷

Eine Analyse von Lenins Reden von 1917 bis zu seinem Tod zeigt ihn als ein Genie des dialektischen Denkens in der Machtfrage als Diktatur des Proletariats. Er schrieb: „Die Aufhebung der Klassen ist das Werk eines langwierigen, schweren hartnäckigen *Klassenkampfes*, der nach dem Sturz der Macht des Kapitals, *nach* der Zerstörung des bürgerlichen Staates, nach der Aufrichtung der Diktatur des Proletariats *nicht verschwindet* ..., sondern nur seine Formen ändert und in vieler Hinsicht noch erbitterter wird.“³⁸ An anderer Stelle heißt es: Die Führer der gelben „Berner“ Internationale „haben Angst anzuerkennen, dass die Diktatur des Proletariats *ebenfalls* eine Periode des Klassenkampfes ist, die unvermeidlich bleibt, solange die Klassen nicht aufgehoben sind, sondern setzt ihn – bis zur Aufhebung der Klassen – fort, aber selbstverständlich unter anderen Umständen, in anderen Formen, mit anderen Mitteln.“³⁹ Weiter: „Die Diktatur des Proletariats ist ein zäher Kampf, ein blutiger und unblutiger, gewaltsamer und friedlicher, militärischer und wirtschaftlicher, pädagogischer und administrativer Kampf gegen die Mächte und Traditionen der alten Gesellschaft.“⁴⁰ Deshalb: Die Diktatur des Proletariats setzt zwar „die schonungslos harte, schnelle und entschiedene Gewaltanwendung voraus,

³³ Ebenda, S. 30.

³⁴ Ebenda.

³⁵ Ebenda, Fußnote 51, S. 30 f.

³⁶ Lenin, Werke, Bd. 28, S. 58.

³⁷ Marxistische Blätter 5-07, S.73 f.

³⁸ Lenin, Werke, Bd. 29, S. 378.

³⁹ Ebenda, S. 410.

⁴⁰ Lenin, Werke, Bd. 31, S. 59.

um den Widerstand der Ausbeuter, der Kapitalisten und ihrer Handlanger zu brechen. ... Aber nicht die Gewalt allein und nicht hauptsächlich in der Gewalt besteht das Wesen der proletarischen Diktatur. Ihr Hauptwesen besteht in der Organisation und Disziplin der fortgeschrittensten Abteilung der Werktätigen, ihrer Avantgarde, ihres einzigen Führers, des Proletariats. Sein Ziel ist, den Sozialismus zu errichten, die Teilung der Gesellschaft in Klassen aufzuheben, aller Mitglieder der Gesellschaft zu Werktätigen zu machen, jeglicher Ausbeutung des Menschen durch den Menschen den Boden zu entziehen. Dieses Ziel kann nicht auf einmal verwirklicht werden, es erforderte eine ziemlich lange Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus, einmal deshalb, weil die Neuorganisation der Produktion eine schwierige Sache ist, dann auch deshalb, weil man für radikale Änderungen auf allen Gebieten des Lebens Zeit braucht, und schließlich deshalb, weil die gewaltige Macht der Gewöhnung an kleinbürgerliches und bürgerliches Wirtschaften nur in langem, beharrlichem Kampf überwunden werden kann. Deshalb spricht Marx auch von einer ganzen Periode der Diktatur des Proletariats als der Periode des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus.⁴¹ Lenin erinnerte wiederholt daran, dass die Gewalt nie das hauptsächlichste Wesen der proletarischen Diktatur ausmache, sondern als schöpferischer Prozess der Umgestaltung der Gesellschaft zugleich „die ganze Entwicklung der Vernichtung jeder sich auf Gewalt stützenden Herrschaft eines Teils der Gesellschaft über den anderen zustrebt“, weil „auch Gewalt gegen Menschen nicht unserem Ideal entspricht.“⁴² Nach dem Sieg der Oktoberrevolution bereicherte Lenin die Lehre von der Diktatur des Proletariats auf der Grundlage von Erfahrungen der jungen Sowjetmacht anhand des Klassenkampfes durch die Formen dieses Klassenkampfes. Sie sind im Konzept der Broschüre „Über die Diktatur des Proletariats“ definiert.⁴³

Ich sehe hier von Überlegungen ab, wie sich in concreto die Formen des Klassenkampfes während der Übergangsperiode in der UdSSR entwickelten.⁴⁴ Nach Holz mündet diese Entwicklung in die durch die Verfassung der Sowjetunion gesetzten Rahmenbedingungen für den weiteren sozialistischen Aufbau ein (vgl. junge Welt, 24. September 2006, S. 10, 11). In damaliger Sicht wurde eingeschätzt: „Damit verankerte die Verfassung die weltgeschichtliche Tatsache, dass die Sowjetunion in eine neue Entwicklungsphase, in die Phase der Vollendung des Aufbaus der sozialistischen Gesellschaft und des allmählichen Übergangs zur kommunistischen Gesellschaft, eingetreten ist, in welcher der leitende Grundsatz des gesellschaftlichen Lebens das kommunistische Prinzip sein muss:

„Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen.“⁴⁵ Für den Fortgang meiner Überlegungen ist nicht diese Fehleinschätzung wesentlich – denn es handelt sich darum, dass zunächst nur Grundlagen für eine sozialistische Gesellschaft gelegt wurden – sondern um die Einführung der Stalinschen Aussagen, dass mit dem weiteren sozialistischen Vorwärtsschreiten die Wut der Überreste der zerschlagenen Ausbeuterklasse umso größer wird und sie deshalb zu schärferen Kampfformen übergehen werden. (Vgl. H. H. Holz, a. a. O., S. 14) Die ganze Sache wird also als eine kontinuierliche Fortsetzung der Leninschen (vorgestellten) Auffassung vom Wesen und den Formen des Klassenkampfes nach dem politischen Sieg der Oktoberrevolution ausgegeben. Nach Herpal Brar „kann auch der Blinde sehen, dass Stalin fest die Theorie der Fortsetzung und Intensivierung des Klassenkampfes im Sozialismus vertrat. Diese Theorie wurde von der KPdSU während der ganzen Stalinzeit in die Praxis umgesetzt, d.h. vor und nach 1937. Im Jahre 1937-38 wurde sie gegen den Block der Rechten und Trotzlisten angewendet; sie wurde wieder und wieder neu formuliert in den 1920er, 1930er und 1940er Jahren und galt weiterhin als Grundposition der KPdSU (B) bis nach dem Tode Stalins.“⁴⁶ Natürlich nur bis zum 20. Parteitag. Holz ignoriert zwar nicht mit Hinweis auf Lenin, dass der Klassenkampf unter der Diktatur des Proletariats nur andere Formen annimmt, aber seine bereits zitierten Aussagen in seinem Topos-Artikel vermitteln allerdings den Eindruck, dass die Massenrepressalien in den 30er Jahren – wozu es auch „innerhalb der Partei Fronten des Klassenkampfes“ gab - eine „neue“ Form dieses Klassenkampfes gewesen sei, die „angesichts der Prolongation der Revolution“ de facto in Wirklichkeit die Ausübung „revolutionärer Gewalt“ war. Einspruch!

Das Ergebnis meines jahrzehntelangen intensiven Nachdenkens und Forschens - insbesondere auf den Gebieten der Geschichte und der Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus ist, dass Stalin auch im Zusammenhang mit dem Prozess der Negierung der Leninschen Normen des Parteilebens (zunächst) partial und später umfassender den Terror als Leitungsmethode einsetzte Die Hauptverantwortung für den Großen Terror zur massenhaften Vernichtung der Kader des Sowjetstaates und der Kommunistischen Partei und anderer beispiellosen Verbrechen trägt zweifellos Stalin. Dem Wesen nach handelt es sich objektiv um eine partielle Konterrevolution, obwohl er niemals den Kapitalismus restaurieren wollte. Aber seine verbrecherischen Handlungen fügten der Sache des Sozialismus großen Schaden zu.⁴⁷ Das bereits sehr beschränkte Maß

⁴¹ Lenin, Werke, Bd. 29, S. 377.

⁴² Lenin, Werke, Bd. 23, S. 63/64.

⁴³ Vgl. Lenin, Werke, Bd. 30. S.80 ff.

⁴⁴ Diese Fragen bedürfen einer besonderen Darstellung, die hier nicht erfolgen kann.

⁴⁵ Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki) Kurzer Lehrgang, Berlin 1945, S. 419.

⁴⁶ H. Brar: Stalin zum Klassenkampf, offensiv 9/03, S. 25.

⁴⁷ Hierzu auch Hermann Klenner, wonach richtigerweise der GULAG ein „staatsterroristisches Unternehmen“ war (Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der Partei DIE LINKE, Heft 1/2008, S. 3). Klenner wendet sich ebenfalls (implizit) gegen eine Verharmlosung von Mord und Verbrechen in der Sowjetunion als „Personenkult“ (ND, 6. Februar 2008, S. 9). Die falsche Kategorie des „politischen Verbrechens“ als Identität der objektiven und subjektiven Aspekte der Handlungen eines Menschen fand in der Stalin-Ära ihren antihumanistischen Höhepunkt (Siehe A. J. Wyszynski: Die Hauptaufgaben der Wissenschaft vom sozialistischen Sowjetrecht. In: Sowjetische Beiträge zur Staats und Rechtstheorie, Berlin 1953, S. 50 ff.).

an sozialistischer Demokratie wurde völlig zerstört. Und die führende Rolle der Partei in der Sowjetgesellschaft wurde weiter unterminiert. Die historischen Fernwirkungen dieser Deformation sollten sich in ihren verheerenden negativen Ausmaßen erst Jahrzehnte später zeigen. „Da Stalin an seine Einzigartigkeit und Unfehlbarkeit glaubte, verlor er jedes Gefühl für die Realität. Er nahm offenbar an, seine Verbrechen würden angesichts der Größe seiner historischen Taten unbedeutend erscheinen und als unvermeidlicher Preis für den Fortschritt hingenommen werden. In Wirklichkeit hätte kein Feind der Kommunistischen Partei und der Oktoberrevolution der Sache des Sozialismus schlimmeren Schaden zufügen können.“⁴⁸ Hinzuzufügen wäre in diesem Kontext noch, dass der weitverbreitete legendäre Glaube, dass eine faschistische fünfte Kolonne am Werke sei, es Stalin erleichterte, seine verbrecherischen Pläne zu realisieren und später als einen wesentlichen Grund für den sowjetischen Sieg im Zweiten Weltkrieg zu kreieren. Robert Steigerwald hat überzeugend nachgewiesen, dass es sich hierbei um eine Legende handelt, mit der auch heute noch einige Kommunisten und Sozialisten diese barbarischen Stalinschen Deformation des Sozialismus „rechtfertigen“.⁴⁹

Holz ist natürlich vorbehaltlos zuzustimmen: „Solange aber die Geschichte eine Geschichte von Klassenkämpfen ist, verlaufen Umwälzungen des Gesellschaftssystems nicht ohne Gewaltanwendung und das heißt auch mit Einschluß von Unrechtshandlungen.“⁵⁰ Aber den verbrecherischen Charakter von Handlungen, die den Terrorismus als Leitungsmethode in einer wenn auch *frühen* sozialistischen Gesellschaftsgestaltung in den dreißiger Jahren repräsentieren, in solche „Unrechtshandlungen“ umzuwandeln, die eigentlich dem „Typus revolutionärer Gewaltanwendung“ entsprechen sollen, ist nur mittels eines „dialektischen“ Schlusses möglich, mit denen der eigenen falschen Idee der Schein der objektiven Realität gegeben wird. Die sich durchsetzende barbarisch-antihumanste Variante, die der Sache des Sozialismus einen furchtbaren Schlag zufügte, hat so durch Holz eine *solche* geschichtsphilosophische „Begründung“ erhalten, wodurch sie zu einem weltgeschichtlich gesetzmäßigen Prozess erklärt wird, der alle anderen Möglichkeiten, die auch in der sowjetischen Gesellschaft präsent waren, faktisch ausschließt. In diesem Sinne wird bei Holz der Massenterror als Leitungsmethode, der in den verbrecherischen Repressalien 1937/38 kulminierte, Wesensbestandteil einer „prolongierten Revolution“.

In diese verlängerte Revolution wird nun von Holz folgerichtig die Verfassung 1936 eingeordnet, „die den sozialistischen Staat auch verfassungsgemäß modellierte ...“. Seine Aussagen hierzu sind ambivalent. So kann man 1999 hierzu zustimmend lesen: „Es war ein folgenschwerer Mangel beim Aufbau der Sowjetunion, dass sich die

Machtstrukturen, mit denen die Diktatur des Proletariats durchgesetzt werden sollte, gleichsam naturwüchsig und daher bürokratisch-polizeistaatlich herausbildeten und es zu keiner praktisch wirksamen Diskussion über Verfassungsfragen kam, so dass auch die vorzügliche Verfassung der Sowjetunion von 1936 ohne Fundament im wirklichen Leben bleiben musste.“⁵¹ Ich habe nachgewiesen, dass der normative Verfassungstext weitgehend der juristischen Natur entbehrte und in krassem Gegensatz zur gesellschaftlichen Praxis in der UdSSR stand. Tatsache ist, dass sie in den damaligen politisch-gesellschaftlichen Konnex eingebunden eine solche war, die überwiegend auf dem Boden einer formellen logischen Normativität ohne Recht als politisch-ideologisches Dokument verblieb. Faktisch befestigte sie das Stalinsche Leitungssystem und schuf insofern die politischen Voraussetzungen für die Verwurzelung dieses Modells mit all seinen negativen Folgen. So wurde auch der Terror als Leitungsmethode kaschiert.⁵² Liest man den Aufsatz von Holz zur Verfassung der Sowjetunion von 1936: Leitlinie Realismus. Rahmenbedingungen für den sozialistischen Aufbau (junge Welt, 24. November 2006), so wird damit versucht zu suggerieren, dass dieses Dokument, das wesentlich von Bucharin verfasst wurde, den Stalin töten ließ, als Ausdruck einer tatsächlich-juristischen gesellschaftlichen Situation zu verstehen sei. „Sie (so) als ‚Ausdruck‘ der gesellschaftlichen Wirklichkeit zu fassen, kann, da am Wortlaut nicht zu deuteln ist, nur heißen, wenigstens verbal und nachträglich diese Wirklichkeit dem Text anzupassen. Diese Lüge ist schändlich!“⁵³ Aber auch die „Einbettung“ dieser Verfassungsproblematik in die *Stalinsche* Fassung der These von der Verschärfung des Klassenkampfes in der Periode des Aufbaus des Sozialismus entbehrt der gesellschaftlichen Wirklichkeit. Holz schreibt: „Ich möchte daran erinnern, dass diese These nicht von Stalin stammt, sondern von Lenin“ (A. a. O.). An anderer Stelle habe ich die Leninsche diesbezüglich Positionierung bereits dargestellt. Eine „Form“ des Klassenkampfes „Massenterrorismus als Leitungsmethode“ beim – in damaliger Sicht – bevorstehenden Übergang zum Kommunismus kann man bei Lenin niemals finden. Diese absurde Konstruktion blieb Holz vorbehalten, um damit zu kaschieren, dass Stalin damit antileninistisch das sozialistische Aufbauwerk zur Disposition stellte. Diese „Klassenkampfform“ in den 30er Jahren richtete sich nicht gegen Konterrevolutionäre. *Ihr Hauptziel war die Vernichtung der revolutionären Kader in Partei, Armee und Intelligenz.* De facto wird somit in diese Hinsicht ein Kontinuum zwischen Lenin und Stalin hergestellt! Diese Absurdität dient offensichtlich dazu, mittels undialektischer „Objektivierung“ der Geschichte der Sowjetunion und Unterschlagung der Dialektik des subjektiven Faktors die historische Rolle Stalins aufzuwerten, um ihn zu einem „Identifikationsmerkmal“ der kommunistischen Bewegung heute erklären zu können.

⁴⁸ Roy Medwedew: Das Urteil der Geschichte, Band 3, Berlin 1992, S. 91.

⁴⁹ Siehe Robert Steigerwald: „Koba, wozu brauchst Du meinen Tod?“ Zu den Moskauer Prozessen 1936/38, Marxistische Blätter 5-07, S. 76 ff.

⁵⁰ Topos, a. a. O., S. 31.

⁵¹ H. H. Holz: Sozialismus statt Barbarei, a.a. O, S. 130.

⁵² Siehe I. Wagner: Die DDR – nur eine Fußnote in der Geschichte?, a. a. O., S. 10.

⁵³ W. Röhr: Fiktion, junge Welt, 30. November 2006, S. 14.

Dass dies nicht nur in Sicht des wissenschaftlichen Sozialismus und dessen Geschichte historisch und theoretisch falsch ist, sondern auch politisch zu einem Konterkarieren der Wiederaufrichtung der noch am Boden liegenden kommunistischen Bewegung führen müsste, wird später erläutert.

Mit Hegel liebt Holz die großen welthistorischen Individuen; denn sie „sind es, die in ihrem persönlichen Tun das allgemeine Interesse der Menschheit, den Fortschritt verwirklichen.“⁵⁴ Holz schreibt: „Kein geringerer als Hegel, der doch die Weltgeschichte als ein über die Individuen und sie hinter sich lassendes Geschehen begreift, hat die Bedeutung einzelner ‚welthistorischer Individuen‘ gewürdigt. ‚Dies sind die großen Menschen in der Geschichte, deren eigene partikuläre Zwecke das Substantielle enthalten, welches Wille des Weltgeistes ist. (...) Solche Individuen waren praktische und politische Menschen. Aber zugleich waren sie denkende, die die Einsicht hatten von dem, was not und was an der Zeit ist‘“.⁵⁵ In seiner Schrift: „Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850“ schreibt Marx: „Die Revolutionen sind die Lokomotiven der Geschichte.“⁵⁶ Da der Marxismus die hervorragende Rolle der großen Persönlichkeiten auch in der sozialistischen Bewegung keinesfalls unterschätzt, sondern für den sozialistischen gesellschaftlichen Fortschritt für unabdingbar bestimmt, kann man insofern durchaus formulieren, dass „Lenin und Mao, Castro und Ho chi minh ... die Lokomotiven der Revolution (waren), aber sie wussten noch nicht, wie der Bahnhof aussieht, in dem der Zug ankommen wird.“⁵⁷ Holz scheut sich hier offenbar noch, Stalin in die Phalanx der wirklichen hervorragenden *sozialistischen* Persönlichkeiten aufzunehmen. Warum? Ein Artikel zu Stalins 50jährigen Todestag könnte Anhaltspunkte dafür ergeben.⁵⁸ Holz hat natürlich recht, dass Stalin zur Geschichte des Sozialismus gehört. „Die historisch-kritische Auseinandersetzung mit der Aufbauphase, die mit den Namen Stalin verbunden ist und bleibt, ist ein notwendiges Stück unserer Parteigeschichte, d. h. unseres politischen Selbstverständnisses. Verklärung wie Verdammung wären beide Verdrängung und Verzicht auf die historisch-materialistische Methode, die wir auch auf unsere eigene Geschichte anwenden müssen.“⁵⁹ Aber er ignoriert dies leider bei dieser „Anwendung“, die das notwendige Maß der Würdigung einschließt, aber die verbrecherischen Folgen der persönlichen Diktatur Stalins ausschließt. Die eigentlichen *originären U r s a c h e n* für diese Deformationen des Sozialismus werden in den ungünstigen äußeren und inneren Bedingungen gesucht. die breit dargelegt werden. Aber es klingen dann in der

Hülle der „Widersprüche des jungen Sozialismus“, die sich in „Stalin verkörperten“ (Holz), einige fragmentäre Betrachtungen auf, die man als eine Annäherung an die Dialektik der Wirklichkeit werten könnte, die aber in den späteren diesbezüglichen Arbeiten von Holz fast verschwinden. Einige Beispiele sollen dies andeuten.

Unterstellt wird der Sieg des Sozialismus, der faktisch nur dessen Grundlegung war. Selbst wenn man hypothetisch annimmt, dass es kaum vorstellbar ist, „dass mit alternativen Konzepten, sei es Trotzki's. Sinowjews oder Bucharins das gleiche Ergebnis erreicht worden und die Sowjetunion überlebensfähig geblieben wäre“⁶⁰, so kann man jedoch die berechnete Auffassung vertreten, dass sich der weitere Gang der Ereignisse in der UdSSR komplett verändert und gestaltet hätte, wenn Lenin länger unter den Lebenden geblieben wäre. *Der Massenterror als Leitungsmethode in den dreißiger Jahren bleibt ausgeklammert*. Dafür kann man lesen: „Stalin hatte richtig vorausgesagt, dass sich der Klassenkampf nach dem Sieg des Sozialismus in einem Lande verschärfen würde.“⁶¹ Da sich die Sowjetunion in einem dauernden Belagerungszustand befand, „gefährdeten Richtungskämpfe in der Partei in der Tat die Existenz der jungen sozialistischen Gesellschaft. In anhaltend gespannter Situation gelang es nicht, eine demokratische innere Front zur Verteidigung des Sozialismus zu errichten, ... Die Besonderheiten der russischen Geschichte wirkten nach: ... die Übernahme von Methoden des ehemals zaristischen Verwaltungsapparates mit seinen polizeistaatlichen Traditionen ... So verselbständigten sich die Staatsorgane zu Unterdrückungsmechanismen, die ihre Macht in einer Atmosphäre von Misstrauen, Denunziation und Willkür ausübten.“⁶² Weiter meint Holz, dass Stalin „nicht der Urheber dieses Systems gewesen (sei), dessen Wurzeln weit in die vorsozialistische Zeit zurückreichen. Er hat sich seiner aber bedient und dabei zahlreiche unschuldige Opfer und überflüssige Härten in Kauf genommen. ... Die Verlängerung der repressiven Phase der Revolution über zwei Jahrzehnte hinweg hat die Entwicklung einer sozialistischen Demokratie, in der den Bürgern eine aktive, selbstverantwortliche Rolle zufällt, schwer geschadet.“⁶³ Und *so de facto* die Geburt und den Aufbau des sowjetischen Apparat auch zur Organisierung der Massenrepressalien – der zweifelsohne zum Kern dieses System gehörte – aus der Zarenzeit abzuleiten, das ist natürlich eine ordinäre Geschichtsfälschung, die die politische Handschrift Stalins kaschieren soll. Holz schreibt nun weiter, dass sich Stalin dieser Problematik bewusst gewesen sei: „Auf dem Höhepunkt seiner Machtkonzentration hat er der Sowjetunion eine Ver-

⁵⁴ H. H. Holz: Der Sieg der Unbeugsamen, Fidel Castro zum 80. Geburtstag, in: junge Welt, 12./13. August 2006, S. 10.

⁵⁵ Ebenda.

⁵⁶ MEW, Bd. 7, S. 85.

⁵⁷ H. H. Holz in Topos, a. a. O., S 32.

⁵⁸ Vgl. H. H. Holz: Vor 50 Jahren starb der sowjetische Parteiführer und Staatsmann J. W. Stalin. In schwerer Zeit, Rotfuchs/Februar 2003, S. 6/7. (Dieser Artikel erschien am 17. Dezember 1999 unter der Überschrift „Verkörperung der Widersprüche“ in der Zeitung der DKP „Unsere Zeit“).

⁵⁹ Ebenda.

⁶⁰ Ebenda.

⁶¹ Ebenda.

⁶² Ebenda.

⁶³ Ebenda.

fassung gegeben, die die Konturen einer sozialistischen Demokratie entwirft und den Staat auf den Weg freier Bürger bringen soll.“⁶⁴ Richtig ist die Aussage, dass diese Verfassung ein *Programm* sei. Sie war als ein politisch-ideologisches Dokument ohne juristisch-rechtliche Relevanz. Man kann in diesem Aufsatz aber auch lesen, dass auf dem Weg zur Stabilisierung (wahrscheinlich nach dem Sieg über den Faschismus) „nicht nur Opfer gebracht werden mussten, sondern auch zahllose Verbrechen begangen wurden, (und dies) ließ sich nicht einfach mehr mit der Berufung auf die Unausweichlichkeit der Parteinahme gegen den Faschismus und für den Sozialismus zur Seite schieben.“⁶⁵ Und dass Stalin mit seinen letzten Arbeiten Anstoß „zur Lösung von doktrinären Verkrampfungen und von bürokratischen Erstarrungen gegeben“ hat, gehört in das Reich der Phantasie. Obwohl es bei Holz Aussagen gibt, die von seinen späteren Schriften „positiv“ abweichen, wird doch hartnäckig die Frage ausgeklammert, ob und inwieweit Stalin mit der Niederlage des Sozialismus und der kommunistischen Weltbewegung „irgendwie“ in Verbindung zu bringen ist. Gerhard Branstner hat in präziser Kurzfassung diese Frage wie folgt beantwortet:

„Neben des vielen Schlimmen, was Stalin getan hat, heißt es, muss man auch in Rechnung stellen, dass er den Krieg gegen den Faschismus gewonnen hat. Abgesehen davon, dass man auch fragen muss, ob die Sowjetunion den Krieg nicht trotz Stalin gewonnen hat, steht unfraglich fest: Den Krieg gegen den Kapitalismus hat Stalin verloren, durch die Deformation des Sozialismus und die bis Gorbatschow reichenden Folgen dieser Deformation. Das aber ist seine historische Tat.“⁶⁶ Oder die historische *Endstation* als „Baumeister der Sowjetunion, deren unvergleichbarer Aufstieg und heldenhafter Kampf gegen die Hitlerfaschisten unter seiner Führung geschah, als Gewaltherrscher, der mit unsäglicher Härte die politische Linie, deren Repräsentant er war, durchsetzte und tatsächliche Opposition und vermeintliche Abweichungen unterdrückte.“⁶⁷

In seiner Artikel in der jungen Welt vom 13. Dezember 2007 „Die revisionistische Wende“ (Abweichende Erwägungen zu Robert Steigerwald) schreibt Holz als Resümee des Revisionismus, dass es eine falsche Positionierung wäre, „diesen Prozess an einer Persönlichkeit festzumachen, die allenfalls den Symbolnamen für tieferliegende Sachverhalte abgibt.“ Einen solchen tieferliegenden Sachverhalt für den Verfall des Sowjetsystems schließt er allerdings für Stalin als eine absurde „Personalisierung“ prinzipiell aus. Aber de facto wird zu einer solchen Symbolfigur Chruschtschow aufgebaut, weil er mit den politischen Orientierungen des XX. Parteitages der KPdSU die revisionistische Wende eingeleitet haben soll. Das „Lamento über die Niederlage muss nicht bei Gorbatschow begin-

nen, die Analyse muss zu Chruschtschow zurückgeführt werden, wenn Ursachen begriffen werden sollen.“⁶⁸ *Also war Chruschtschow die Katastrophe!* Bevor ich mich später zum Revisionismusproblem generell und in concreto äußere, möchte ich zunächst abheben, dass ich die Positionierung von Robert Steigerwald in seinen Beiträgen in der jungen Welt⁶⁹ über „Revisionismus“ und „Revisionismuskritik“ in *junge Welt* und anderswo im Prinzip für richtig halte. Da der Interessent diese Debatte selbst nachlesen und sich so ein eigenes Urteil bilden kann, will ich mich zunächst auf eine grundsätzliche Bemerkung in der Konnexität meines bisherigen Gedankengangs beschränken. Dass es in der Gesellschaftsstrategie mit dem XX Parteitag der KPdSU eine subjektivistische und voluntaristische Intention gegeben hat, ist wohl unbestritten. Aber mit der Formierung eines Revisionismus-Golems Chruschtschow „soll einer gründlichen, beweisenden, kritischen Auseinandersetzung über die Zeit, da Stalin an der Spitze nicht nur der KPdSU und der Sowjetunion, sondern der kommunistischen Weltbewegung stand, entgangen werden. ... Damit wird davon abgelenkt, welche Lehren aus der Geschichte des Kommunismus notwendig zu ziehen sind, um Verhaltens- Denkweisen und Strukturen zu überwinden, die dem historischem Anspruch unserer Idee und Weltanschauung widersprechen, und um eine zukunftsfähige kommunistische Politik unter heutigen Bedingungen zu entwickeln. Darum geht es. Das ist der Kern der gegenwärtigen Auseinandersetzungen.“⁷⁰

III.

Ich stimme auch prinzipiell den Feststellungen und Überlegungen von Steigerwald in seiner Debatte mit Kurt Gossweiler zu, der sich als einer der bedeutendsten deutschen Faschismusforscher ausgewiesen hat. Aber die Überlegungen von Gossweiler zu den Ursachen für den Sieg der Konterevolution in Europa kann ich nicht nachvollziehen. Ich habe sein gesamtes wahrhaft umfangreiches diesbezügliches Schrifttum gründlich gelesen und mich entschlossen, hierzu keine Polemik – auch außerhalb dieses Beitrages – zu führen. Denn Gossweiler zeichnet sich durch Stalinsche Parteilichkeit aus, die involviert, mich als „revisionistische“ Folie zu missbrauchen, um erneut – zum wievielten Male? – seine Niederlagenanalyse als die einzig richtige der Öffentlichkeit zu präsentieren. Deshalb will nur in einige kurzen Bemerkungen meinen Standpunkt hierzu artikulieren und es dabei bewenden lassen.

Ich bin kein Historiker; aber ich weiß natürlich, das sich die Forschungsarbeit eines marxistischen Historikers gemäß dem Gegenstand der Geschichtswissenschaft, in seinen Arbeitsstätten und mit seinen Arbeitsmitteln, mit

⁶⁴ Ebenda.

⁶⁵ Ebenda.

⁶⁶ Branstners Brevier, trafo verlag, Berlin 2003, S. 18.

⁶⁷ H. H Holz: Vor fünfzig Jahren ..., a. a. O.

⁶⁸ Aus dem Vorwort von Hans Heinz Holz zu Peter Hacks: „Am Ende verstehen sie es“, Politische Schriften, Eulenspiegel Verlag.

⁶⁹ R. Steigerwald: Um eine zukunftsfähige kommunistische Politik, junge Welt vom 10. Dezember 2007, S. 10/11; ders.: Versagen der Partei, junge Welt vom 11. Dezember 2007, S. 10/11.

⁷⁰ Ebenda, S. 10.

den historischen Quellen usw. nach bestimmten Erfordernissen vollzieht und dass es eine Forschungsmethode der Geschichtswissenschaft gibt. Und es gibt auch eine Logik des wissenschaftlichen Forschens überhaupt. Und ich bin oft über die „Argumentationslogik“ von Gossweiler gestolpert. Ein Beispiel hierfür: Zunächst werden Chruschtschow und Gorbatschow **linear – o h n e Vermittlungsglieder** – *gleichgestellt*. Das ist schon – um im Ton Gerhard Branstners zu formulieren – eine Gedanken-schweineerei. Mit Hinweis auf die persönliche *Meinung* von Brecht, David (USA-Botschafter in Moskau) und Pritt (britischer Kronanwalt), die nach *Meinung* von Gossweiler mit ihrer Beurteilung der Moskauer Prozesse recht hatten, ergibt sich dann „zwangsläufig die Frage: Taten diejenigen, die – wie Chruschtschow und Gorbatschow – nachträglich die in den Prozessen Verurteilten zu unschuldigen Opfern erklärten, dies nicht vielleicht deshalb, weil sie mit diesen sympathisierten oder gar ihre heimlichen Komplizen waren, und weil sie deren damals gescheiterte Sache zu Ende führen wollten?

Und wenn wir dann bei genauerer Betrachtung ihrer – der Chruschtschow und Gorbatschow und Ihresgleichen – politischen Tätigkeit feststellen müssen, dass sich die Geständnisse der Angeklagten der Moskauer Prozesse über ihre Absichten und Ziele und der ihrer Erreichung angewandten Methoden, wie das Drehbuch zu ihrem – Chruschtschows und insbesondere Gorbatschows – Wirken liest, dann legt das einen doppelten Schluss nahe.

Zum einen den, dass die Moskauer Prozesse als Schlüssel dienen können für die Erhellung und Entschlüsselung dessen, was seit dem 20. Parteitag der KPdSU die Sowjetunion, die anderen sozialistischen Länder und die kommunistische Bewegung auf die abschüssige Bahn geführt hat und zum anderen den, dass das Wirken der Chruschtschows und Gorbatschows und dessen Wirken den Rückschluss zulassen, dass es sich bei den Moskauer Prozessen eben nicht um Inszenierungen von Schauprozessen gehandelt hat, sondern das in diesen Prozessen Komplote der gleichen Art aufgedeckt und verurteilt wurden, wie sie von Gorbatschow schließlich zum bereits geplanten Ende geführt werden konnten, weil ihm kein Moskauer Prozess mehr Einhalt gebot.“⁷¹

Eine solche „Argumentationslogik“ hat weder etwas mit seriöser Geschichtsforschung, noch mit Logik des wissenschaftlichen Forschens und Dialektik zu tun. In ihr kulminieren vielmehr Meinungen sowie diffuse, imaginäre Illusionen und subjektivistische Vermutungen, die suggestiv als Tatsachenwissen erscheinen sollen. Dass Gorbatschow in dieser „Argumentationslogik“ als „König der politischen Falschmünzer“ (Klaus Steiniger) die ihm gebührende Abfuhr erhält, sei voll anerkannt; dies macht allerdings meine Einschätzung nicht obsolet.

Mein methodologisch-theoretischer Haupteinwand zu Gossweilers Niederlagenanalyse insgesamt ist jedoch, dass er all seine diesbezüglichen Überlegungen dichotom durch folgendes Raster zerlegt. Er wendet gegen meine Auffassung in der jungen Welt⁷² - gleichfalls in der jW vom 4. April 2005 - ein, dass es – mit Hinweis auf Ervin Rozsnay (Budapest) - zwei Sowjetunionen gab: die revolutionäre sozialistische Sowjetunion und danach die kleinbürgerliche, die zu einem bourgeois-konterevolutionären System verkam.⁷³ Er wirft meiner Niederlagenerklärung „innere logische Widersprüchlichkeit“ vor. Es sei „eine Konstruktion, die zu den historischen Tatsachen in krassem und logischem Widerspruch steht.“ Dass ich nebenbei sogleich zu einem Nachbeter der „Vordenker“ Chruschtschow, Gorbatschow und weiterer revisionistischer Konsorten erklärt werde, versteht sich. Eine sachliche Debatte mit Gossweiler war schon damals deshalb unreal, da er die LOGIK als Methode seiner ideologischen Implikationen einsetzt. *Aber damit kann man natürlich auch inhaltlich Falsches begründen, wie dies Gossweiler „logisch“ generell und universal diesbezüglich praktiziert.* Hierbei bedingt er sich de facto auch der Stalinschen Fassung der Dialektik in ihrer statisch-dogmatischen Gegenüberstellung. Und damit ist zugleich das Tor für den subjektivistischen, opportunistischen linken Dogmatismus und Radikalismus weit geöffnet. Somit handelt es sich bei Gossweiler um ein solches *apodiktisches* Axiom von politischer Ideologie in Gestalt von falschen Vorstellungen, das dazu beitragen könnte, die Wiederbelebung der kommunistischen Bewegung zu behindern.

Dass eine solche dualistische Positionierung bei einer Handvoll Linker (aus verschiedenen Gründen) generelle Zustimmung findet, die auch Debatten *innerhalb* dieser Denkströmung involviert, versteht sich. So meint z.B. Holz, dass sich Gossweiler „zu der Erkenntnis durchgerungen hat, dass an der Spitze der Partei der Oktoberrevolution ein Revisionist gelangt war! Dass Chruschtschow der Vollstrecker einer strategischen Wende in der Politik der KPdSU war, die in konterrevolutionären Konsequenzen enden musste, hat Kurt uns immer wieder mit zahlreichen Belegen vor Augen geführt. ... Kurt ist Historiker, und er analysiert die Entwicklung aus Fakten der politischen Geschichte. Demgemäß stützt sich sein Urteil auf Vorgänge und Ereignisse. So liefert er das empirische Material für die Deutung des Geschichtsverlaufs seit dem XX. Parteitag, den er als Sündenfall der kommunistischen Bewegung diagnostizierte. So recht er damit hat, so wenig reicht das aus, um sich mit der Kraft des Arguments durchzusetzen. Denn geschichtliche Prozesse verlaufen im Zickzack von Widersprüchen, und wer (selbst wider Willen) vom Denkmuster des Revisionismus beeinflusst ist, wird leicht Tatsachen finden, die er als Argumente gegen die Diagnose gebrauchen kann. So wird die metho-

⁷¹ In: Und was war es nun wirklich? Festschrift für Kurt Gossweiler anlässlich seines 90. Geburtstages, Einzelverlag Frank Flegel, Hannover 2007, S. 113/114. Ähnlich argumentiert Gossweiler bei der Beurteilung der „Nachfolgeprozesse“ in volksdemokratischen Ländern Osteuropas.

⁷² Siehe I. Wagner: Kein gesetzmäßiges Ende. Zu den Ursachen der Niederlage des europäischen Sozialismus – Positionsbestimmungen, in: junge Welt vom 24./25. März 2005.

⁷³ Gossweiler ist auf seine Weise konsequent. Weil das so sein soll, polemisiert er gegen den Begriff des „realen Sozialismus“, den er als einen Weg des Abweichens „des Weges von 1917“ bestimmte und ihn nur als den Sozialismus in seiner *Abstiegsphase* anerkennen will. Der Weg von 1917 bis Stalins Tode war demnach der unverfälschte, vom Leninismus geprägte Sozialismus. Er schlägt dann vor, den mit dem Todeskeim infizierten Sozialismus genauer mit dem Begriff „denaturierter Sozialismus“ zu bezeichnen. Siehe K. Gossweiler: Der unsterbliche Frühsozialismus, in: Weibenseer Blätter, 2/2003, S. 28 ff.

dologisch redliche Instanz auf den Fakten zum Drahtverhau, in dem auch der bewunderungswerte Kenntnisreichtum Gossweilers hängen bleibt.“⁷⁴ Dass die Belege, Fakten und das empirische Material, das Gossweiler in einer Sicht verarbeitet sehr oft vom Zeitgeist der politischen Publizistik durchtränkt sind, spricht nicht für die „methodologisch redliche Instanz auf den Fakten“. Und die Bemerkung von Holz, *alle* marxistischen Denker außerhalb dieses Schemas mit der Bannbulle des Revisionismus zu belegen, ist einfach perfid und eines Denkers, der die marxistische Philosophie mit Geniestreichen bereicherte, nicht würdig. Hinzu kommt, dass mit dem eingeführten „Revisionismusbegriff“⁷⁵ ein solch nominal inhaltleerer gewählt wurde, unter dem sich jeder etwas anderes vorstellen kann – offensichtlich, um viele Linke unter einen Hut zu bringen, die inhaltlich von ihren Grundpositionen her nicht zusammenzubringen sind. Um die von ihm aufgezeigte „Schwachstelle“ Gossweilers philosophisch zu kaschieren, hilft auch seine Theorie von der sozialistischen „Revolution neuen Typs“ nicht, zu der ich mir profunde kritische Einwände erlaubt habe.

Dass ich mit diesem Aufsatz weder das Jahr 1956 noch den XX. Parteitag der KPdSU rezipieren kann, leuchtet ein.⁷⁶ Deshalb bleibe ich bei meiner Diktion, die zum Kern der Niederlagenanalyse hinführen soll. Hierbei gehe ich mit den bereits erwähnten Überlegungen und Argumente von Steigerwald konform, die ich hier nicht wiederholen will, da sie der Interessent selbst originär nachlassen kann. Dies schließt natürlich ein, dass man diese oder jene Frage sachlich weiterdenken kann. Es gilt prinzipiell: Auch ich kann dem Versuch von Gossweiler, „die Niederlage von 1989/90 aus dem, XX Parteitag der KPdSU und aus dem Wirken Chruschtschows (der dazu, wenn auch negativ, zum Gegengenie Stalins aufgewertet wird) abzuleiten, die ‚Vorgeschichte‘ aber zu verdrängen, ... nicht zustimmen.“⁷⁷

Gossweiler entwickelte in seinem Aufsatz „Der Revisionismus – der ‚Weichmacher des Imperialismus in seinem Kampf gegen den Sozialismus‘“ hierzu eine Art Kontrastprogramm.⁷⁸ Er wendet hier seine bereits geschilderte individuelle Denkmethode konsequent auf die Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus in seiner historischen Bewegung an und ignoriert hierbei, dass es auch nach dem XX. Parteitag der KPdSU welthistorische Erfolge der UdSSR z. B auf dem Gebiet der Weltraumerforschung gab. Das Ergebnis der rasiermesserscharfen Trennung der beiden Sowjetunionen wird in seiner Sicht vorgeführt. Die revisionistische Büchse der Pandora wird von Chruschtschow geöffnet! Er wird mit dem wirklichen

Konterrevolutionär Gorbatschow in eine direkte, lineare Beziehung gebracht. Dieses Phantom kann hier natürlich nicht zur Debatte stehen. Denn selbst die durchaus konstruktiven Überlegungen von Holz zum Ursachengefüge in seiner Schrift „Niederlage und Zukunft des Sozialismus“, die bereits erwähnt wurde – mangelnde Reife der ökonomischen Bedingungen, Bürokratie-Problem, Verarmung der Theorie – werden in die Zeit nach Stalins Tod verlegt, obwohl sie bei Holz diese Beschränkung nicht explizit aufweisen. Es lohnt sich eigentlich nicht, dieses Elaborat von Gossweiler überhaupt zu erwähnen, wenn es nicht folgende Aussage enthielte: „Von allen in der Bundesrepublik Deutschland bestehenden kommunistischen Organisationen hat in meinen Augen die DKP am besten die Aussicht, Kristallisationskern einer künftigen gesamtdeutschen kommunistischen Partei zu werden – nach meiner Überzeugung allerdings nur unter der einen Bedingung, dass es ihr gelingt, sich von der Last der vom 20 Parteitag ausgegangenen Entstellungen der Geschichte der eigenen Bewegung zu befreien.“⁷⁹

Damit wäre nun die Katze aus dem Sack! Nun wäre seriös gewesen, sich in dieser Hinsicht mit dem geltenden Programm der DKP auseinander zu setzen, in das diese „Entstellungen“ aufgenommen wurden. Hier wendet Gossweiler eine Finte an, indem er die Sozialismusvorstellungen der DKP: Sozialismus – die historische Alternative zum Kapitalismus, beschlossen auf dem 14 Parteitag der DKP aus dem Jahre 1998 (Essen, Juli 1998) aufs Korn nimmt; denn die Aussagen zu den Leistungen und Fehlentwicklungen des realen Sozialismus in diesem Beschluss sind im Prinzip in das neue DKP-Parteiprogramm eingeflossen. Und dieses Programm hat ebenfalls Holz in seinen Grundkoordinaten verteidigt, die es als ein beachtliches und sicherlich als das einzige Programm in Deutschland auf dem Boden des wissenschaftlichen Sozialismus ausweisen.⁸⁰ Es stellte klar: „Die Zeitschrift ‚offensiv‘ hat in einem Sonderheft eine Tagung ihres Herausgeberkreises zur Analyse des DKP-Parteiprogramms veröffentlicht. Ihr Ergebnis ist nicht nur kritisch, sondern ablehnend. Ich möchte in eine Diskussion darüber nicht eintreten. Zu offenkundig ist ... die Tendenz, in die DKP einen Zwist zu tragen und die Partei zu zersplittern. Zu wessen Nutzen?“⁸¹ Soweit so gut. Holz ist sich einerseits mit Peter Hacks einig „in der *Verurteilung* (von I. W. abgehoben) der Politik, die aus dem XX. Parteitag der KPdSU resultierte“⁸².

Andererseits kann man bei ihm auch lesen, wie „die Zeit zwischen Lenin und Stalins Tod in ihren positiven Leistungen, den Grundriss einer sozialistischen Gesellschaft

⁷⁴ In: Und was war es nun wirklich? a. a. O., S. 45.

⁷⁵ Die hierzu erforderliche Debatte würde das Anliegen dieses Beitrages weit sprengen. Sie kann deshalb nur in anderen Zusammenhängen weitergeführt werden.

⁷⁶ Robert Steigerwald hat hierzu in der UZ vom 9. Februar 2001 einen interessanten lesenswerten Beitrag geschrieben, der auch heute noch im Prinzip richtungsweisend ist.

⁷⁷ R. Steigerwald: Das Versagen der Partei, a. a. O. S. 11.

⁷⁸ In Topos 28, 2007, S. 45 ff.

⁷⁹ Ebenda, S. 67.

⁸⁰ Auf diesbezügliche Literaturquellen kann ich hier verzichten, will aber hinzufügen, dass ich mich in Auswertung dieser Quellen gleichfalls zu diesem Programm bekannt habe – ohne das programmatische Weiterdenken, dass ich selbst praktiziert habe, in Abrede zu stellen.

⁸¹ In Theorie & Praxis, 4. 12. 06, Ausgabe 7, S. 10.

⁸² In junge Welt, 27. Februar 2007, S. 10.

zu entwerfen, und in ihren schrecklichen Irrwegen, die unvermeidliche Härte des Klassenkampfes in einen *prolongierten Terror* zu führen (von I. W. abgehoben), zu begreifen (von I. W. unterstrichen) sei“.⁸³ Mit diesen „dialektischen Formulierungskünsten“ verkürzt Holz die historische Zeit der Untersuchung der Niederlage des realen europäischen Sozialismus auf die Zeit *nach* Stalins Tod und verbindet dies mit der Ablehnung des Begriffs Stalinismus – „weil der Niedergang des Sozialismus 50 Jahre nach Stalins Tod doch als ein eigenes Phänomen untersucht werden muss und das Versagen der Partei und ihrer Führung nicht einfach durch Abschieben auf die Vergangenheit zu erklären ist.“⁸⁴ Holz meint zu recht, dass der Begriff Stalinismus „die Personalisierung eines geschichtlichen Prozesses und seiner Widersprüche vornimmt“.⁸⁵ Aber er selbst nimmt diese von ihm verurteilte Personalisierung in der Konnexität des XX. Parteitags der KPdSU vor. Und damit trifft er sich – wenn auch nuanciert – mit Gossweilers Position von den beiden Sowjetunionen. Gossweiler ist auf seine Weise konsequent: ohne die Paralyse des Revisionismus, des „Weichmachers des Imperialismus in seinem Kampf gegen den Sozialismus“ im Programm der DKP bleibt diese Partei revisionistisch; deshalb muss man sie bekämpfen, ummodellern, reinigen und ihr so zu einer wirklichen „kommunistischen Identität“ verhelfen. Huar meint, dass die von Marx, Engels und Lenin ausgearbeiteten Axiome einer revolutionären Partei „von Stalin voll entfaltet wurden“.⁸⁶ Davon zeugen auch seine beiden Schriften: Stalin als Theoretiker des Marxismus, Stalins Beiträge zur Parteitheorie, Heft 1 und 2⁸⁷, die natürlich einer hier nicht vorzunehmenden Betrachtung bedürfen. Diese angestrebte Umwandlung des *originären* Leninschen Parteityps in einen (neo)stalinschen Parteityp, der sich nur nominell als leninistisch bezeichnen könnte, würde in meiner Sicht das Ende der kommunistischen Bewegung einleiten.

Holz postuliert, dass die Bewertung des XX. Parteitages der KPdSU und die diesbezügliche Diskussion hierzu „bis zur Überzeugungskraft der triftigen Gründe weitergeführt werde, (denn dies) gehört wesentlich zum Verständnis dessen, was Kommunist-Sein hier und heute heißt.“ Das wurde im Jahre 2000 geschrieben.⁸⁸ Aber auch Holz hat in meiner Sicht den Stein des Weisen nicht in der Tasche, was ich hier zumindest andeuten möchte, da auch sein mit Hegel unterfüttertes Konzept von der Prolongation der Revolution den Rahmen von den zwei Sowjetunionen nicht sprengt.

Tatsache ist: *Chruschtschow war Voluntarist*. „Die reale Möglichkeit zu überschätzen, ist Voluntarismus. Der Wille kann nicht das Unmögliche gestalten.“ (Holz) Dies involviert aber auch, dass in seiner Politik „Zufälligkeiten“ eine besonders große Rolle spielten. „Diese Zufälligkeiten fallen natürlich selbst in den Gang der allgemeinen Entwicklung und werden durch andere Zufälligkeiten wieder kompensiert. Aber Beschleunigung und Verzögerung sind sehr von solchen ‚Zufälligkeiten‘ abhängig – unter denen auch der ‚Zufall‘ des Charakters der Leute, die zuerst an der Spitze der Bewegung stehen, figurieren.“⁸⁹

Holz erläutert, dass die „Strategie, den Aufbau des Sozialismus im Land zu sichern und ein sozialistisches Staatensystem zu sichern, ... einen hohen Preis (verlangte).“⁹⁰ Dass man über das Maß dieses Preises auch streiten kann, soll hier ausgeklammert bleiben. Holz meint in diesem Konnex: „Friedliche Koexistenz bedeutete nicht Nachgiebigkeit – das wurde sie erst später als Folge innerer Fehlentwicklung –, sondern Einsatz der eigenen Stärke bis zur Grenze ihrer Belastbarkeit.“⁹¹ Die inneren Schwierigkeiten, unter den der Sozialismus in der Sowjetunion aufgebaut werden musste, werden geschildert und münden in folgenden Folgerungen: Es bestand eine ständige Gefahr „revisionistischer Abweichungen von kommunistischen Zielvorstellungen.“ Einmal davon abgesehen, dass diese Zielvorstellungen zunächst sozialistische waren. *Dogmatische Abweichungen hat es also unter Stalins Führung nie gegeben!* Und nun heißt es weiter: „Politisch war diese Gefahr durch das strikte Beharren auf leninistischen Prinzipien zu bannen (was den wesentlichen ideellen Gehalt der Diktatur des Proletariats ausmacht) – zum mindesten, solange der Parteikern sich noch aus erfahrenen Streikern der vorrevolutionären Zeit zusammensetzte“.⁹² *Stalin hat nicht nur die leninistischen Prinzipien der Partei nach und nach abgebaut; er hat auch dessen Parteikern im Gefolge seines Massenterrors als Leitungsmethode einen Kopf kürzer gemacht. Dies zu leugnen ist zynisch.* Weiter heißt es, dass es „psychologisch dagegen war, die unterschwellige Fortdauer vorsozialistischer Mentalität nur in einem langfristigen Generationsprozess zum Ausklingen zu bringen. So pflanzten sich viele Überreste des feudalen Russland fort ..., die ohne strenge Parteikontrolle und bei gewandeltem Führungsgeist in wuchernden Privategoismus, Korruption, Nepotismus und Schlendrian ausarten können. Die letzten zwanzig Jahre sind ein Beispiel solchen allmählichen Verfalls.“⁹³ *Danach wäre es de facto notwendig gewesen, die prolongierte Revolution als Verschärfung des Klassenkampfes in*

⁸³ In: Perspektivenvielfalt in der Diskussion, UZ, 7. April 2000.

⁸⁴ Ebenda.

⁸⁵ Ebenda.

⁸⁶ In: Imperialismus und anti-imperialistische Kämpfe im 21. Jahrhundert, Offensiv, Hannover 2001, S. 226.

⁸⁷ Offensiv, Hannover 3/03 und 4/03.

⁸⁸ Siehe: UZ, a. a. O.

⁸⁹ Karl Marx, MEW, Bd. 33, S. 209.

⁹⁰ Vgl. H. H. Holz: Pseudorevolutionärer Maximalismus, in: junge Welt vom 19. Februar 2008, S. 11.

⁹¹ Ebenda.

⁹² Ebenda.

⁹³ Ebenda.

Stalinscher Fassung und Führung fortzuführen. Ohne Prophet zu sein, darf man wohl vermuten, dass der Exitus des Sozialismus wesentlich früher eingetreten wäre, wenn nach Stalins Tod dessen politisch-ideologische Konzeption uneingeschränkt die Oberhand behalten hätte.

IV.

Zur Revisionismusedebatte wäre zunächst anzumerken, dass die Ergebnisse der notwendigen Weiterentwicklung des Marxismus und des Leninismus als „Revision“ keineswegs Revisionismus als Preisgabe des originären marxistischen Kerngehalts, als bloße Anpassung an neue historische Umstände zu deuten sind. Thomas Metscher meint wohl mit Recht, dass eine Lösung des Revisionismusproblems mit Blick auf zukünftige sozialistische Politik nur möglich scheint, „wenn überall dort, wo über Revisionismus gesprochen wird, auch über Dogmatismus gesprochen wird. ... Meine Vermutung ist, dass Revisionismus und Dogmatismus zusammengehören wie die Henne und das Ei. Der Dogmatismus erst hat den Revisionismus hervorgebracht – und wird es immer tun.“⁹⁴ Ja! Dass die Gründung der Sowjetunion kein revisionistischer Akt war, versteht sich. Leider sind solche revolutionären und theoretischen Genies wie Lenin, die in einer marxistischen Partei das Spannungsverhältnis zwischen Dogmatismus und Revisionismus minimieren können, historische Ausnahmereischeinungen. In meiner Sicht steht Stalin wohl für den Dogmatismus. Mit Blick auf den konterrevolutionären Untergang der Sowjetunion enthält der Voluntarismus und Subjektivismus Chruschtschows ein revisionistisches Moment *sui generis*, welches aber keinesfalls als eine durch den XX. Parteitag eingeleitete revisionistische Wende zu bezeichnen ist. In der nachfolgenden Zeit gab es eine gewisse Symbiose von Dogmatismus und Revisionismus die schließlich in Revisionismus und Konterrevolution mündete. Nicht der XX. Parteitag hat diese Tragödie ausgelöst, sondern sein *historisches* Scheitern. Holz moniert besonders die ökonomische Zielsetzung; sie sei abenteuerlich, subjektivistisch und nicht polit-ökonomisch begründet gewesen. Er verbindet dies in seinen Schriften immer wieder mit der Vernachlässigung der Klassenfrage durch die Freisetzung bürgerlicher Lebenserwartungen. Und dies kulminierte eigentlich in der Aufgabestellung des auf dem XXII. Parteitag der KPdSU (Oktober 1961) angenommenen Programms der KPdSU, in der UdSSR die kommunistische Gesellschaft im Wesentlichen bis 1980 aufzubauen. Dieses Ziel war unreal. Aber Chruschtschow zu unterstellen, damit die *bürgerliche* Lebensweise einführen zu wollen, ist gleichfalls unreal, obwohl es sicherlich nicht auszuschließen ist, dass es solche soziologischen Erscheinungsformen tatsächlich gegeben hat. Man darf aber nicht vergessen, dass es historischen Verkürzungen durch unsere Klassiker schon oft

gegeben hat. Marx hat über fünfzig Mal die sozialistische Revolution „angekündigt“. Lenin hat in seiner Rede an die Jugend vom 2. Oktober 1920 davon gesprochen, „dass die Generation, die jetzt 25 Jahre alt ist, in 10-20 Jahren in der kommunistischen Gesellschaft leben wird“.⁹⁵ Und in der Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Dietz Verlag Berlin 1971, S. 550) kann man noch lesen: „Nachdem der Sozialismus im wesentlichen aufgebaut war, trat die UdSSR, wie das der XVIII. Parteitag feststellte, in die *Periode der Vollendung des Aufbaus der sozialistischen Gesellschaft und des allmählichen Übergangs vom Sozialismus zum Kommunismus ein.*“ Dieser Parteitag fand vom 10. bis 21. März 1939 statt. Aber dass die entwickelte sozialistische Gesellschaft Sozialismus in Wirklichkeit eine frühe sozialistische Entwicklung war, kann heute nicht mehr ernsthaft bestritten werden. Ergo, man muss diesen „Subjektivismus“ auf den Boden der jeweiligen wirklichen historisch-konkreten Lage stellen, um im Nachhinein zu richtigen Folgerungen kommen zu können. Und das gilt auch für Chruschtschow und die Beurteilung des XX. Parteitages.

Dieser Parteitag hat im Großen und Ganzen ein Theoriebild entwickelt, das ich im Prinzip billige. Richtig waren die Schlussfolgerungen, dass unter den damaligen gesellschaftlichen Verhältnissen die reale Möglichkeit besteht, einen neuen Weltkrieg zu verhindern. Auch der Leninsche Leitsatz von der Mannigfaltigkeit der Formen des Übergangs der verschiedenen Länder zum Sozialismus wurde weiter entwickelt. Unter bestimmten Bedingungen ist auch ein friedlicher Weg zum Sozialismus möglich, wenn es gelingt, eine stabile Mehrheit im Parlament zu erobern und es aus einem Klasseninstrument der Bourgeoisie zu einem Instrument des werktätigen Volkes zu machen. Dies schließt zwar den bewaffneten Kampf, über keineswegs den Klassenkampf aus. Auch die Konkretisierung des Leninschen Prinzips der friedlichen Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen als eine Form des Klassenkampfes in Bezug auf die damalige Zeit ist wohl zu billigen. Ihre Verwirklichung zielte darauf ab, einen thermonuklearen Weltkrieg zu verhüten, Streitigkeiten zwischen den Staaten durch Verhandlungen zu lösen und das Recht jedes Volkes auf selbständige Entscheidung über Fragen seiner inneren Entwicklung zu respektieren.⁹⁶ Die auf dem XXII. Parteitag (1961) im dritten Parteiprogramm formulierte Thesen vom Staat des gesamten Volkes und der Partei des gesamten Sowjetvolkes waren solche „prognostischen Vorgriffe“, die mit der Fehleinschätzung vom *vollständigen* und *endgültigen* Sieg des Sozialismus und dem Übergang zum Kommunismus in Korrelation stehen.⁹⁷ Holz meint nun, dass sich die Zusammenfassung aller nationalen Kräfte im Abwehrkampf gegen die faschistische Invasion vor die ideologische Front schieben musste. „Die weltanschauliche Erzie-

⁹⁴ junge Welt, 17. Januar 2008, S. 14.

⁹⁵ Lenin, Werke, Bd. 31, S. 289.

⁹⁶ In den gegenwärtigen Auseinandersetzungen, die hier zur Debatte stehen, spielt diese Frage eine wesentliche Rolle, wobei feststeht, dass in der Zeit Gorbatschows dieses Prinzip zu den Akten gelegt wurde. Aber diese konterrevolutionäre Aufgabe bereits dem XX. Parteitag und Chruschtschow anzulasten, ist infam. Dieser Fragenkreis verlangt eine eigenständige Darstellung, die hier auszublenden war.

⁹⁷ So wurde im Jahre 1967 von einigen sowjetischen Staatstheoretikern fälschlicherweise behauptet, die Etappe des Staates des ganzen Volkes habe bereits im Jahre 1936 begonnen. Siehe: Entwicklungsgesetzmäßigkeiten des sozialistischen Staates. Berlin 1986, S. 176. Eine solche These ist auch in der Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Dietz Verlag Berlin 1971, enthalten. Es heißt hier bei der Erläuterung des XVIII. Parteitages, dass der sozialistische Staat in eine neue Periode seiner Entwicklung eintrat – „es begann der Prozess des allmählichen Hinüberwachsens des Staates der Diktatur des Proletariats in den Staat des ganzen Volke, was in der neuen Verfassung seinen Ausdruck fand.“ (S. 551)

hungsarbeit wieder aufzunehmen, wäre ein Pflicht der Nachkriegsgenerationen gewesen. Darum ist die Grundfrage nach dem Revisionismus die Frage nach der sozialistischen Lebensweise; an ihr entschied sich die weltanschauliche Klarheit.“⁹⁸ Dieser groben Vereinfachung der Wirklichkeit möchte ich widersprechen.

Lenin betonte stets, dass der „Marxismus ... auf dem Boden der Tatsachen und nicht der Möglichkeiten (steht).“⁹⁹ Für ihn war eisernes Gesetz, dass der „Marxist ... als Prämisse seiner Politik *nur* genau und unbestreitbar bewiesene Tatsachen annehmen“ darf.¹⁰⁰ Was zeigt eine konkrete Analyse der politischen Situation und der ökonomischen Wirklichkeit im historischen Konnex des XX. Parteitags der KPdSU in heutiger Sicht? Wenn man als historische Eckpunkte den Tod Stalins 1953 und die Ablösung Chruschtschows im Jahr 1974 nimmt, so ist schon auf dem ersten Blick offensichtlich, dass es sich vom Standpunkt der sozialhistorischen Zeit um eine extreme Kontraktion handelte, die durch die Dialektik von Kontinuität und Diskontinuität geprägt wurde. Die UdSSR hatte sich im Gefolge des Sieges über die faschistischen Aggressoren zur sozialistischen Weltmacht entwickelt und dabei unglaubliche Schwierigkeiten zu überwinden. Ihre materiellen und menschlichen Opfer waren immens. Es gelang ihr auch, nach Kriegsende in relativ kurzer Frist die Volkswirtschaft wiederherzustellen und eine Aufwärtsentwicklung einzuleiten. Aber das Land war nach diesen riesigen Anstrengungen erschöpft. Enthusiasmus und Terror wurden zunehmend ineffektiv. Es wurde also nach dem Ableben Stalins notwendig, eine solche Entwicklungsrichtung einzuleiten, die zwar am kommunistischen Endziel kontinuierlich festhält, aber zugleich in der Höherentwicklung des notwendig Erforderlichen dominiert und sich in der Konsequenz durchsetzt. Und dies involvierte die Negation des Alten, Überleben; denn wenn *diese* Kontinuität erstarrt, entsteht die Gefahr, dass sie nicht nur entwicklungshemmend wirkt, sondern sogar eine Rückentwicklung in der Gesellschaft und eventuell von außen begünstigt im schlimmsten Falle eine Konterrevolution fördert.

Eine solche neue Entwicklungsrichtung involvierte einige Komponenten. Da wäre **erstens** eine reale Einschätzung des wirklich erreichten Entwicklungsstandes des sozialistischen Aufbaus zu nennen. Obwohl das Land erst eine Grundlegung des Sozialismus erreichte, wurde de facto an eine „Etappe der Vollendung des Aufbaus des Sozialismus und des allmählichen Übergangs zum Kommunismus“ angeknüpft, in die die UdSSR in den Jahren 1937-1940 eingetreten sei.¹⁰¹ Und von hier aus spannt sich der Bogen bis zur Annahme des neuen Parteiprogramms auf dem XXII. Parteitag der KPdSU, welche „die Partei, das Sowjetvolk, mit einem entfalteten Programm des Kampfes für den Aufbau des Kommunismus (ausrüstete).“¹⁰² In

Wirklichkeit hatte der Sozialismus in der UdSSR weder den vollständigen und endgültigen Sieg errungen noch war er ein reifer, sich auf dem Weg in den Kommunismus befindlicher Sozialismus, wie er später definiert wurde. **Zweitens** wäre eine Rückkehr zu Lenins Staats- und Gesellschaftskonzeption von der Vergesellschaftung des sozialistischen Staates, also eine Abkehr von der Verstaatlichung der Gesellschaft erforderlich gewesen. Auch Holz mahnte diese „Wiederherstellung des ursprünglichen Sowjetprinzips dringend“ an – verbunden mit einem damit einhergehenden Abbau der zunächst notwendigen Bürokratie.¹⁰³ **Drittens** war es unumgänglich, ausgehend vom erreichten Entwicklungsstand des Sozialismus die außerökonomische Macht *zunächst* durch den ökonomischen Zwang der Warenwirtschaft und des Wertgesetzes auf dem Boden und im Rahmen einer modernen Planung zu ersetzen, sich also vom Stalinschen ökonomischen Denken zu lösen. Meinungen, man könnte in einer noch frühen Entwicklung des Sozialismus schon Wertkategorien ausschalten, sind utopisch. **Viertens** war es natürlich später für den sich entwickelnden frühen Sozialismus lebenswichtig, den Eintritt in das Informationszeitalter nicht zu verpassen. *Und genau dies erfolgte.* Die Sowjetunion erhielt dadurch einen tödlichen Hirnschlag. Und schließlich war **fünftens** die Rückkehr zu den Prinzipien des Leninschen Parteityps unumgänglich, weil hiervon **entscheidend** abhängig war, dass sich in der Dialektik von Kontinuität und Diskontinuität solche neuen Wesenszüge der Diskontinuität durchsetzen, die einer alten, negativen Kontinuität wirklich Paroli bieten konnten. Weil dies aber nicht geschah, konnten die Widersprüche in dieser Zeit nur so gelöst werden, dass in der Folgezeit die Sowjetunion daran zugrunde ging. Es ist also unmöglich, die Ursachen der Niederlage des Sozialismus von dieser negativen Kontinuität rasiermesserscharf abzukoppeln und mit der „Revisionistischen Wende“ durch Chruschtschow zu beginnen. Die historisch tieferen Ursachen entstanden in einem bestimmten Maß bereits in den letzten zwanzig Jahren der Amtszeit Stalins, die sich später als historische Kontinuität fortbildeten. Dies hat mit einem „Stalinismus-Trauma“ (Holz) nichts zu tun. Und auch nichts damit, ihm „in absurder Personalisierung“ diese Niederlage allein zur Last zu legen.

V.

Die **wesentlichste** Ursache für das Scheitern einer neuen Entwicklungsrichtung lag am Zustand der Partei, der nach Stalins Tod keine echte Negation der Negation nach sich zog, sondern in dem sich nach wie vor die Kontinuität in historischer Tradition manifestierte. Auf dem XX. Parteitag der KPdSU entlarvte Chruschtschow den Personenkult nur moralisch. Damit wurden zwar die ideologischen Fesseln des „Stalinschen Modells“ abgestreift, aber der

⁹⁸ H. H. Holz: Die revisionistische Wende, junge Welt, 13. Dezember 2007, S. 11.

⁹⁹ Lenin, Werke, Bd. 35, S. 219.

¹⁰⁰ Ebenda.

¹⁰¹ Vgl. Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Berlin 1971, S. 580.

¹⁰² Ebenda, S 752.

¹⁰³ Vgl. H. H. Holz: Die revisionistische Wende, a. a. O., S. 11.

bereits beginnend mit den 50er Jahren herangereiften Notwendigkeit, das von Stalin geformte Sozialismusmodell zu reformieren, nicht entsprochen. Chruschtschow war wohl mehr Subjektivist als Voluntarist, der später selbst den Personenkult pflegte. In einem Leitartikel der „Pravda“ (abgedruckt im ND vom 18. 10. 1964) heißt es: „Die Leninsche Partei ist Feind des Subjektivismus und des Selbstlaufs im kommunistischen Aufbau. Fremd sind ihr Phantastereien, verfrühte Schlussfolgerungen und übereilte, von der Realität losgelöste Entscheidungen und Handlungen, Prahlerei und leeres Gerede, Hang zum Administrieren und ignorieren dessen, was Wissenschaft und praktische Erfahrungen schon erarbeitet haben. Der Aufbau des Kommunismus ist eine lebendige Aufgabe, die keine bürokratische Methoden, keine eigenmächtige Entscheidungen, kein Ignorieren der praktischen Erfahrungen der Massen duldet.“ Wenn man einmal von den voluntaristischen Mängeln dieser Einschätzung – Aufbau des Kommunismus und Leninsche Partei – absieht, so sind hier alle subjektivistischen Sünden Chruschtschows aufgelistet. Er brach zwar mit den Stalinschen Terror, konnte allerdings die Ersetzung der Leninschen durch eine Stalinsche Partei nicht rückgängig machen. Die Schicht jener, die in den Jahren des Großen Terrors ihre politische Karriere begannen, verdankten ihren sozialen Aufstieg dem Vernichtungsfeldzug Stalins gegen den Bolschewismus. Breshnew konnte auf „Leninschen Kurs zum Sieg des Kommunismus“ nahtlos an diese nunmehr vom Stalinschen Terror „befreite“ Schicht anknüpfen und erklären, dass der „XX. Parteitag der KPdSU ... die Wiederherstellung der wahrhaft Leninschen Normen im Leben unserer Partei eingeleitet (hat)“. Das Oktoberplenium im Oktober 1964 wurde als ein „wichtiger Markstein auf den Weg der Realisierung der Beschlüsse des XX: Parteitages der KPdSU“ bestimmt.¹⁰⁴ Und damit begann eine langfristige Stagnationsperiode in der Sowjetunion, in der „Kandidaten des Jahres 1937“ das Heft fest in ihre Hände nahmen und sich parasitär regenerierten. Sie regierten die Sowjetunion bis zu deren Untergang und ließen die sozialen Grundlagen ihrer Existenz nicht in Frage stellen. Dieses Stalinsche Erbe war tief in der sowjetischen Gesellschaft verwurzelt. Es reproduzierte sich nach dem XX. Parteitag der KPdSU elementar. Leider besaß das Land nicht die Führung, die es nötig gehabt hätte. Objektiv hatte das Land für solche sozialistische Reformen, die das Land aus der Krise geführt hätten, alle objektiven Möglichkeiten. Verhindert hat dies die Deformation des subjektiven Faktors. Es fehlte die strategische Klugheit, die programmatische Klarheit und die Voraussicht der Führung, der es nicht gelang, den von Stalin geprägten Parteityp durch den originären Leninschen zu ersetzen. Die „Ersetzung“ erfolgte nur auf dem Papier. In praxi begann sich in der Folgezeit ein solcher Revisionismus breit zu machen, der in die Konterrevolution einmündete. Da es nach Stalins Tod nicht gelang, die durch ihn tradierte Kontinuität zu

brechen, durch eine wirklich leninistische Diskontinuität zu ersetzen, können diese negativen durch ihn gesetzten Ursachen in ihrer Fernwirkung nicht aus dem Ursachengefüge ausgeklammert werden. Sie sind ein wesentlicher „Grund“ für die Niederlage des frühen europäischen Sozialismus.

VI.

Was schlägt Holz als Alternative vor? Ich habe bereits vermerkt, dass ich seine Interpretation des dritten Parteiprogramms der KPdSU – es trug zwar voluntaristische Züge – aber nicht so interpretieren kann, dass damit die „Inhalte der Erscheinungsformen der kapitalistischen Konsumgesellschaft, die es ‚einzuholen‘ gelte, ... zum Maßstab sozialistischer Lebensweise genommen (wurden).“¹⁰⁵ Man kann diese Frage nicht an einigen laxen Formulierungen Chruschtschows festmachen. Es sei hier auf eine Bemerkung Lenins zum zweiten Programmentwurf Plechanows verwiesen, wonach es nicht nur um die Befriedigung der Bedürfnisse der Gesellschaftsmitglieder, „sondern (um die) Sicherung der **höchsten** Wohlfahrt und der freien **allseitigen** Entwicklung **aller** Mitglieder der Gesellschaft (geht).“¹⁰⁶ Und erinnert sei daran, dass Stalin in seinem Werk „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR“ das ökonomische Grundgesetz des Sozialismus inhaltlich als die Sicherung der maximalen Befriedigung der ständig wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse der gesamten Gesellschaft definierte. Von einer *bürgerlichen* Lebensweise und einem *kapitalistisch-bürgerlichen* Lebensstandard konnte aber weder theoretisch noch in praxi die Rede sein. Die in den sozialistischen Staaten aufgelegten Sozialprogramme zeugen eigentlich davon, dass man von dieser Zielstellung noch weit entfernt war und es in Wirklichkeit zunächst um eine Normalisierung der Lebensverhältnisse gemäß den vorhandenen Möglichkeiten ging. In seinen früheren Schriften sieht dies Holz ähnlich. Er verweist z.B. darauf, dass unter den (bekannten) schwierigen Bedingungen des Übergangs zum Sozialismus in der Sowjetunion der Bevölkerung über längere Zeiträume Entbehrungen abverlangt werden, „die Konsumgüterversorgung bleibt gegenüber dem Angebot in den hochkapitalistischen Ländern in dauerndem Rückstand, ohne dass die Umstrukturierung der Bedürfnisse schon zu einer veränderten subjektiven Erwartungshaltung geführt hätte.“¹⁰⁷ Man kann aber auch lesen, dass nach dem Zweiten Weltkrieg „für lange Zeit die Entwicklung der Investitionsgüterindustrie volkswirtschaftliche Priorität (behielt). Das heißt aber auch, dass der individuelle Wohlstand hinter dem Ziel moderner Industrialisierung weiter zurückstehen musste. Verschärft durch die Kriegsfolgen sollte der ‚Aufbaukommunismus‘ – mit Entbehrungen im Vergleich zu westlichen Industrieländern – in zweiter Generation fortgesetzt werden.“¹⁰⁸ Holz meint nun, dass der Kurs seit dem XX. Parteitag „auf die Erfüllung von Konsumerwartungen

¹⁰⁴ Siehe ND vom 8, November 1964.

¹⁰⁵ H. H. Holz: Perspektivenvielfalt ..., a. a. O.

¹⁰⁶ Lenin, Werke, Bd. 6, S. 40.

¹⁰⁷ H. H. Holz: Sozialismus statt Barbarei, a. a. O., S. 106.

¹⁰⁸ Ders.: Niederlage und Zukunft des Sozialismus, a. a. O., S. 101.

gerichtet (war), die gewiss in der Bevölkerung bestanden, aber auch durch abenteuerliche Versprechungen und illusionäre Pläne geschürt worden waren.¹⁰⁹ Einmal davon abgesehen, dass der XX. Parteitag nicht *nur* und *ausschließlich* auf die Erfüllung solcher von Holz als bürgerlich-kapitalistisch definierten „Konsumerwartungen“ gerichtet war, kann nicht ignoriert werden, dass de facto damit zugleich „ein neues System der Bedürfnisse, neue Erwartungen an Lebensinhalte“ zu kurz kamen. Hinzu kam, dass der – auch von Stalin – angekündigte Niedergang des Kapitalismus ausblieb und sich das Informationszeitalter ankündigte, das verschlafen wurde. Das Sowjetland stand also vor einem wirklichen Dilemma.

Was meint nun Holz zu Beseitigung dieser Zwangslage? Seine Aussagen hierzu sind widerspruchsvoll. Es wurde bereits angemerkt, dass nach ihm die Grundfrage nach dem Revisionismus die Frage nach der sozialistischen Lebensweise sei; „an ihr entschied sich die weltanschauliche Klarheit.“¹¹⁰ Deshalb der Ausweg: „Die Erziehungsarbeit wieder aufzunehmen, wäre die Pflicht der Nachkriegsgeneration gewesen.“¹¹¹ Auch scheint ihm eine Art „Kriegskommunismus“, einer erneuten Prolongation der sozialistischen Revolution vorzuschweben. „Tatsache ist jedenfalls, dass der von Chruschtschow am 20. Parteitag der KPdSU eingeleitete Kurs einer zweigleisigen Entwicklung des Investitionsgüter- und des Konsumgütersektors die Ressourcen der kriegsgeschädigten Sowjetunion bei weitem überforderte und zu illusionären, ja hochstaplerischen Programmen der Selbsttäuschung führte.“¹¹² Man kann aber auch lesen, dass zweifellos die Tatsache, „dass über viele Jahrzehnte hinweg der Kapitalismus sich stabil und ohne revolutionäre Unruhen in seinen Metropolen erhalten konnte, die Systemkonkurrenz beider Gesellschaftssysteme erzwungen (hat).“¹¹³ Es wird aber auch gefordert: „Nur eine radikal beschleunigte Produktionssteigerung hätte dem Sozialismus in dieser Konkurrenz in dem damit verbundenen Kampf um die Entwicklung der dritten Welt eine Chance gegeben. Es liegt auf der Hand, dass die Durchführung eines solchen Programms die weitere Stornierung der humanistisch-demokratischen Intentionen des Sozialismus hätte bedeuten müssen: In diesem formationshistorischen Widerspruch war der Mittelweg sicher der schlechteste. Der XX. Parteitag hat auf die rücksichtslose Durchsetzung des Primats der Produktivkraftentwicklung verzichtet (und damit war die Niederlage der Systemkonkurrenz programmiert); er hat aber auch – obschon terroristische Herrschaftsmethoden abgebaut wurden – bei der Demokratisierung versagt (und damit die Erneuerungskraft des Volkes und seine

Leistungsfähigkeit gelähmt). Die bürokratische Stagnation war die Folge.“¹¹⁴ Man kann aber immerhin u.a. bei Holz lesen, dass in *dieser* Zeit die Partei „– entgegen ihrer politischen Funktion – zum Vollstrecker des staatlichen Immobilismus geworden (war), weil sie unter den besonderen Bedingungen des Aufbaus der Sowjetunion die Staatsaufgaben in Personalunion mit übernehmen musste.“¹¹⁵ Die negativen Folgen dieser Vereinigung „führte zu einer Haltung von Gleichgültigkeit und Opportunismus, die den Zerfall der Leninschen Parteinormen zur Folge hatte.“¹¹⁶ Man beachte: *dies alles ist fein säuberlich von der Stalinära der letzten Jahre abgetrennt, die in ihrem Begründungsgefüge als objektiv notwendige Verschärfung des Klassenkampfes erscheint.* Man kann bei Holz in Klammern sogar lesen, dass Stalin selbst in seiner letzten Lebensphase den Abbau der Bürokratie und die damit verbundene Wiederherstellung des „ursprünglichen Sowjetprinzips“ vorsichtig einzuleiten begann.¹¹⁷ Das ist natürlich Nonsense. Stalin wollte vielmehr weitere Funktionäre aus der alten Garde ausschalten. In seiner Rede auf dem XIX. Parteitag der KPdSU im Oktober 1952 sprach er sich vielmehr für die Konservierung des von ihm geschaffenen Systems aus. Eine neue Jagd auf die „Fünfte Kolonne“ (Ärzteprozess, punktueller Antisemitismus u.a.m.) kündigte sich an. Und Nonsense ist es in meiner Sicht auch, für die Zeit des Stalinschen Führungsstils *Leninsche Parteinormen* anzunehmen. Die Leninsche Partei neuen Typs war schon lange zu Grabe getragen und durch einen Stalinschen Parteytyp ersetzt worden. Und deshalb können solche Tatsachen auch nicht aus der Niederlagenanalyse ausgeklammert und unter den „objektiven“ Teppich der Geschichte gekehrt werden. Es gab „eine tatsächliche Überschätzung und Überbeanspruchung des ‚subjektiven Faktors‘“.¹¹⁸ Das ist wohl richtig. Und Chruschtschow ist eigentlich daran gescheitert, dass es ihm in der kurzen historischen Frist – sie war in historischer Dimension nicht einmal ein Wimpernschlag – nicht gelang, den Leninschen Parteytyp von Grund auf zu erneuern. Ich bezweifle damit auch, dass es in dieser noch vom Stalinschen Denken tradierten Zeit durch „weltanschauliche Erziehungsarbeit“ möglich gewesen wäre, die vielfältigen vor allem praktischen und theoretischen Erfordernisse einer optimalen Lösung zuzuführen. Das käme einem Wunder gleich. Für dieses Scheitern ist eigentlich die Latenz des negativen Stalinschen Erbes verantwortlich, das auch den nahtlosen Übergang in die spätere Stagnation der Sowjetunion erklärt und der Fakt, dass dieses negative Erbe in die Führungstätigkeit der KPdSU einfluss und gepflegt wurde. Und damit war die spätere

¹⁰⁹ Ebenda.

¹¹⁰ H. H. Holz: Die revisionistische Wende, a. a. O., S. 11.

¹¹¹ Ebenda.

¹¹² H. H. Holz: Sozialismus statt Barbarei, a. a. O., S. 106.

¹¹³ Ders.: Niederlage und Zukunft des Sozialismus, a. a. O. S. 103.

¹¹⁴ Ebenda, S. 104. Die Probleme der Stagnationsphase in der Breshnew-Zeit bleiben ausgeklammert, da sie besonderer Erörterungen bedürfen.

¹¹⁵ Ebenda, S. 106.

¹¹⁶ Ebenda.

¹¹⁷ Siehe H. H. Holz: Die revisionistische Wende, a. O., S. 11.

¹¹⁸ So Hans Heinz Holz, in: Niederlage und Zukunft des Sozialismus, a. a. O. S. 79.

Niederlage dieses noch frühen Sozialismus vorprogrammiert.

VII.

In dieser Sicht ist in Korrelation folgender Ursachenkomplex für die Niederlage des frühen europäischen Sozialismus verantwortlich: **Erstens** letztlich das ökonomische Zurückbleiben, die ungenügende Steigerung der Arbeitsproduktivität. Lenin schrieb in „Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht“ (März/April 1918), dass in „jeder sozialistischen Revolution, nachdem die Aufgabe der Eroberung der Macht durch das Proletariat gelöst ist und in dem Maße, wie die Aufgabe, die Expropriateure zu expropriieren und ihren Widerstand zu brechen, in der Hauptsache und im wesentlichen gelöst wird, ... notwendigerweise in den Vordergrund die Grundaufgabe (tritt), eine Gesellschaftsform zu schaffen, die höher ist als der Kapitalismus, nämlich: die Steigerung der Arbeitsproduktivität und im Zusammenhang damit ... die höhere Organisation der Arbeit.“¹¹⁹ Das gelang bekanntlich nicht. Als eine **zweite** Ursache in Verbindung damit war die ungenügende Entfaltung einer realen Demokratie in Partei, Staat und Massenorganisationen und schließlich **drittens** als **Kulmination** des bereits (angesprochenen) Zerfallsprozess des Leninschen Parteityps, der jede ernsthafte Korrektur und Optimierung der anstehenden theoretisch-strategischen Grundaufgaben ausschloss. Und dass eine solche „Entwicklungsrichtung“ bereits lange vor dem XX. Parteitag der KPdSU einsetzte, liegt wohl auf der Hand. Alles „dialektische“ Jonglieren kann dies nicht aus der Welt schaffen. Hierzu folgen nunmehr einige Notate, die natürlich außerhalb dieser Studien weitere Überlegungen notwendig machen.

Das historische Anliegen Lenins von der höheren Arbeitsproduktivität als das in letzter Instanz Allerwichtigste für den Sieg der sozialistischen Gesellschaftsordnung wurde während des „Kriegskommunismus“ formuliert, also in einer Zeit, in der es faktisch keine reale Möglichkeit für seine Umsetzung gab. Der Übergang zur NÖP setzte vielmehr für den sozialistischen Aufbau die Nutzung der Ware-Geld Beziehungen - eines „Muttermals der alten Gesellschaft“ – auf die geschichtliche Tagesordnung.¹²⁰ Ab 1929/30 begann eine (bekannte) langwährende Periode ökonomischer Planung mit spektakulären ökonomischen Erfolgen, die überaus dynamisch bis Mitte der 1950er Jahre, ungeachtet der enormen Verluste von Menschenleben und industrieller Kapazität als Folge des zweiten Weltkrieges verlief. Danach machten sich Niedergang

und Stagnation breit, Faktoren, die in der Breshnewzeit zu einer Quasi-Planung durch die in der produktiven wie distributiven Sphäre verankerten bürokratischen Elite mit katastrophalen Folgen führte: Ineffizienz, Vergeudung, die Produktion mangelhafter Gebrauchswerte. Das weitere Absinken der Arbeitsproduktivität war so programmiert. Der Plan selbst wurde so zum Anachronismus, zur Fessel der Produktivkräfte.¹²¹ Und die damit verbundenen ökonomischen Reformbestrebungen auch theoretischer Art waren wohl auch deshalb zum Scheitern verurteilt, weil sie den Rahmen der bürokratischen Leitungselite nicht sprengen konnten.

Es ist nun auch hier so, dass für diese Entwicklung der Schnittpunkt gleichfalls nicht der XX. Parteitag der KPdSU ist. Es wäre hier folgendes in Erinnerung zu rufen: Das Werk Stalins „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR“¹²² **Dieses (bereits erwähnte) Werk war bereits nach der damaligen Interpretation das Programm des Aufbaus der Kommunismus.** Stalin hat in dieser Arbeit nicht nur das ökonomische Grundgesetz des Sozialismus formuliert, er hat hier ebenfalls seine Meinung über das Wirken des Wertgesetzes im Sozialismus kund getan. Nach ihm spielt das Wertgesetz beim Absatz der Produktionsmittel, bei der Versorgung der sozialistischen Betriebe mit Produktionsmitteln keine Rolle; sie werden verteilt. Auch die Preise der in der Landwirtschaft hergestellten Produktionsmittel wurden dem Wertgesetz entzogen. Das Wertgesetz bleibt nur in dem Umfang in Kraft, in dem der Warenumlauf erhalten bleibt. Nur in diesem Bereich, der hauptsächlich die Gegenstände des persönlichen Bedarfs umfasst, bleibt das Wertgesetz erhalten. Es sollte aber zugleich bei der Kalkulation der Produktionsselbstkosten, in der Verwirklichung der wirtschaftlichen Rechnungsführung usw. angewandt werden. All dies, was hier nur anzudeuten war, war von Stalin als Konzeption des Vormarschs zum Kommunismus gedacht, der objektiv ein ähnliches historisches Vorprechen im Sinn hatte, wie später von Chruschtschow praktiziert. Deshalb drängte er auch auf die beschleunigte Aufhebung des Kollektiveigentums der Kolchose, da dies angeblich ein Hemmschuh für die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion sei. Es wurde dessen Umgestaltung in gesellschaftliches Eigentum angestrebt, indem man die Warenzirkulation beschleunigt durch den direkten Produktaustausch ersetzen wollte.

Es sollte hier nur abgehoben werden, dass ein solch primitiver Dogmatismus zum negativen Stalinschen Erbe gehört, welches seinen Nachfolgern hinterlassen wur-

¹¹⁹ Werke, Bd. 27, S. 247.M.E. steht in den hochentwickelten kapitalistischen Staaten heute eine solche Aufgabe nicht. Sie war aber für das junge Sowjetland als welthistorische Perspektive unabdingbar.

¹²⁰ Fred Matho schreibt im RotFuchs /Februar 2008, S. 16, dass ich diese Ware und Geldbeziehungen „nur“ als ein „Muttermal der kapitalistischen Gesellschaft mit sozialistischem Gepräge“ dulde. Matho hat hierbei den *unmittelbaren* Anknüpfungspunkt für diesen ökonomischen Sachverhalt im Sinn, den ich natürlich vollständig billige. Ich dagegen habe den welthistorischen Aspekt bis zum Kommunismus im Auge. Ich darf daran erinnern, dass Marx in seiner „Kritik des Gothaer Programm“ ebenfalls Staat und Recht in diesem Sinne als „bürgerliche“ Muttermale bezeichnete. Dass dieser Gedanke dann mit der „Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft“, die in Wirklichkeit noch gar keine war, „eingeschmolzen“ wurde, steht auf einem anderen Blatt, das hier nicht beschrieben werden kann.

¹²¹ Einmal hiervon abgesehen, war es in dieser Zeit (Stand 1970) gleichfalls noch nicht möglich, die mit der Entwicklung der Planwirtschaft eintretende Häufung von Berechnungsgrundlagen durch elektronische Datenverarbeitungsanlagen zu bewältigen. Von sowjetischen Mathematikern ist errechnet worden, das in dieser Zeit etwa eine Million Hochleistungscomputer mit einer Geschwindigkeit von 30.000 Operationen pro Sekunde mehrere Jahre lang ununterbrochen rechnen müssten, um ein gigantisches mathematisches Modell zu erarbeiten, das sämtliche Details in sich enthält und reguliert. Sowjetischen Planer waren also damals in einer schwierigen Lage, da sie zur Lösung ihrer Probleme einige Millionen solcher Aggregate brauchten.

¹²² Siehe J. W. Stalin: Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR

de.¹²³ Und es spricht eindeutig gegen den Versuch, Stalins Bild zu schön und die Hauptverantwortung für das spätere Desaster nur Chruschtschow anzulasten. Dies gilt auch für den Stalinschen Dogmatismus in der Staatsfrage.

Stalin hat es nie verstanden, das Leninsche Erbe in der Staatsfrage schöpferisch zu pflegen, anzuwenden und weiter zu entwickeln. Die großen staatstheoretischen Entdeckungen von Marx und Engels dogmatisierten bei ihm zu einer „marxistisch-leninistischen Stalinschen Lehre vom Staat“ Er erwarb sich zwar gewisse Verdienste bei der Zurückweisung revisionistischer Komponenten in der Staatsfrage. Aber die tiefe Dialektik des Leninschen Staatsdenkens blieb für ihn stets ein Buch mit sieben Siegeln. Er brachte nicht nur die Entwicklungsetappen und Funktion des sozialistischen Staates durcheinander; er fühlte sich auch nie an irgendwelche staatlichen Regeln und Gesetze bei der Ausübung seiner terroristischen Gewaltherrschaft gebunden u.a.m. Der Kulmination seiner Staatslehre war:

„Die Aufhebung der Klassen wird nicht durch das Erlöschen des Klassenkampfes, sondern durch seine Verstärkung erreicht. Das Absterben des Staates wird nicht durch die Abschwächung der Staatsmacht, sondern durch ihre maximale Verstärkung kommen, die notwendig ist, um die Überreste der sterbenden Klassen zu vernichten und die Verteidigung gegen die kapitalistische Umkreisung zu organisieren, die noch bei weitem nicht vernichtet ist und noch nicht so bald vernichtet sein wird.“¹²⁴ Richtig war natürlich die Orientierung auf die Festigung der staatlichen Verteidigung in der kapitalistischen Umkreisung. Aber mit der generellen Verweigerung der Rücknahme der Staatsmacht durch die Gesellschaft im Inneren wurde im Grunde genommen die wirkliche Leninsche Dialektik in der Staatsfrage kaschiert und damit auch die spätere Rückkehr zur ihr verbaut. Theoretische Einsichten kamen zu spät – nachdem alle Messen gesungen waren und sich die Macht des negativen Faktischen bereits durchgesetzt hatte.

Bereits in Vorbereitung und Durchführung der Oktoberrevolution betrachtete Lenin in Auswertung von Marx und Engels den sozialistischen Staat im Allgemeinen und den im Werden begriffenen Staat als einen „Übergangsstaat“, als keinen Staat im eigentlichen Sinne mehr („Halbstaat“). Die Revolutionäre müssen die „bürokratisch-militärische Staatsmaschine“ zerbrechen „und an ihre Stelle die ‚Kommune‘, den neuen ‚Halbstaat‘ setzen.“¹²⁵ Diese Auffassung beruft sich auf Friedrich Engels, dass der erste Arbeiterstaat der Weltgeschichte, die Pariser Kommune, „schon kein Staat im eigentlichen mehr war“¹²⁶ Sie ist ausführ-

lich in *Staat und Revolution* dargelegt.¹²⁷ Danach sind der sozialistische Staat und die Ausbeuterstaaten qualitativ verschieden. Insbesondere den kapitalistischen Staat bestimmte Lenin so: „Im Kapitalismus haben wir den Staat im eigentlichen Sinne des Wortes, eine Maschine zur Unterdrückung einer Klasse durch eine andere, und zwar der Mehrheit durch die Minderheit. ... Beim *Übergang* vom Kapitalismus zum Kommunismus ist die Unterdrückung *noch* notwendig, aber es ist das bereits eine Unterdrückung der Minderheit der Ausbeuter durch die Ausbeuteten. Ein besonderer Apparat, eine Maschine zur Unterdrückung, ein ‚Staat‘ ist *noch* notwendig, aber es ist das bereits ein Übergangsstaat, kein Staat im eigentlichen Sinne mehr, denn die Niederhaltung der Minderheit der Ausbeuter durch die Mehrheit der Lohnsklaven *von gestern* ist ... vereinbar mit der Ausdehnung der Demokratie auf eine so überwältigende Mehrheit der Bevölkerung, dass die Notwendigkeit einer *besonderen Maschine* zur Unterdrückung zu schwinden beginnt.“¹²⁸ **Nach dieser Positionierung ist der sozialistische Staat seit seinem Bestehen ein Sonderfall des Staates als historische Kategorie;** er ist die „Übergangsform seines Verschwindens (der Übergang vom Staat zum Nichtstaat).“¹²⁹ Der sozialistische Staat ist insofern „Halbstaat“.

Der Marxismus verlangt, den dialektischen Zusammenhang zwischen den erkannten Erfordernissen des gesellschaftlichen Lebens und dem Inhalt des geschichtlichen Prozesses im jeweiligen historischen Augenblick zu beachten. Dies gilt auch für die Idee vom „Halbstaat“. Vor der Oktoberrevolution ließ sich Lenin hinsichtlich der Frage der besonderen Repressionsgewalt und ihrer Ersetzung durch die Bevölkerung unmittelbar von der Erfahrung der Pariser Kommune leiten. Er definierte den Staat der Übergangszeit vom Kapitalismus zu Kommunismus dahingehend, dass nicht besondere Organe die Angelegenheiten des Staates führen werden, sondern alle Mitglieder der Gesellschaft; und zwar durch Verschmelzung von Polizei, Armee und Verwaltung mit dem bewaffneten Volk zu einer Einheit, die die militärischen und staatlichen Funktionen in sich vereinigt, durch unmittelbare direkte Volksgesetzgebung usw. Der Aufhebung der *Repressionsgewalt* mittels der gesamten staatlich organisierten Bevölkerung maß Lenin in *Staat und Revolution* wesentlich Bedeutung bei.¹³⁰ Er verband damit im Sinne von Marx und Engels die Hoffnung, dass der „proletarische Staat sofort nach seinem Sieg beginnen wird abzusterben.“¹³¹ *Der Gang der Weltgeschichte zeigte jedoch, dass es unter den Bedingungen von Intervention und Bürgerkrieg und der einsetzenden kapitalistischen Umkreisung nicht möglich war, den sozialistischen Staat nach dem Beispiel der*

¹²³ Das Ergebnis meiner kritischen Aufarbeitung habe ich in meiner Schrift: Für einen Sozialismus im 21. Jahrhundert, a. a. O., S. 17 ff. niedergelegt. Natürlich ist weiteres Nachdenken erforderlich.

¹²⁴ J. Stalin, Fragen des Leninismus, Berlin 1951, S. 477.

¹²⁵ Lenin: Marxismus und Staat, Berlin 1960, S.70.

¹²⁶ MEW, Bd. 34, S. 128.

¹²⁷ Siehe LW, Bd. 25, S. 393 – 507.

¹²⁸ Ebenda, S. 477.

¹²⁹ Ebenda, S. 445.

¹³⁰ Vgl. ebenda, S. 432, 419, 477.

¹³¹ Ebenda, S. 419.

Parier Kommune ohne stehenden Heer, ohne ein System spezieller Organe zum Schutz der sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung aufzubauen. Deshalb konnte die Frage des Absterbens des sozialistischen Staates in **organisatorischer** Hinsicht noch nicht stehen. Bereits vor Errichtung des Sowjetstaates erkennt Lenin, dass die siegreiche Arbeiterklasse *zunächst* nicht ohne einen besonderen Apparat des Zwanges und der Verwaltung auskommen kann.¹³² Er konkretisierte dies in *Staat und Revolution* zunächst aus Sicht einer historisch kurzen Zeit. Mit dem Aufbau des sozialistischen Staates konzentrierte er sich auf die Formierung eines besonderen sozialistischen Staatsapparates. Das noch nicht mögliche *organisatorische* Absterben des sozialistischen Staates wird mit einer größeren, allgemeineren Frage – mit der nach der Rolle dieses Staates beim Aufbau des Sozialismus – verbunden. **Diese Korrektur der Erfahrungen der Pariser Kommune war keine Aufgabe der Lehre vom „Halbstaat“.** *Solcher Abweichungen vom Staat im eigentlichen Sinne wie die Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates und die Unterdrückung der Minderheit durch die Mehrheit der Bevölkerung sowie der Übergangscharakter dieses Staates zur staatenlosen Organisation der Gesellschaft bleiben. Und was wesentlich ist: In dieser Konzeption ist zugleich der Gedanke involviert, dass sich dieser Staat durch seine Evolution der Gesellschaft immer mehr nähert. Ein solcher Vergesellschaftungsprozess sollte in historischer Perspektive bei entsprechenden inneren und äußeren Bedingungen zu einer völligen Verschmelzung von Staat und Gesellschaft als kommunistische Selbstverwaltung führen.*

Die Evolution der sowjetischen Staatlichkeit – und auch die der sozialistischen europäischen Staaten – war an die historisch-konkreten Umstände des Aufbaus des Sozialismus gebunden. Da die Sowjetunion in der ersten Phase ein Schwellenland blieb, konnte der Sowjetstaat als Diktatur des Proletariats notwendigerweise nur die Diktatur der Partei sein, um den Formationswechsel zu vollziehen. Unter den Bedingungen der ökonomischen und politischen Unreife war damit die Entstehung eines bürokratischen Parteiapparates als Formbestimmtheit der Organisation sozialistischer Produktionsverhältnisse angelegt. Die Theorie des „Halbstaates“ wurde bereits dadurch modal geprägt. Die Stalinschen Herrschaftsstrukturen und –methoden führten dann mit der Politik des Staatsterrors auch zur dogmatischen Verkrustung und Verarmung der marxistischen und leninistischen Staatstheorie sowie zur völligen Deformierung und Deformation des „Halbstaates“ in Theorie und Praxis. Damit wurde bereits von Stalin der Weg verbaut, tiefere Einsichten in die Dialektik von wirklicher Festigung und Absterben eines wirklich sozialistischen Staatswesens zu erlangen. Theoretische

Einsichten in abstracto konnten zwar später vorgelegt werden; sie waren allerdings in praxi nicht mehr umsetzbar, da die Konterrevolution bereits ihr Haupt erhob.¹³³ Auch um die DDR machte diese Entwicklung keinen Bogen.¹³⁴ Es bleibt natürlich erforderlich, für eine neues Sozialismusbild im 21. Jahrhundert aus diesem negativen Erbe der sozialistischen europäischen Frühentwicklung, das bis in die Zeit des Stalinschen Terrors als Leitungsmethode zurückreicht, diesbezüglich Lehren zu ziehen und herauszuarbeiten, wie sich künftig die „Rücknahme der Staatsgewalt durch die Gesellschaft als ihre eigne lebendige Macht“¹³⁵ vollziehen könnte. Doch diese Probleme stehen auf einem anderen Blatt, das hier nicht beschrieben werden kann.

Epilog

Holz schreibt zum Briefwechsel zwischen Hacks und Gossweiler, dass dieser ein Bild zweier Felsen gibt, „die in der Brandung der Niederlage unerschütterlich fest stehen. ... Der Bitterkeit, dass der Sozialismus in der Sowjetunion und in der DDR nicht nur von außen besiegt, sondern durch innere Fäulnis sturmreif gemacht wurde, wirkt immer wieder der ungebrochene Kampfgeist entgegen, der die freigelegten Einbruchstellen zu Ausfalltoren gegen die Konterrevolution macht. Da wird eine Bastion nicht nur verteidigt, sondern zum Stützpunkt der Gegenoffensive ausgebaut. Und das Lamento über die Niederlage muss nicht bei Gorbatschow beginnen, die Analyse bis zum Chruschtschow zurückgeführt werden, wenn Ursachen begriffen werden sollen.“¹³⁶ Dass Holz und Gossweiler gemeinsam Chruschtschow als die eigentliche revisionistische Katastrophe erfinden, versteht sich. *Aber die angemahnte Analyse muss bis Stalin zurückgeführt werden, wenn die Ursachen begriffen werden sollen.* Stalin bleibt einfach deshalb ausgeklammert, weil er von Holz, Gossweiler u.a. dazu dienen soll, „kommunistische Identität im Wirbel der Veränderung zu erhalten – eine Identität, die Karl Marx und Friedrich Engels, Antonio Gramsci, Lenin, Stalin und Mao einschließt, und die, gut dialektisch, eine Identität von Identität und Nicht-Identität ist.“¹³⁷ Bei Holz heißt es dann weiter, dass nur aus theoretisch begründeten „kritischen Bewertungen“ die Kraft zu gewinnen ist, „wieder eine Initiative mit langem strategischem Atem zu ergreifen.“¹³⁸ Warum wird eine solche „kritische Bewertung“ Stalins verweigert und er auf dem Boden einer gleichbewertenden Theorie und Praxis in die Phalanx der großen Marxisten aufgenommen? Stalin gehört ohne Zweifel zu den großen weltgeschichtlichen Persönlichkeiten, der sich auch Verdienste beim Aufbau des Sozialismus in der UdSSR erwarb. Ob ihm jedoch das Prädikat große *sozialistische* Persönlichkeit zukommt wie z. B. Karl Marx, Friedrich Engels und Lenin, dies möchte

¹³² Vgl. LW, Bd. 24, S. 71.

¹³³ Siehe: Entwicklungsgesetzmäßigkeiten des sozialistischen Staates, Berlin 1986.

¹³⁴ Mitte der sechziger Jahre habe ich versucht, das Leninsche Erbe vom „Halbstaat“ in die staatsrechtliche Arbeit der DDR einzubringen. Dieser Versuch kostet mit fast Kopf und Kragen. Dieses Leninsche Erbe führte dann ein Schattendasein oder wurde sogar abgelehnt.

¹³⁵ Karl Marx, MEW, Bd. 17, Berlin 1979, S. 543.

¹³⁶ In Topos 23, 2005, S. 108.

¹³⁷ H. H. Holz: Theoretische Anstrengungen forcieren, in: junge Welt, 2./3. September 2006, S. 10.

¹³⁸ Ebenda.

ich allerdings bezweifeln, da er in meiner Sicht für den Untergang des Bolschewismus verantwortlich ist. Die dreißiger Jahre des Stalinschen Terrors als Leitungsmethode bestimmten in ihrer Fernwirkung die historische Entwicklung der Sowjetunion und der Welt auf Jahrzehnte voraus. Stalin fügte dadurch der UdSSR und der kommunistischen Weltbewegung solche immensen Verluste zu, von denen sie sich nicht wirklich erholen konnten und die wesentlich zu ihrer Niederlage beitrugen. Die „Rekruten des Jahres 1937“, die an die Stelle der ermordeten Revolutionsführer traten und in Blitzkarrieren ohne ausreichende Bildung und Erfahrung ungeheure Machtpositionen, materielle und soziale Privilegien erhielten, regierten bis zum Untergang der Sowjetunion und wussten zu verhindern, dass die Grundlagen ihrer Herrschaft in Frage gestellt wurden. Wer also dafür plädiert, dieses negative Erbe zum kommunistischen Identitätsmerkmal einer kommunistischen Partei zu machen, der ist nicht nur nicht imstande, die Probleme des Übergangs zum Sozialismus heute sowie einen Grundriss einer sozialistischen Gesellschaft für das 21. Jahrhundert zu entwerfen; der will der kommunistischen Bewegung auch einen solchen neostalinschen Holzweg aufzwingen, der ohne jede sozialistische Zukunftserhellung ist. Wir benötigen für eine solche Zukunftserhellung keinen solchen neostalinschen Parteytyp im Gewand des „Marxismus-Leninismus“ Stalinscher Prägung, sondern, sondern den *originären* Lenin, der die entscheidenden politischen, ideologischen und theoretischen Grundlagen für die Oktobersieg gelegt hat und der mit gutem Grund zu dem Dreigestirn unserer Klassiker gehört, worin sich der Kern die kommunistischen Identität der kommunistischen Bewegung repräsentiert.

Anhang (Auszug)

M. B. entwickelt im Jahre 1995 gemäß dem damaligen Erkenntnisstand zur „Stalinismusdebatte“ konstruktive weit vorausschauend m.E. völlig zutreffende Gedanken, die heute noch für das Weiterdenken lesenswert sind.

Über Kommunismus und „Antistalinismus“ – Antwort an Kurt Gossweiler

Von Michael Benjamin

Lieber Genosse Kurt Gossweiler!

Mit Interesse, dann mit Überraschung, schließlich mit zunehmender Bestürzung habe ich die Rede zum „Antistalinismus“ gelesen, die Du am 1. Mai 1994 in Brüssel gehalten hast.

Nicht Rechthaberei und nicht Emotionen – obgleich sie nach der Lektüre der Rede naheliegen – sind es, die mich zu dieser Antwort bewegen. Stets und mit Nachdruck habe ich mich gegen alle Versuche – auch in der PDS – gewendet, Kommunisten und überhaupt andersdenkende linke Genossinnen und Genossen mittels des Kampfbegriffs „Stalinismus“ auszugrenzen und so die sachliche Diskussion zu umgehen. Umso mehr nehme ich mir das Recht, mit Dir zu streiten. Deine Darstellung halte ich für sachlich unbegründet und politisch für schädlich.

Der in den Medien, von Anhängern und Gegnern J. W. Stalins (m.E. zu Unrecht) mit seinem Namen verbundene

Abschnitt des frühen Sozialismus war zutiefst widersprüchlich. Die Beseitigung jahrhundertalter Ungerechtigkeit, massenhafter Heroismus, wirtschaftlicher und kultureller Aufschwung, das Aufblühen und die Nationwerdung von der alten Gesellschafts- und Herrschaftsordnung zum Untergang verurteilter Völker waren leider nicht nur von Fehlern und Irrtümern begleitet – das war unausbleiblich –, sondern auch von Unrecht, Terror, Deportation ganzer Völker, Dezimierung von Kommunisten, Unterdrückung und Vernichtung Andersdenkender oder einfach missliebiger Gewordener. Gerade wir Kommunisten müssen uns auch zu diesem Teil unserer Geschichte bekennen und vor allem Schlussfolgerungen daraus ziehen. Dass Du ausgerechnet diese dunkelsten Seiten jener Zeit hinwegzureden oder zu rechtfertigen versuchtest, ist mir unbegreiflich.

Du führst –lasse ich Polemiken weg – im wesentlichen drei Argumente an, die sich übrigens teilweise widersprechen:

Erstens: Einen großen Teil Deiner Darstellung verwendest Du darauf, die Leser zu überzeugen, dass an den „Schädigungsprozessen“ der dreißiger Jahre doch etwas „dran gewesen“ sein müsse. Du zitierst Brecht, Kronanwalt Pritt, Feuchtwanger und amerikanische Diplomaten, die eine „positive“ Bewertung der Moskauer Prozesse gaben und gehst davon aus, dass sie mir ihrer Beurteilung dieser Prozesse recht hatten.

Leider wissen wir seit vielen Jahren, dass diese Frauen und Männer nicht recht hatten. Warum und wie sie irrten, will ich hier nicht erörtern. Aber dagegen stehen die Zeugnisse Zehntausender, die aus den Arbeitslagern befreit wurden, Hunderttausender, die (viele leider erst nach ihrem Tode) rehabilitiert wurden, darunter viele, viele aufrechte sowjetische und auch deutsche Kommunisten, die auch nach all diesen Erlebnissen der kommunistischen Sache treu blieben. Von Akten und Dokumenten über Denunziationen, Prozesse und Hinrichtungen nicht zu reden. Wir schaden in schrecklicher Weise unserer eigenen Sache, wollen wir das Unbestreitbare und Offensichtliche nicht zur Kenntnis nehmen.

Im Übrigen sprach auch die Führung der KPdSU und des Sowjetstaates in jenen Jahren über schwere Verletzungen der sozialistischen Gesetzlichkeit und Verbrechen in den Sicherheitsorganen – jedesmal dann, wenn deren jeweiliger Chef missliebiger oder zu mächtig oder zu kenntnisreich geworden war und selbst ausgeschaltet wurde: Jagoda, Jeshow, Awakumow bis zum Schluss Beria.

Zweitens schreibst Du: „Man kann das zutiefst bedauern, aber es ist eine Tatsache, dass noch niemals eine unterdrückte Klasse das Joch der Unterdrückterklasse abgeworfen hat, ohne dass ihr revolutionärer Befreiungskampf und die Abwehr der konterrevolutionären Restaurationsversuche auch das Leben vieler Unschuldiger gekostet hat.“ Zu jenen, die dies zutiefst bedauern, zähle ich mich allerdings. Aber einmal davon abgesehen, abgesehen auch davon, dass Unschuldige zumeist Opfer der Konterrevolution wurden: Der Verweis auf historische Parallelen ist für sich noch keine Begründung. Die Wahrheit ist gerade hier immer historisch konkret.

Revolutionäre Gewalt und revolutionärer Terror können historisch erzwungen und gerechtfertigt sein. Sie waren für die Revolutionäre und besonders die Kommunisten jedoch niemals Selbstzweck, sondern meist einer erzwungenen Antwort auf konterrevolutionäre Gewalt und Terror. (Sie sind – um die Mitleser der „Mitteilungen“ aus dem Verfassungsschutz zu beruhigen – auch heute in Deutschland nach meiner Ansicht nicht gerechtfertigt, perspektivlos und nachdrücklich abzulehnen.) Es muss immer wieder daran erinnert werden, dass die Oktoberrevolution eine der unblutigsten Revolutionen der Geschichte war – bis die bewaffnete Konterrevolution und ausländische Intervention einsetzte.

Die Vernichtung fast aller Kampfgenossen Lenins, der Mehrheit der Delegierten des XVII. Parteitag der KPdSU (des „Parteitages der Sieger“), längst einflussloser ideologischer Gegner in der eigenen Partei, einfach missliebiger Genossinnen und Genossen war weder gerechtfertigt noch überhaupt revolutionär. Es ging hier, so bitter es ist, das feststellen zu müssen, nicht mehr um die Macht der Werktätigen, sondern um die Macht von Personen.

Dein drittes Argument: Ohne die Prozesse der dreißiger Jahre kein Sieg im Vaterländischen Krieg.

Ich stimme Dir zu, wenn Du die historische Mitschuld der imperialistischen Staaten und besonders Hitlerdeutschlands an der Verschärfung der innenpolitischen Situation in der Sowjetunion hervorhebst – die ja, wie im Falle des Marschalls Tuchatschewski, wahrscheinlich bis zu direkten Falsifikation und Provokationen ging. Eine Rechtfertigung des Terrors und der massenhaften Inhaftierung und Vernichtung von Kommunisten und anderen ehrlichen Sowjetbürgern kann das nicht sein. Im Gegenteil: Die Ausschaltung Zehntausender Führungskader der Wirtschaft ebenso wie die fast vollständige Beseitigung der Generalität und des höheren Offizierskorps der Roten Armee haben der Wirtschaft und der Verteidigungsfähigkeit der Sowjetunion, gerade in den kritischsten Zeiten, unmittelbar und während der Naziaggression schwersten Schaden zugefügt; sie haben den Verlauf der Anfangsphase des Großen Vaterländischen Krieges wesentlich zu Ungunsten der Sowjetunion beeinflusst und Millionen das Leben gekostet.

Dabei geht es nicht nur um die physische Dezimierung der Partei und Wirtschaftskader und des Offizierskorps. Es geht auch um die Atmosphäre des Misstrauens, den Untertanengeist und das Obrigkeitsdenken, die Aushöhlung und

schließlich Liquidierung des demokratischen Charakters der Sowjetmacht, die durch diese Prozesse bewirkt wurden.

Bleibt das Fazit: Nicht zu höherer Sicherheit führten die „Säuberungen“ der dreißiger Jahre, sondern zu einer tiefgreifenden Schwächung des Sowjetstaates in einer entscheidenden Periode. Dass der Faschismus dennoch geschlagen werden konnte, ist der vielleicht stärkste Beweis für die Lebenskraft der sozialistischen Gesellschaftsordnung. ... Deutlich ist aber schon jetzt, dass (der) große und bestimmende persönliche Einfluss (Stalins) auf die Entwicklung der Sowjetunion, seine Machtpositionen über viele Jahre hinweg einer wirklich sozialistischen Entwicklung weit mehr geschadet als genützt haben. Aber eben deshalb ist es weder erlaubt, eine ganze historische Epoche des frühen Sozialismus mit dem Begriff „Stalinismus“ zu verteufeln, noch die Einstellung zu einem undefinierbaren „Antistalinismus“ zum Kriterium kommunistischer Haltung zu machen. ... Das Vorankommen, geschweige die Einheit der kommunistischen Bewegung fördern die von Dir vertretenen Thesen jedenfalls nicht. ... Die von Dir vorgenommenen Rechtfertigungsversuche für Vorgänge, die schlechterdings nicht zu rechtfertigen sind, tun ein Übriges. Die „Antistalinismus“-Debatte, die Du auslösen willst, verursacht den gleichen Effekt wie die „Stalinismus“-Debatte. ... Sie bewirkt die Ausgrenzung der Kommunisten, die Schwächung ihres Bündnisses mit anderen linken Kräften. Sie spaltet.

November 1994

Quelle: Kommunisten in der PDS, Sonderheft der Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der PDS, Juni 1995, S. 10 ff. Der von Benjamin genannte Artikel von Kurt Gossweiler ist erschienen in: Die Überwindung des Anti-Stalinismus, in KAZ – Kommunistische Arbeiterzeitung – Nr. 259 vom 14. 10. 94, S. 20 ff. Unter dem Titel „Der Antistalinismus – das Haupthindernis für die Einheit aller antiimperialistischen Kräfte und der kommunistischen Bewegung“ veröffentlicht in den „Weißenseer Blättern“, Oktoberheft 1994, S. 38 ff. Unter diesem Titel wurde er auch in die Festschrift für Kurt Gossweiler anlässlich seines 90. Geburtstages „Und was war es nun wirklich?“ aufgenommen; Hannover 2007, S. 109 ff.

Siegfried Kretzschmar

Ohne Wahrheit keine taugliche Niederlagenanalyse

Die Frage nach der Wahrheit ist niemals nur eine Angelegenheit kühl distanzierter Weltbetrachtung, sondern vor allem einer zuverlässigen und verbindlichen Orientierung menschlichen Handelns.

Studien zur Erkenntnistheorie, Berlin 1974

Die stalinschen Geschichtsfälschungen haben offenbar einen langen Atem. Sie werden von denjenigen verteidigt oder auch stillschweigend gebilligt, die an der Legende stricken, eine mit dem XX. Parteitag der KPdSU einsetzende revisionistische Wende sei ursächlich für die Niederlage des europäischen Frühsozialismus gewesen. In Büchern wie „Geschichte der KPdSU (B), Kurzer Lehrgang“, „Brandstifter“ und „Die große Verschwörung“ finden sie auch heute noch Argumente dafür, dass Stalin ein unbeugsamen Kämpfer gegen eine Welt von Feinden in den eigenen Reihen war. Die Geschichtslügen betreffen im Besonderen die Oktoberrevolution, die Auseinandersetzungen um den innen- und außenpolitischen Kurs Sowjetrusslands bzw. der Sowjetunion und das Handeln jener Revolutionäre wie Bucharin, Kamenew, Sinowjew, Radek u.a., sowie gerade auch Trotzki, die Stalin einen nach dem anderen auf dem Wege zur eigenen Selbstherrschaft ausschaltete.

Es gibt traurige und schlimme Wahrheiten über diese Zeit. Allzu Ungeheuerliches ist in der Stalinzeit geschehen. In vielen Fällen ist es auch nicht leicht, den Tatsachen ins Auge zu sehen. Die Lügen der Moskauer Prozesse waren Bestandteil eines Systems des systematischen Betrugs wie auch der massiven Einschüchterung. Sie waren so ungeheuerlich, dass ihre Infragestellung damals vielen aufrechten Menschen ausgeschlossen, weil einfach unglaubwürdig und voller nicht gewollter politischer Konsequenzen erschien. Heute, da die Archive geöffnet sind, bedarf es schon einer seltsamen Weltsicht, die Wahrheit darüber zu verdrängen. „Die Lüge ist allmächtig und allgegenwärtig, zum Glück aber nicht ewig“, hatte Ilja Ehrenburg schon in den sechziger Jahren in seinen Memoiren geschrieben.

Zur Wiedergeburt einer kraftvollen sozialistisch-kommunistische Bewegung gehört auch das von Heinrich Heine einst formulierte Prinzip, „nie mit der Lüge für die Wahrheit zu kämpfen.“ Aufrichtigkeit und Wahrheit müssen eine Einheit bilden. Es stimmt so auch nachdenklich, dass der „RotFuchs“, Forum für Sozialisten und Kommunisten, eine sehr verdienstvolle Zeitschrift zum Verständnis der Kämpfe für eine bessere sozialistische Welt in Vergangenheit und Gegenwart, immer wieder Autoren zu Wort kommen lässt, die einzelne Geschichtslügen der Stalinzeit kolportieren. Und noch schlimmer erscheint mir, wie meine nachfolgenden – erfolglosen - Briefe an die Redaktion des

„RotFuchs“ deutlich machen, dass Richtigstellungen im Sinne der historischen Wahrheit verweigert wurden.

Leserbeitrag vom Oktober 2006 an die Redaktion des RotFuchs:

„Tatsachen sind aber ein härtnäckig Ding“ - Nachdenken über Trotzki

Der Artikel „Nachdenken über Trotzki“ im RotFuchs, Nr. 105, Oktober 2006 ist in wissenschaftlicher Hinsicht wie im methodologischen Umgang mit dem Erbe Lenins bezüglich der Aussagen zu Trotzki und dem Trotzkiismus sehr fragwürdig. Wer sich heute mit dem Trotzkiismus auseinandersetzt, sollte schon zwischen den einzelnen politischen Entwicklungsetappen der Person Trotzki sowie auch zwischen den nachfolgenden Interpreten der Werke Trotzki und dem Original unterscheiden. Das alles wird im vorliegenden Artikel nicht gemacht, wodurch es zu einem Totalverriss der Person Trotzki kommt.

Wir, als Marxisten-Leninisten, sollten heute aus der Geschichte gelernt haben, dass es ohne die historische Wahrheit keinen revolutionären Neuanfang bzw. Aufschwung geben kann.

Im Folgenden beschränke ich mich im Wesentlichen auf den Nachweis des fragwürdigen Umgangs mit dem Erbe Lenins, das eine ahistorische Kontinuität der Entwicklung Trotzki bis zum heutigen Trotzkiismus belegen soll.

Der Autor wundert sich, wenn Lenin und das Zentralkomitee der Bolschewiki den „Verräter“, um im Sprachduktus der „Geschichte der KPdSU (B), Kurzer Lehrgang“ (im folgenden „Kurzer Lehrgang“) zu bleiben, Trotzki nach Abschluss des Brester Friedens sofort als Kriegskommissar einsetzt. Eine Machtposition, die wahrlich geeignet gewesen war, der Revolution den Garaus zu machen. War Lenin ein politischer Selbstmörder?

Natürlich nicht, denn für Lenin gab es seit 1917, genauer, seit dem Eintritt Trotzki in die Partei der Bolschewiki im August 1917 keinen Zweifel mehr an der Treue Trotzki zur Revolution und zum Bolschewismus. Auftretende Meinungsverschiedenheiten waren ab dieser Zeit für Lenin solche, die auf dem Boden des Marxismus getragen wurden. Wie ist es sonst zu erklären, dass Lenin nach obiger politischer Zäsur niemals wieder von Trotzkiismus gesprochen und geschrieben hat? Man zeige mir die Textstelle in der Werkausgabe, die diese Tatsache widerlegt!

Also, nicht „ab April 1917“, sondern zum letzten Mal im April 1917 verwendet Lenin den Begriff des Trotzkiismus.

Im Artikel wird weiterhin durch eine Zusammenfügung von Teilen von Leninzitaten aus seinem Brief an den Parteitag der Eindruck erzeugt, als ob Trotzki sich auch zur

Zeit der Leninschen Niederschrift (Dezember 1922) noch durch Nichtbolschewismus auszeichnet.

Schauen wir uns das leninsche Zitat im Original an: „Gen. Stalin hat, nachdem er Generalsekretär geworden ist, eine unermessliche Macht in seinen Händen konzentriert, und ich bin nicht überzeugt, dass er es immer verstehen wird, von dieser Macht vorsichtig genug Gebrauch zu machen. Andererseits zeichnet sich Gen. Trotzki, wie schon sein Kampf gegen das ZK in der Frage des Volkskommissariats für Verkehrswesen bewiesen hat, nicht nur durch hervorragende Fähigkeiten aus. Persönlich ist er wohl der fähigste Mann im gegenwärtigen ZK, aber auch ein Mensch, der ein Übermaß von Selbstbewusstsein und eine übermäßige Vorliebe für rein administrative Maßnahmen hat.

Diese zwei Eigenschaften zweier hervorragender Führer des gegenwärtigen ZK können unbeabsichtigt zu einer Spaltung führen, und wenn unsere Partei nicht Maßnahmen ergreift, um das zu verhindern, so kann die Spaltung überraschend kommen.“ Im folgenden Abschnitt geht es nicht mehr um eine Einschätzung von Stalin bzw. Trotzki. Wir lesen: „Ich will die persönlichen Eigenschaften der anderen Mitglieder des ZK nicht weiter charakterisieren. Ich erinnere nur daran, dass die Episode mit Sinowjew und Kamenew im Oktober natürlich kein Zufall war, dass man sie ihnen aber ebenso wenig als persönliche Schuld anrechnen kann wie Trotzki den Nichtbolschewismus.“ (LW Bd. 36, S. 579)

Der Hinweis zu Kamenew und Sinowjew, in dessen Kontext auch Trotzki genannt wird, bezieht sich eben gerade auf die Zeit vor 1917 und verweist darauf, dass es keine subjektive Schwäche war, sondern ein Streit der aus den komplizierten objektiven Bedingungen resultierte. Wer aus diesem Zitat im Dezember 1922 einen „Nichtbolschewismus“ bzw. „Trotzkismus“ herausliest bzw. hineininterpretiert, missbraucht Lenin gegen Trotzki in nicht hinnehmbarer Weise.

Die gleiche Methode des Zitierens, Teilzitate Lenins zu interpretieren, damit sie zu einer generellen Verurteilung Trotzkis durch Lenin herhalten können, begegnet uns auch in dem durch den Autor des Artikels wiedergegebenen Zitat Lenins aus LW Bd. 33, S. 340.

Durch die Worte des Autors „immer wieder zeigt sich“ wird der Eindruck erweckt, als ob Trotzki generell schlecht informiert urteilt. Doch wer genau nachliest wird feststellen, dass es um konkrete Fragen der Arbeit der Staatlichen Plankommission und der Arbeiter- und Bauern-Inspektion geht. Um die Finanzwirtschaft geht es nicht, wie der Autor aufzählt, sondern um die Möglichkeit sich in der Sektion Finanzwirtschaft sachkundig zu machen. (vgl. LW Bd. 33, S. 339 bis 341). Das sind keine Spitzfindigkeiten, weil der Autor mit seiner Art des Zitierens und der Interpretation objektiv eine generelle Herabsetzung der Person Trotzkis bewirken möchte.

Die beiden eben analysierten Aussagen zu Trotzki sind aus der Zeit seiner Mitgliedschaft in der Partei der Bolschewiki und damit sie in das Schema der Kritik an Trotzki passen, wurde wissenschaftlich nicht akzeptabel zitiert.

Alle anderen Zitate und Textstellen Lenins über Trotzki und den Trotzkismus sind aus der Zeit vor seinem Eintritt in die Partei der Bolschewiki, aus der Zeit vor der Zusammenarbeit mit Lenin. Die Methode, diese Einschätzungen auf die Zeit danach zu übertragen und zu generalisieren, ist unhistorisch und somit unwissenschaftlich.

Betrachten wir aus Platzgründen ausgewählte, aber entscheidende inhaltliche Fragestellungen, die der Autor als Beweis des Verrates und des Nichtbolschewismus Trotzkis anführt.

Nehmen wir die Frage des Zeitpunktes des bewaffneten Aufstandes.

Am 10. Oktober 1917 diskutierte das ZK der Bolschewiki im Beisein von Lenin erstmals die Frage des bewaffneten Aufstandes. Seit dieser Tagung kämpfte Lenin gegen die Strömung im ZK, die den Sowjetkongress abwarten will (vgl. LW Bd. 26, S. 65). Trotzki's Name wird von Lenin nicht genannt. Da fällt uns die Anmerkung 26 der Herausgeber der Leninwerke ins Auge und das Rätsel löst sich. In der Anmerkung 26 in den LW Bd. 26, S. 538, die in Übereinstimmung mit dem „Kurzen Lehrgang“ formuliert ist, kann man als Beweis lesen, dass Trotzki am 20. September in der Sitzung des Petrograder Sowjets erklärt hat, dass nur der Sowjetkongress die Frage der Macht entscheiden kann. Das waren zwanzig Tage vor der berühmten ZK-Sitzung, die nicht umsonst über zehn Stunden dauerte, um die richtige Entscheidung zu treffen. Diese „Beweisführungen“ in der Anmerkung ist konstruiert, um Trotzki, den Vorsitzenden des Petrograder Sowjets und des Revolutionären Militärkomitees, in dessen Hände die Vorbereitung und Durchführung des Aufstandes lag, zu diskreditieren. Diese würdigende Feststellung hebt Trotzki nicht über Lenin, denn Tatsache ist auch, dass die Aktivisten des Aufstandes die bolschewistischen Kader waren, auf die Lenin als unbestrittener Führer der Partei den entscheidenden Einfluss ausgeübt hat.

Ich komme zum Begriff der permanenten Revolution. Die Permanenz der Revolution ist - theoretisch von Marx ausgehend - die Einsicht, dass die Revolution entsprechend den objektiven Bedingungen bis zur Machtergreifung im Rahmen nationaler Grenzen und im internationalen Maßstab voranzutreiben ist. Das entspricht dem Charakter der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus, wie ihn Lenin dann auch definierte. Wer daraus eine militärische Doktrin macht, hat weder Trotzki noch die Aprilthesen Lenins gelesen. Er hat auch nicht die außer jeder Frage stehende Einordnung der Oktoberrevolution in den weltrevolutionären Prozess, wie sie Lenin und die Bolschewiki vornahmen, verstanden. Der Autor folgt einer vulgären Interpretation der „Permanenten Revolution“ von Trotzki und bemerkt nicht, dass gerade der Kampf um den Brester Frieden, vorurteilsfrei betrachtet, das Gegenteil von dem belegt, was er beweisen möchte.

(Um eine Doppelung zu vermeiden wurde der folgende Passus zum Brester-Frieden ausgespart. Er findet sich im nachfolgend zweiten Leserbrief vom März 2008 in erweiterter Fassung wieder.)

Die Ablehnung der Stalinschen These vom „Aufbau des Sozialismus in einem Land“ durch Trotzki hat nichts damit zu tun, die Existenz der Sowjetunion und damit die Errungenschaft der Oktoberrevolution aufs Spiel zu setzen. Das Wesen dieser Ablehnung ist in der marxistischen Erkenntnis zu suchen, dass der Sozialismus nicht in einem Land, und schon gar nicht in einem ökonomisch rückständigen Land, isoliert siegen kann. Lenin verwies immer wieder auf diese Tatsache. So z.B. in seinen „Notizen eines Publizisten“ auch noch im Februar 1922 (vgl. LW Bd. 33, S. 188). Das hielt aber Lenin, und in Übereinstimmung mit ihm auch Trotzki, nicht davon ab, die erkämpften Erfolge der Oktoberrevolution zu verteidigen und auszubauen.

In diesem Kontext der Suche nach Wegen zur Sicherung der Errungenschaften der Oktoberrevolution stand auch die Frage der zeitweiligen Militarisierung der Arbeit. Auch hier sind die historischen Umstände komplizierter, als in einem Satz dargestellt, um dann den Bruch zwischen der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Vorhut durch den Autor zielsicher zu behaupten. Die Leninsche NÖP, der auch Trotzki zustimmte, ist hier Ausdruck der Kompliziertheit der historischen Bedingungen, nach dem die Revolution in den ökonomisch fortgeschrittenen Ländern Westeuropas ausblieb. Die Behauptung, Trotzki ist Lenin auch in der Frage der NÖP in den Rücken gefallen, lässt sich mit keiner Textstelle Lenins belegen, ganz im Gegenteil. In seinem Schlusswort zum politischen Bericht des ZK der KPR(B) am 28. März 1922 verzichtet Lenin auf die Kritik gegenüber der „Arbeiteropposition“ (Schljapnikow, Kollontai), weil Trotzki zu 99 Prozent alles gesagt hat (vgl. LW Bd. 33, S. 307 und 308).

Noch ein Wort zu dem „wütenden Antisowjetismus“ Trotzki:

Trotzkis Kampf gegen die Kräfte, die nach dem deutsch-russischen Nichtangriffspakt 1939 nicht mehr bereit waren Trotzki's Verteidigung der Sowjetunion zu akzeptieren, zeigen anschaulich, dass er niemals die Oktoberrevolution und die Sowjetunion verraten hat. Er hat viele Freunde verloren, gerade weil er der Gleichsetzung des Faschismus mit dem Stalinismus heftig widersprach und auf eine konkrete Analyse der sozialen Ursachen bestand, die diese Gleichsetzung ausschließt. So bestand Trotzki kompromisslos auf einer Verteidigung der Sowjetunion im welthistorischen Ringen zwischen Kapitalismus und Sozialismus, unabhängig von dem politischen Kurs, wie er unter Stalin gefahren wurde. Es sei auf das Buch: Leo Trotzki: Verteidigung des Marxismus (Arbeiterpresse Verlag, Essen 2006) verwiesen. Nur wenn man nie etwas über die Verteidigung der Sowjetunion durch Trotzki gelesen hat, nur wenn man die materialistisch-dialektische Kritik der Degeneration des Arbeiterstaates, wie es Trotzki formulierte, als Konterrevolution und Verrat an der Oktoberrevolution und der Sowjetunion wissenschaftsfeindlich politisch interpretiert, kann man einen wütenden Antisowjetismus Trotzki unterstellen.

Ich kenne keine Analyse der Ursachen der Niederlage des europäischen Frühsozialismus, die nicht schon bei Trotzki in der „Verratenen Revolution“ (Arbeiterpresse Verlag,

Essen 1990) angelegt waren. Dies aber zu benennen, ist heute immer noch Verrat an der kommunistischen Bewegung. Der vorliegende Artikel zementiert durch die Wiederholungen der Geschichtsfälschungen dieses Verhalten.

Natürlich ist auch Trotzki in Theorie und Praxis differenziert zu bewerten, aber ein Totalverriss auf der Grundlage der Fälschungen des „Kurzen Lehrganges“ und der unhistorischen Aneinanderreihung von Leninzitaten ist wissenschaftlich sowie politisch-moralisch nicht mehr hinnehmbar.

Eine Auseinandersetzung mit dem heutigen Trotzkiismus kann nur auf der Grundlage der gegenwärtigen Aussagen erfolgen und nicht durch das Verdikt Trotzkiismus, das es so historisch nicht gibt.

Trotzkiismus, ebenso wie Stalinismus, sind Totschlagsargumente, die uns in den gegenwärtigen Auseinandersetzungen nicht helfen. Die Methode, anderen Meinungen in der marxistischen Bewegung ein Etikett anzuheften und damit sich die Auseinandersetzung zu ersparen, sollte gerade für Sozialisten und Kommunisten nach der Niederlage 1989/90 kein Mittel der Auseinandersetzung mehr sein.

Leserbrief vom März 2008 an die Redaktion des RotFuchs

Richtigstellung der historischen Wahrheit

Im Artikel „Der Brester Raubfrieden“ im RotFuchs Nr. 3/2008 wurde nun zum wiederholten Mal im RotFuchs behauptet, dass Trotzki ein Führer der „Linken Kommunisten“ zum Zeitpunkt des Brester Raubfriedens war. Trotzki war zu keinem Zeitpunkt Mitglied, geschweige ein Führer der „Linken Kommunisten“. Erst nach Lenins Tod organisierte sich Trotzki gegen den politischen Kurs Stalins in der „Linken Opposition“.

In der Auseinandersetzung um einen Friedensschluss mit dem imperialistischen Deutschland, um eine Atempause für die Revolution zu erhalten, bildeten sich drei Gruppierungen: Die „Linken Kommunisten“ unter Führung Bucharins, die den revolutionären Krieg befürworteten. Trotzki, der unter der Losung „Weder Krieg noch Frieden“ auf Zeit spielen wollte. Und Lenins Position, der den sofortigen Friedensschluss als „Atempause“ für die Revolution als unabdingbar ansah. Lenin setzte sich kompromisslos mit der abenteuerlichen Politik der „Linken Kommunisten“ auseinander und nicht mit Trotzki (vgl. LW Bd. 26, S. 451ff.), denn dieser stimmt mit Lenin darin überein, den Krieg zu beenden, weil die Armee nicht mehr kampffähig war. Das Problem für Trotzki war nur die Frage Wie und Wann, um vor dem internationalen Proletariat nicht als Helfer und Agenten des deutschen Imperialismus dazustehen. Bekanntlich hatten die Menschewiki seit April 1917 alles getan, um die Bolschewiki als solche zu denunzieren.

Wie berechtigt diese Befürchtungen waren, zeigen uns z.B. zwei Briefe Karl Liebknechts vom 9.12.1917 und vom 14.12.1917 aus dem Gefängnis, wo er bezüglich der Verhandlungen um einen Friedensschluss mit Deutschland anfänglich um eine Argumentation rang, um nicht an

der internationalistischen, revolutionären Haltung Lenins und Trotzki Zweifel bei sich aufkommen zu lassen.¹

Die prinzipielle Übereinstimmung in der Frage der Beendigung des Krieges zwischen Lenin und Trotzki ermöglichte es auch, dass am 23. Februar 1918 auf der Sitzung des ZK der Bolschewiki Lenin die Mehrheit im ZK erlangen konnte, weil Trotzki, Joffe, Dzierzynski und Krestinski sich der Stimme enthielten.

Die Stimmenthaltung Trotzki mit den Gegenstimmen der „Linken Kommunisten“ gleichzusetzen, die mit allen Mitteln einen abenteuerlichen Revolutionskrieg beginnen wollten, entbehrt eben jeder historischen Grundlage.

Jeder der heute sich ein Urteil erlaubt, sollte sich auch Fragen, warum Lenin in Auswertung dieser historischen Phase schrieb: „Dass aber die Bedingungen schlimmer, schwerer, erniedrigender sind als die schlimmen, schweren und erniedrigenden Brester Bedingungen, *daran tragen die Schuld* gegenüber der großen Sowjetrepublik Russland *unsere jammervollen ‚Linken‘* Bucharin, Lomow, Uritzki und Konsorden.“ (LW Bd. 27, S. 67) Kein Wort über einen Verrat Trotzki. Das sollten wir endlich im Jahr 2008 zur Kenntnis nehmen.

¹ Aus Platzgründen wurden im Leserbrief die Auszüge aus den Briefen nur der Quelle nach belegt. Hier nun die Auszüge im Wortlaut, wie sie dem Buch „Die Liebknechts“ von Annelies Laschitz (Aufbau Verlag, Berlin, S. 342f) entnommen sind:

„Angesichts der Bekantgabe des sowjetischen Friedens- und Waffenstillstandsangebots durch Reichskanzler v. Hertling im Deutschen Reichstag und der Anfang Dezember 1917 beginnenden Waffenstillstandsverhandlungen zwischen den Mittelmächten und Sowjetrußland in Brest-Litowsk könne er [K. Liebknecht – S.K.]

„nicht glauben, dass Lenin, Trotzki keine internationalen prinzipiellen Sozialisten, sondern russische Friedensopportunisten und Demagogen sind, und für den nur russischen Augenblickserfolg einer vorübergehenden Erhaltung ihres Regimes ins Lager des deutschen Imperialismus desertieren, den kämpfenden deutschen Sozialisten und der ganzen Internationale in den Rücken fallend und den Scheidemann-, David-Schuffen die Ernte einbringen helfen. Das jetzige Sondervorgehen suche ich vorläufig noch so zu deuten: die Entente von innen heraus revolutionär zur Verhandlungsbereitschaft zu peitschen, die Friedensintrige des deutschen Imperialismus zerfetend – die Eroberungspläne nicht nur Deutschlands, sondern auch Österreichs und Bulgariens (Balkan! Ganz öffentlich offiziell) enthüllen und brandmarken. Dies und schon der Widerstand Deutschlands gegen die allgemeine Waffenruhe (schon wegen U.-B.krieg) und Ausnützung der Entlastung an der Ostfront würde die deutschen Massen erregen. Wenn also die Entente auf revolutionären Druck ihre imperialistischen Ziele aufgibt, so kann die internationale revolutionäre Wechselwirkung mit voller Wucht einsetzen [...] Der infamen Ausnützung der russischen Revolution für die Zwecke der Mittelmächte muss mit allen, aber auch mit allen Mitteln entgegengewirkt werden.“

Fünf Tage später fügt er in den Brief vom 9.Dezember 1917 ein:

„Lenin-Trotzki können doch nicht anderes wollen, als ich skizzierte. Je mehr ich's mir überlege, umso klarer wird's mir, umso beruhigter werde ich. Um so aussichtsreicher oder doch minder aussichtslos erscheint mir ihre wagehalsige Taktik, die in dem allgemeinen Morast, vor allem hier, befreiend, die Atmosphäre reinigend, wirken ka“.

Sozialismuserfahrungen und zeitgemäße Sozialismuskonzeption

Erstens: Eine knappe, einprägsame positive Bilanz der Erfahrungen des Realsozialismus für die Zukunft des Sozialismus, vergleichbar mit der Aussage von Karl Marx nach der Pariser Kommune (aus heutiger Sicht sicherlich eine Überinterpretation dieser Erfahrungen), das sei „die endlich entdeckte politische Form, unter der die ökonomische Befreiung der Arbeit sich vollziehen“ kann bzw. „*die politische Form der sozialen Emanzipation* der Arbeit von der Usurpation (der Sklaverei) der Monopolisten der Arbeitsmittel“ (MEW, Bd. 17, S. 342 und 545), ist nicht möglich. Immerhin besagen aber diese Erfahrungen, dass eine sozialistische Gesellschaft über längere Zeit lebensfähig ist, u. a. auf den Gebieten der Sozial-, Bildungs- und Wirtschaftspolitik Beachtliches im Interesse der arbeitenden Menschen leisten konnte und ein für den Kampf der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern für soziale Verbesserungen und dem Kampf der unterdrückten Völker für nationale Befreiung ausgesprochen günstiges internationales Kräfteverhältnis zur Folge hatte.

Sozialismus im Kapitalismus verwirklichen zu wollen, das besagen dagegen die entsprechenden Versuche sozialistischer und sozialdemokratischer Parteien, ist nicht machbar. Die dennoch weiter anhaltenden Bemühungen dieser Art gehen in aller Regel mit der Ablehnung einer Definition des Sozialismus als gemeinwirtschaftliche Gesellschaftsordnung und mit einer Herabstufung des Sozialismusbegriffs zu einer bloßen Public-Relation-Formel im linken Dialog einher.

Als generelle Arbeitshypothesen zu den für die Zukunft bedeutsamen Erkenntnissen und Erfahrungen hinsichtlich des Realsozialismus bieten sich an:

- Sozialismus ist keine kurzfristige Übergangsgesellschaft zum Kommunismus, sondern offenbar eine langandauernde relativ selbständige Gesellschaftsordnung mit eigenen ökonomischen Gesetzmäßigkeiten, sozialen und politischen Widersprüchen, mit einer eigenen Klassenstruktur und spezifischen politischen Zwängen und Herausforderungen. Sozialismus bzw. sozialistische Gesellschaftsgestaltung setzt die politische Machtergreifung der arbeitenden Klassen voraus.
- Zusammen mit der Eigentums- bzw. Aneignungsfrage und der Machtfrage ist die Lösung der Demokratiefrage von außerordentlicher Bedeutung: als Frage der demokratischen Verfügung über das Eigentum sowie der unmittelbaren Machtausübung der arbeitenden Klassen, der demokratischen Kontrolle der staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen und überhaupt als Lebensfrage der sozialistischen Gesellschaft.
- Der Realsozialismus ging mit äußeren Bedingungen und sich daraus ergebenden innenpolitischen Konsequenzen (wie dem Schutz und der Verteidigung des sich entwickelnden Sozialismus) einher, die es sehr

erschweren, seine Vorzüge und Triebkräfte zur Geltung zu bringen. Jeder weitere Versuch des Ausbruchs nur eines Teils der Menschheit aus dem kapitalistischen Weltsystem wird mit ähnlichen Problemen konfrontiert sein. Er wird mit der Versuchung einhergehen, den strategischen Fehler des Realsozialismus zu wiederholen, die politische Herrschaft der Produzenten durch die Herrschaft einer administrativen „Vorhut“ zu ersetzen.

Zweitens: Ein neuer Sozialismus wird nicht als verbesserter Realsozialismus entstehen. Diese Chance wurde in den Ländern des sich entwickelnden Sozialismus in den fünfziger und sechziger Jahren vertan. Inwieweit in den verbliebenen Ländern des ehemaligen sozialistischen Weltsystems, vor allem in China und Kuba, aber auch in Nordkorea und Vietnam, eine solche Chance noch besteht, gegebenenfalls sogar welthistorische Bedeutung erlangen könnte, ist eine Frage, die gründlicher Analysen und Debatten bedarf. Ein neuer Sozialismus wird aus den zukünftigen Klassenkämpfen, den in diesen Zusammenhang geführten konzeptionellen Debatten sowie überhaupt aus den zukünftigen politischen Herausforderungen im Kampf um eine humane Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse hervorgehen. Er wird wie die bisherigen Sozialismusversuche ein Suchpfad sein. Sinn einer Debatte um bisherige Sozialismuserfahrungen ist es, einen theoretischen Vorlauf hinsichtlich der methodischen Probleme sozialistischer Staats- und Demokratiegestaltung zu erreichen, um auf diesem Suchpfad besser voranzukommen und möglichst Sackgassen und Fehlentwicklungen zu vermeiden.

In den aktuellen Kämpfen um einen zukünftigen Sozialismus in Lateinamerika zeichnet sich bereits ab, dass den Erfahrungen der sozialistischen Länder ein hoher Stellenwert beigemessen wird. Vor allem Ratschläge von Wirtschaftspraktikern, z. B. auch von LPG-Vorsitzenden, von Theoretikern der politischen Ökonomie des Sozialismus sowie von Staats- und Demokratietheoretikern sind gefragt. Daraus ergibt sich eine hohe Verantwortung von Wissenschaftlern, Praktikern und Politikern der ehemaligen sozialistischen Länder, ihre Sicht auf positive und negative Erfahrungen mit den Formen und Methoden der Wirtschaftsleitung, der Wirtschaftsdemokratie, der Machtausübung und des politischen Systems zur Diskussion zu stellen.

Drittens: Eine Analyse des Scheiterns des Realsozialismus darf sich nicht darin erschöpfen, bloß „innere und äußere Ursachen“, „subjektive und objektive Faktoren“ oder „Haupt- und Nebenursachen“ zu benennen und das Ganze dann als komplexe Analyse auszugeben. Eine auf die Herausarbeitung der (positiven, negativen, aber auch nachdenkenswert und geradezu tragischen) Erfahrungen gerichtete Analyse muss von der konkreten geschichtlichen Situation einer sich unter schwierigen äußeren und

inneren Bedingungen entwickelnden sozialistischen Gesellschaft, ihrer inneren und äußeren, sozialökonomischen und politischen Widersprüche, der ihr eigenen Triebkräfte und Hemmnisse ausgehen. Auf der Grundlage einer solchen Analyse ist die Frage zu beantworten, warum es nicht, bloß zeitweise bzw. nur partiell gelang, diesen Widersprüchen geeignete politische Bewegungs-, Lebens- und Entwicklungsformen zu geben, welche Defizite, aber auch, welche erfolgreichen politischen Formen es dabei gab.

Antworten auf diese Fragen werden nur zu finden sein, wenn man dem Marxschen Ausgangspunkt folgt, Staat und Demokratie als Lebens- und Entwicklungsformen gesellschaftlicher Verhältnisse in ihrer konkreten Widersprüchlichkeit zu begreifen. Das Auffinden einer „durch und durch ausdehnungsfähige(n) politischen Form“ (Karl Marx, MEW, Band 17, S. 342) war in den realsozialistischen Gesellschaften objektiv deshalb so schwierig, weil grundlegende gesellschaftliche Widersprüche in einer geradezu dramatischen Weise sich gegenseitig zu blockieren drohten: Dem Ziel einer Selbstregierung des Volkes standen die Erfordernisse des Abwehrkampfes gegen die Konterrevolution entgegen. Der zur Entwicklung der Produktivkräfte absolut notwendige, aber sich „spontan“ bürokratisch entwickelnde Eigentümerstaat drohte den Kommunestaat zu erdrücken. Die Sicherung der Arbeiterklasse „gegen ihre eignen Abgeordneten und Beamten“ (Friedrich Engels, MEW, Band 19, S. 197) versagte angesichts des Anwachsens des staatlichen Apparates und der Ersetzung der Absetzbarkeit durch Privilegierung. Die Demokratie von unten traf auf eine politische Führung, die von „flexiblen Konsultationsmechanismen“ (Lenin) zwischen sich und den Volksmassen immer weniger wissen wollte.

Die politischen und staatlichen Strukturen des europäischen Sozialismus waren über geraume Zeit (bei sicherlich nicht wenigen Entartungen und Funktionsstörungen, angesichts wirtschaftlicher Unterentwicklung und einer Situation, da ein großer Teil der Wirtschaftskraft für die Verteidigung eingesetzt werden musste und so der Erhöhung des Volkswohlstandes verloren ging) in der Lage, Entwicklungsform des Sozialismusversuchs zu sein. Letztlich waren sie langfristig nicht in der Lage, in der globalen Systemauseinandersetzung mit dem Kapitalismus in Bezug auf die Arbeitsproduktivität und den Lebensstandard erfolgreich zu konkurrieren und ein Gesellschaftssystem zu schaffen, das hinsichtlich seiner sozialen, aber vor allem auch demokratischen Qualität der Masse der Menschen als verteidigungswert erschien.

Viertens: Es geht heute im Besonderen um eigene, für das 21. Jahrhundert taugliche sozialistische Maßstäbe bei der Analyse und Debatte um die Erfahrungen des Realsozialismus.

Die Übernahme bürgerlicher Be- und Verurteilungen führt unweigerlich in die Irre, verhindert eine differenzierte und gerechte Bewertung dieser Erfahrungen. Die Stalinismuskule erweist sich dabei als eine sich links gebende Variante der Totalitarismustheorie, die eine konkrete Ana-

lyse durch die magere Schablone eines Gut-Böse-Schemas zu ersetzen sucht.

Eigene, zeitgemäße Maßstäbe sind:

- Die reale Vergesellschaftung der Produktionsmittel, d. h. ihre tatsächliche Aneignung durch die assoziierten Produzenten.
- Die Ausübung der politischen Macht durch die arbeitenden Klassen selbst und nicht durch nur sich selbst verantwortliche bürokratische Apparate, eine entsprechende Gewährleistung der politischen Grundrechte, die Kontrolle der staatlichen Verwaltungsapparate von unten.
- Die demokratische Kontrolle über die Wirtschaft als die entscheidende Sphäre der Gesellschaft, die demokratische Entscheidung über die Verwendung des Mehrprodukts im Rahmen einer demokratischen Planung. Entscheidende Bedeutung kommt dabei der Bestimmung praktikabler Formen unmittelbarer und mittelbarer Demokratie von unten und von oben zu.
- Die Gewährleistung sozialer Grundrechte, insbesondere des Rechts auf Arbeit, auf Bildung, auf soziale Sicherheit und die reale Gleichstellung der Geschlechter.
- Eine Politik der Ächtung des Krieges und der Durchsetzung des demokratischen Völkerrechts in den internationalen Beziehungen.
- Eine Politik der ökologischen Nachhaltigkeit, der Abwehr von Gefahren einer irreversiblen Umweltzerstörung und einer drohenden Klimakatastrophe.

Fünftens: Zumindest hinsichtlich der DDR gibt es die Erfahrung, dass der Eigentümerstaat durchaus in einem beachtlichem Maße funktioniert hat. Immerhin lag die DDR hinsichtlich der Industrieproduktion an 10. Stelle in der Welt. Der bürokratisierte Eigentümerstaat aber hat auch in der DDR den Kommunestaat weitgehend überlagert und verdrängt. Die konkrete Analyse des Widerspruchs zwischen Eigentümerstaat und Kommunestaat ist der entscheidende Ausgangspunkt, um für die Zukunft die „politische Form, unter der sich die Befreiung der Arbeit vollziehen“ kann, weitaus präziser zu bestimmen, als dies nach 72 Tagen Pariser Kommune möglich war.

Dabei geht es darum, die komplizierten, objektiv bestehenden Probleme sozialistischer Demokratiegestaltung und Gesellschaftsentwicklung aufzuzeigen und Lehren zu formulieren, wie diese Probleme besser als im Realsozialismus gelöst werden können.

Karl Marx und Friedrich Engels räumten bereits im Kommunistischen Manifest dem zukünftigen sozialistischen Staat die Rolle eines ökonomischen Zentrums der sozialistischen Gesellschaft ein. Danach sollte (MEW, Band 4, S. 481) der sozialistische Staat, d. h. das „als herrschende Klasse organisierte Proletariat“ (und nicht das Proletariat direkt), in die Produktionsverhältnisse eintreten. Diese Position stand, wie sich in der politischen Praxis dann zeigte, in einem geradezu dramatischen Spannungsverhältnis zum Konzept des Kommunestaates, wie es von

Marx und Engels in Auswertung der Erfahrungen der Pariser Kommune entwickelt wurde. Das Kommunekonzept orientierte auf „die Rücknahme der Staatsgewalt durch die Gesellschaft als ihre eigne lebendige Macht“ (Karl Marx, MEW, Band 17, S. 543), auf die Selbstregierung des Volkes, auf die Reduzierung und Kontrolle des staatlichen Apparates, auf die Beseitigung von Privilegien für Staatsangestellte, auf Wahl, Rotation und Absetzbarkeit der Abgeordneten und Beamten sowie überhaupt auf das Absterben des Staates (vgl. dazu die Thesen vom 22. November 1987 von Uwe-Jens Heuer, „Ökonomie, Demokratie und Recht in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft“, geschrieben für eine dann auch sehr heftige Debatte im Bereich Gesellschaftswissenschaften der Akademie der Wissenschaften der DDR Anfang 1988).

Lenin bekräftigte am Vorabend der Oktoberrevolution in „Staat und Revolution“ das Kommunekonzept des „Halbstaates“, das heißt eines Staates, der nach seiner mit Karl Marx und Friedrich Engels übereinstimmenden Position schon kein „eigentlicher“ Staat mehr war (LW, Bd. 25, S. 409), vollzog allerdings schon ein halbes Jahr später einen deutlichen Kurswechsel weg von einem Staat ohne Armee, Polizei und Beamtenapparat in Richtung auf eine deutliche Stärkung des Eigentümerstaates, mittels dessen eine „höhere Organisation der Arbeit“ und die „strengste Rechnungsführung und Kontrolle über die Produktion und die Verteilung der Produkte“ durchgesetzt werden sollte. Die weitere Entwicklung ergab, dass der Eigentümerstaat den Kommunestaat immer mehr dominierte. Lenins Forderung in „Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht“, zugleich „die Formen und Methoden der Kontrolle von unten“ auszubauen, um das „Unkraut des Bürokratismus immer wieder und unermüdlich auszureißen“ (LW, Bd. 27, S. 266), scheiterte bzw. wurde missachtet. In der Partei setzten sich eine hierarchische Struktur und die Allmacht des Generalsekretärs Stalin durch. Die bereits von Lenin Anfang 1921 kritisierte Tendenz zu einem „Arbeiterstaat mit bürokratischen Auswüchsen“ (LW, Bd. 32, S. 32) verstärkte sich enorm. Nach einer demokratischen Phase in einer Reihe volksdemokratischer Länder nach 1945 setzte sich auch dort mehr oder weniger modifiziert das Modell des politischen Systems der Sowjetunion durch. Mit der Entwicklung einer Staats- und Parteibürokratie, aber auch der schon aus Gründen der Verteidigung unabdingbaren Militär und Sicherheitsbürokratie entwickelte sich eine soziale Schicht mit eigenen Interessen, die schon infolge ihrer Nähe zu den Hebeln der Macht diese Interessen in der Staatspolitik zur Geltung bringen konnten.

Es gab es in der Geschichte des Realsozialismus durchaus positive Erfahrungen wie die Verpflichtung staatlicher Institutionen auf Bürgernähe mittels des Eingabenrechts, die Übertragung ehemals staatlicher Sanktionsmöglichkeiten auf die Konfliktkommissionen in den Betrieben oder die insgesamt gelungene Verbindung von staatlicher Leitung und demokratischer Eigenständigkeit der Produzenten in den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften. Zu den positiven Erfahrungen gehörte auch der Versuch in der DDR der sechziger Jahre unter Walter Ulbricht, mit dem Neuen Ökonomischen System (NÖS) dem

sozialistischen Eigentum und den Erfordernissen der Produktivkraftentwicklung adäquate Formen der Planung und Leitung zu geben. Dieser angestrebte Wechsel im ökonomischen System wurde nicht zuletzt gerade auch als Entwicklung der sozialistischen Demokratie verstanden.

Auch in einem zukünftigen Sozialismus wird der Staat augenscheinlich ein wichtiges Instrument der Gesellschaftsgestaltung und Produktivkraftentwicklung sein. Ein Absterben des Staates als Dahinschwinden seiner Funktionen und Apparate, als Verlust seines politischen Charakters (infolge erreichter sozialer Homogenität) ist auch dann nicht in Sicht, wenn es gelingt, Bürokratie und Bürokratismus erfolgreich zu bekämpfen bzw. zu kontrollieren. Staatliche Leitung und Verwaltung als Form gesellschaftlicher Arbeitsteilung und als Methode zur Durchsetzung allgemeiner gesellschaftlicher Interessen werden auf absehbare Zeit bleiben. Staaten lassen sich nicht ehrenamtlich nach Feierabend regieren. Was aber gesichert werden kann und muss, ist eine allseitige, der bürgerlichen Demokratie überlegene Demokratisierung dieses sozialistischen Staates: durchaus im Sinne der von Marx proklamierten Selbstregierung des Volkes und der Rücknahme der Staatsgewalt durch die Gesellschaft. Insofern ist es natürlich nicht falsch (aber eben unzureichend), für einen zukünftigen Sozialismus auch das Recht auf Opposition und Gewaltenteilung zu fordern. Es geht, weit darüber hinaus, um eine neue Qualität von Demokratie im Sozialismus gegenüber dem Kapitalismus, nicht nur (wie im Realsozialismus vielfach verwirklicht) hinsichtlich der sozialen Demokratie. Dem Konzept des Kommune- bzw. Halbstaates als ständige Aufgabe zukünftiger sozialistischer Staats- und Gesellschaftsgestaltung kommt dabei eine maßgebliche konzeptionelle Bedeutung zu.

Sechstens: Die Demokratiefrage hat sich insgesamt als eigenständige Frage sozialistischer Gesellschaftsgestaltung erwiesen, die weder mit der Machtfrage noch mit der Verstaatlichung bzw. Sozialisierung der Banken und der Betriebe identisch ist. Während es unter Lenin noch üblich war, Einschränkungen von Demokratie im Sozialismus infolge der Heftigkeit des Bürgerkrieges bzw. des Klassenkampfes auch als Einschränkungen zu bezeichnen, wurde es später üblich, derartige Beschränkungen als Wesensmerkmale sozialistischer Demokratie oder gar als Ausdruck der Höherentwicklung von Demokratie hinzustellen.

Hinsichtlich der Demokratiefrage gibt es eine Fülle sowohl negativer als auch positiver Erfahrungen des Realsozialismus.

- Demokratiegestaltung im Sozialismus braucht einen allgemeinen Maßstab und insofern auch einen allgemeinen Demokratiebegriff. Als solcher bietet sich die Demokratiedefinition an, die Demokratie als die jeweils in enger Verbindung zu den Eigentums-, Macht- und Herrschaftsverhältnissen stehende „individuelle und kollektive Selbstbestimmung des Volkes“ begreift (vgl. Uwe-Jens Heuer, in: Z. Nr. 30, Juni 1997, S. 106).
- Sozialistische Demokratie ist demokratische Gestaltung des politischen Prozesses, also die Abstimmung

und Durchsetzung der widersprüchlichen Interessen von Klassen und sozialen sowie demographischen Gruppen bzw. Schichten der sich entwickelnden sozialistischen Gesellschaft. Sozialistische Demokratie ist zugleich die politische und gesellschaftliche Form, der demokratische Prozess dieses Willensbildungs- und Entscheidungsprozesses auf der Grundlage des assoziierten Verstandes der Massen. Die sozialistische Gesellschaft hat kein „Gehirn“, auch nicht in Gestalt einer Parteiführung (so Uwe-Jens Heuer Anfang der achtziger Jahre), das an Stelle der Gesellschaft den gesamtgesellschaftlichen Willen formulieren könnte.

- Die im Realsozialismus verbreitete Auffassung, dass Staatspolitik und Machtausübung Aufgabe des Politbüros und der Regierungsinstitutionen sei, wurde mit der besonderen Fähigkeit dieser Institutionen zur marxistischen Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse legitimiert. Tatsächlich war dies vor allem eine Schutzbehauptung zur Rechtfertigung bürokratischer Herrschafts- und Entscheidungsstrukturen. Positive Erfahrungen mit demokratischen Entscheidungsstrukturen, mit einer sozialistischen Konsensdemokratie gab es an der Basis, in den Betrieben und Gemeinden.
- Grundlegende Strukturfehler des politischen Systems des Realsozialismus waren eng mit einer falschen

Sicht auf das Verhältnis von Spontaneität und Bewusstheit verbunden. Spontaneität wurde als Gegensatz zur Bewusstheit (und nicht auch als deren Keimform) verstanden. Dies hatte Konsequenzen für die juristische und praktisch-politische Abschottung des politischen Systems gegen spontane politische Aktivitäten, gerade auch gegen kritische Bürgerinnen und Bürger. Wahlrecht, Absetzbarkeit und Abstimmungsverfahren wurden so gestaltet, das „alles unter Kontrolle“ bleiben sollte. Damit aber fehlte eine geeignete politische Form für die Bewegung des Widerspruchs zwischen politischer Führung und Volksmassen.

- Eine entscheidendes Merkmal des sozialistischen Demokratietyps und seiner Überlegenheit gegenüber der bürgerlichen Demokratie muss die Aneignung der Produktionsbedingungen und die Entscheidung über das Mehrprodukt auf den verschiedenen Ebenen der Gesellschaft durch die assoziierten Produzenten sein. Diese werden sich nur dann als Eigentümer fühlen, wenn sie es auch tatsächlich sind, wenn sie über die entsprechenden Teilhaberechte verfügen. Das dies in den realsozialistischen Ländern weitgehend nicht der Fall war, machte gerade auch die fehlende Bereitschaft der Werktätigen „nach der Wende“ deutlich, ihre Betriebe zu verteidigen.

Herbert Münchow

„Trotz alledem!“¹

Ein Beitrag zur Geschichtsdebatte

Angeblich soll es Revisionismus sein, wenn man die Geschichte des Sozialismus nicht zugunsten Stalins schreiben will. Und es soll Revisionismus sein, wenn man den XX. Parteitag der KPdSU für notwendig hält – ja wenn man überhaupt darauf besteht, dass die Dinge bei ihrem richtigen Namen genannt werden (wozu auch die dem Rotfuchs entgangene „Kleinigkeit“ gehört, dass Trotzki zum Zeitpunkt des Brester Raubfriedens kein Führer der „Linken Kommunisten“ gewesen ist). Wer sich dieser „revisionistischen Entgleisungen“ schuldig macht, der wird mit Texten und Reden belegt, die von der Diktion her an die Plädoyers des Chefanklägers Stalins in den Moskauer Prozessen erinnern. Und keinem dieser heutigen Ankläger kommt es in den Sinn, dass da etwas nicht stimmen kann. Nicht einmal dann, wenn sie Bucharin zitieren, der 1938 in seinem Kerkerbrief „An die künftige Generation führender Parteifunktionäre“ schrieb: „Ich wende mich an Euch, die künftige Generation führender Parteifunktionäre, zu deren historischer Mission die Pflicht gehören wird, das ungeheuerliche Knäuel von Verbrechen zu entwirren, die in diesen schrecklichen Tagen immer größeres Ausmaß annehmen, wie eine Flamme auf-

lodern und die Partei ersticken. ICH WENDE MICH AN ALLE PARTEIMITGLIEDER. In diesen vielleicht letzten Tagen meines Lebens bin ich überzeugt, dass mich die Geschichte früher oder später unweigerlich wieder reinwaschen wird. Ich bin niemals ein Verräter gewesen. Für Lenins Leben hätte ich ohne Schwanken mein eigenes hergegeben. Ich habe Kirow geliebt, habe nichts gegen Stalin angezettelt. Ich bitte die neue, junge und ehrliche Generation führender Parteifunktionäre, meinen Brief auf einem ZK-Plenum zu verlesen, mir Gerechtigkeit widerfahren zu lassen und mich wieder in die Partei aufzunehmen. Ihr sollt wissen, Genossen, dass sich auf dem Banner, das Ihr auf dem siegreichen Weg zum Kommunismus tragt, auch ein Tropfen meines Blutes befindet.“²

Heinrich Brandler, der von den heutigen Anklägern auch immer wieder angeklagt wird, weil er 1923 gemeinsam mit August Thalheimer den „deutschen Oktober“ verhindert haben soll (und der Trotzki durchaus kritisch gegenüber stand), wies völlig richtig darauf hin, dass die „Überbetonung der schwierigen und barbarischen Formen des Klassenkampfes in der Sowjetunion, ihre Loslösung von den russischen Voraussetzungen ... zu einem der wirk-

¹ Der Beitrag fußt auf einer Veröffentlichung, die im Heft 1-04 der Marxistischen Blätter erschienen ist. Der Autor verdankt die wesentlichen Gedankengänge den Arbeiten von W. Abendroth, I. Deutscher, H. Brandler, A. Thalheimer, J. Kuczynski und F. Behrens.

² Sputnik, 1988, Nr. 5, S. 117.

samsten Mittel der imperialistischen und reformistischen Propaganda zur Vorbereitung eines neuen Kreuzzuges gegen die Sowjetunion wird.“³ Das war im Jahr 1950. Und heute gilt es weiter – natürlich unter den völlig veränderten Bedingungen einer verheerenden Niederlage. Insofern nämlich, als die Glorifizierung Stalins eben diese Wirkung der Überbetonung und des Kreuzzuges gegen den Kommunismus erzeugt. Während es sonst so war, dass mit Hilfe der Stalinismus-Keule dem schweren (dem realen) Weg zum Sozialismus⁴ ein scheinbar leichter, humanerer Weg gegenübergestellt wurde, ist es jetzt offenbar dahin gekommen, dass mit Hilfe „historischer Bereinigung“ der Gewalt eine geschichtliche Rolle ange-dichtet wird, die sie niemals spielen kann – es sei denn, man ist Anhänger der von Engels kritisierten Dühring-schen Gewalttheorie.⁵ Aber es kommt noch schlimmer: Wieder wird die Geschichte des Sozialismus so darge-stellt, als sei das Parteiregime unter Stalin von Lenin geschaffen und entspräche seinen Auffassungen. Das alles ist Legende. Zwar keine Lessing-Legende, aber wie diese aus dem Kultus entstanden, den Kultus voraussetzend – also relativ verfestigt - und damit der ideologische Über-bau einer ökonomisch-politischen Entwicklung. Deshalb war die Kritik des Personenkults zwar die unabdingbare Voraussetzung für die Neubestimmung der Aufgaben des sozialistischen Aufbaus, aber keineswegs der Endpunkt dieser Auseinandersetzung nicht nur in den eigenen Rei-hen. Dazu hätte es des Selbstbewusstseins der Besinnung auf die eigenen Kräfte bedurft. Die geistige Wiederbele-bung der Stalinära in idealisierter Form erfolgt als ideolog-ischer Überbau einer fehlenden Arbeiterbewegung. Sie ist ein Ersatz für objektive und subjektive Bedingungen, die so nicht zu schaffen sind.

Worum geht es?

„Das erste Gebot für politische Kämpfer ... ist es, mit der Entwicklung der Zeit zu gehen und sich jederzeit Rechen-schaft abzulegen über die Veränderung in der modernen Welt wie auch über eine Veränderung unserer Kampfstra-tegie.“⁶ Weshalb plagen wir uns also mit der Geschichte der Arbeiterbewegung ab? Im Grunde wohl aus drei Erwägungen.

Erstens: wir können die geschichtliche Funktion unseres heutigen Tuns nur verstehen, wenn wir sie aus dem frühe-ren Geschichtsverlauf und aus dessen Ursachen – aus denen die eigene Politik⁷ nicht auszunehmen ist – erklä-ren. Da es um Subjekt-Objekt-Dialektik geht, deren Inhalt *Bewegung* ist, geht es auch um Alternativen, die ein dia-lektischer Materialist als reale Möglichkeiten immer mit-

zudenken hat, wobei sein Ausgangspunkt die Tatsachen bleiben, dasjenige, *was ist*. Wollen wir nicht auf das Ent-werfen langfristiger Strategien verzichten – was selbst-mörderisch wäre –, dann müssen wir so vorgehen. Denn der Marxismus „ist nicht die Theorie eines Individuums, der ein anderes Individuum eine andere und höhere Theo-rie entgegenstellen könnte“, sondern „der proletarische Klassenkampf in Gedanken gefasst; er ist in den Dingen selbst, aus der historischen Entwicklung emporgewachsen und wandelt sich mit ihnen; deshalb ist er so wenig ein leerer Trug wie eine ewige Wahrheit.“⁸

Zweitens: aus der Geschichte lernen wir eventuell etwas darüber, wie man es heute – selbst in Einzelfragen – nicht machen darf. Für Marx und Engels war das völlig klar: „Die Ereignisse und Wechselfälle im Kampf gegen das Kapital, die Niederlagen noch mehr als die Siege“ können nicht verfehlen, „den Menschen die Unzulänglichkeit ihrer diversen Lieblings-Quacksalbereien zum Bewusst-sein zu bringen und den Weg zu vollkommener Einsicht in die wirklichen Voraussetzungen der Emanzipation der Arbeiterklasse zu bahnen.“⁹ Wir sollten uns diesen Gedanken gut merken, denn er besagt, dass man die takti-schen und strategischen Fragen der Gegenwart nicht auf Grund einer Legende (z. B. von der 1923 angeblich „ver-passten Revolution“¹⁰) lösen kann. Man kann sie nur lösen auf Grund der wirklichen Tatsachen. Klargestellt wird auch, warum die richtige Beurteilung der Ursachen einer Niederlage von so außerordentlicher Bedeutung für die Zukunft der Arbeiterklasse und des Sozialismus ist: Aktion und Debatte führen zu einem Lernprozess; die Arbeiterklasse entwickelt sich intellektuell. Aber die Richtung dieser Entwicklung unmittelbar hängt nicht unwesentlich von der sozialpsychologischen Situation in der Arbeiterbewegung ab. Denn Niederlagen peitschen auf, leider auch in der Form der Vernachlässigung des gegebenen Kampfbodens. Niederlagen demoralisieren aber auch, besonders dann, wenn vorher nur vom Sieg die Rede war.

Drittens unterliegen die Organisationsformen der Arbei-terbewegung dem Entwicklungsprozess der Gesamtbeweg-ung. In dem, wie sie entstehen und was sie jeweils tun, sind sie eine Antwort der Arbeiterklasse auf das, was im Gesamtzusammenhang der sozialen und politischen Fak-toren, die von außen auf die Klasse einwirken, in der Zeit geschieht, in der sie handelt und ihr Bewusstsein entwik-kelt. Die Arbeiterorganisationen sind nur der organisatori-sche Ausdruck für die Rolle der Arbeiterbewegung. Die Organisationsfrage ist geschichtlich verursacht. Wobei gilt, „dass die ‚Organisation‘ auch ohne Streiks und

³ H. Brandler, Die Sowjetunion und die sozialistische Revolution, Hrsg. Gruppe Arbeiterpolitik 1950, S. 8.

⁴ „Wenn ihr die Freiheit wollt, müsst ihr die Unterdrücker unterdrücken. Und von eurer Freiheit so viel aufgeben, als dazu nötig ist. Ihr könnt nur eine Freiheit haben, die, die Unterdrücker zu bekämpfen!“ (B. Brecht, Die Tage der Commune)

⁵ F. Engels, Herrn Eugens Dührings Umwälzung der Wissenschaft („Anti-Dühring“), Berlin 1958, S. 192 ff.

⁶ R. Luxemburg, Massenstreik und Gewerkschaften, GW, Berlin 1972, Bd. 2, S. 466.

⁷ „Politik ist die in der Gegenwart sich vollziehende Geschichte.“ E. Thälmann, Geschichte und Politik, Artikel und Reden 1925-1933, Berlin 1973, S. 5.

⁸ F. Mehring, Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, Zweiter Teil, Gesammelte Schriften, Berlin 1976, Bd. 2, S. 700.

⁹ F. Engels, Vorwort zur englischen Ausgabe des Kommunistischen Manifestes von 1888, MEW, Bd. 4, S. 579.

¹⁰ Vgl. W. Hoppe, In Hamburg fiel der erste Schuss, in: *Rotfuchs*, Oktober 2003, S. 13. Als Gegendarstellung empfohlen: A. Thalheimer, 1923: Eine verpasste Revolution?, Berlin 1931.

Demonstrationen ‚entsteht‘. Eine Organisation ... existiert ständig, während die Massen nur von Zeit zu Zeit *offen* auftreten.“¹¹ Das ist wichtig, denn wenn die Dinge *sonst zur Reife* gelangt sind, entscheiden Erkenntnis und Willen, welchen Lauf die Geschichte an den Wendepunkten nimmt.

So muss m. E. auch an die Probleme herangegangen werden, die sich um das die Geschichtsdebatte nach wie vor mehr oder weniger prägende Thema „Stalin“ gruppieren.¹² Dabei weiß gerade der Gegner sehr genau und weidet sich daran, dass die Vorgänge in Russland nach Lenins Ausscheiden aus der aktiven Politik die durch den Sieg des Faschismus gefährlich erschütterte sozialistische Zukunftshoffnung zusätzlich niederdrückten. Stalins Politik – zuletzt das Bündnis mit Hitler – warf nicht nur die Frage nach den Mitteln und Wegen zum Sozialismus auf, sondern auch, ob dessen Entwicklung überhaupt gesichert sei. Eine brennende Frage wurde: *Was ist historische Notwendigkeit?*

Besonders deutlich wird dies am „Kurzen Lehrgang“ zur Geschichte der KPdSU (B). In diesem Buch, dessen Wirkung gerade darauf beruht, dass er neben Legendenbildung auch viele wichtige Wahrheiten enthält, spielt Lenins „Brief an den Parteitag“ keine Rolle. Aber Lenin sollte Recht behalten: „Stalin ist zu grob ... Deshalb schlage ich den Genossen vor, sich zu überlegen, wie man Stalin ablösen könnte, und jemand anderen“ (möglicherweise dachte er an Trotzki, den er ebenfalls mit kritischen Augen sah) „an diese Stelle zu setzen ...“¹³ Es geht um den *Typus*, den Stalin als Revolutionäre vertrat – und dass er ein Revolutionär war, darin vor allem liegt die ganze Tragik.¹⁴ Im Unterschied zu Lenin kapitulierte er vor dem Fortleben und Neuaufleben der barbarischen zaristischen Tradition in der Sowjetbürokratie. Gerade diese Tradition nutzte er bei der Ausübung seines immer noch an das Ausgangsdenken des Marxismus (allerdings in *kanonisierter* Form) und an die Oktoberrevolution gebundenen barbarischen Despotismus.¹⁵ Aber: „Einen anderen Weg zur Überwindung der Bürokratie und der zu langsamen Verbesserung der Lebenshaltung der breiten Massen der Werktätigen als die Bereitschaft und Fähigkeit der Massen, Hand ans Werk zu legen und es besser zu machen,

gibt es nicht. Die gebratenen Tauben fliegen nirgends und niemanden ins Maul. Das Werk der Befreiung der Arbeiterklasse kann nur ihr eigenes Werk sein. Das allgemeine Gerede vom Personenkult und Stalinismus ist albern und schädlich. Der Kern der stalinistischen Periode besteht darin, dass der Aufbau der sozialistischen Grundlagen in der SU zu viel mit dem Prügel für die Massen und unsozialistischen Prämien- und Stachanowmethoden durchgeführt worden ist.“¹⁶

In Stalins Namen, auf seine Veranlassung und mit seinem Wissen wurden skrupellose Gewalttaten begangen, die die notwendige *revolutionäre Gewalt* aufs schärfste diskreditierten und ihre Grenzen bis zum Verbrechen überschritten. Was das für die Revolution – das Verstehen ihrer ungeheuren Schwierigkeiten – bedeutet, weiß jeder Sozialist und Kommunist einzuschätzen, der sich in der Tradition von Marx, Engels und Lenin von jeglicher Form der *Gewaltanbetung* unmissverständlich distanzieren muss.¹⁷ Die physische Vernichtung der Parteioption erscheint im Kurzen Lehrgang quasi als Naturnotwendigkeit, um vor diesem dunklen Hintergrund Stalins leuchtende Größe besonders vorteilhaft zu dokumentieren. Das Hinwegsetzen über die materialistische Dialektik und die Leninschen Parteinormen wurde organisationspolitisch verfestigt, die marxistische Geschichts- und Parteauffassung manipulativ missbraucht. Stalins (und Bucharins) Theorie musste ihre eigene Realität verleugnen, die tatsächliche Lage beschönigen, denn sie hatte nicht nur verkündet, dass keine andere Wahl blieb, als auf den Sozialismus hinzuarbeiten, sondern auch die Möglichkeit der vollen Entwicklung dieser Gesellschaft, d. h. der Klassenlosigkeit in nur einem Land in Aussicht gestellt. Diskussion und Kritik wurden tabuiert. „Riesensprünge rückwärts“¹⁸ kannte die Geschichte nicht mehr. Die Partei ging, wie es das ZK der KPdSU 1938 vorhergesagt hatte, trotz des Fortschritts, den der aus ökonomischer Rückständigkeit entstandene Sozialismus verkörperte, daran zugrunde.¹⁹

Stalin und die Hemmung der Revolution

Das handlungsorientierte Selbstverständnis der kommunistischen Partei kann nicht vom Geschichtsverlust des

¹¹ W. I. Lenin, *Illegale Partei und legale Arbeit*, LW, Bd. 18, S. 382.

¹² Vgl. u. a. R. Steigerwald, *Probleme in Stalins Politik des Aufbaus des Sozialismus*, in: *MB* 6-03, S. 92 ff. Die weitere Entwicklung bestätigt dies ebenfalls. Vgl. nur die Debatten in der jungen Welt zwischen Münder, Steigerwald und Holz. Von „Offensiv“ ganz zu schweigen.

¹³ W. I. Lenin, *Brief an den Parteitag*, Ergänzung zum Brief vom 24. Dezember 1922, LW, Bd. 36, S. 580. Vgl. auch: Ebenda, S. 579.

¹⁴ Vgl. insgesamt: I. Deutscher, *Die unvollendete Revolution 1917-1967*, Frankfurt a. Main 1967.

¹⁵ „Die Persönlichkeit Stalins kam dieser Entwicklung entgegen. Die Charaktermerkmale Stalins, die dazu beitrugen, sind außerordentliche Willenskraft, Ausdauer, Faust, große organisatorische Fähigkeiten, aber verbunden mit großem Ehrgeiz und Eitelkeit ‚besonderer Art‘ (Vorliebe für orientalische Ergebniskundgebungen und Lobpreisungen). Eine starke Dosis persönlicher Rachsucht, große Verschlagenheit, klarer aber primitiver, die Dinge übermäßig vereinfachender Verstand, beschränkte Kenntnisse. Kein umfassendes, schöpferisches Genie wie Lenin, der auf der höchsten Höhe des europäischen Wissens stand, der theoretische und praktische Fähigkeiten ersten Ranges in sich vereinigte. Stalin ist nur ein Talent, und zwar ein einseitig praktisches Talent.“ (Zur Krise in der Sowjetunion, Hrsg. Büro der IVKO, 1937, S. 17.)

¹⁶ H. Brandler an G. Schönfelder am 6. 12. 1956, in: H. Weber (Hrsg.), *Unabhängige Kommunisten*, *Der Briefwechsel zwischen Heinrich Brandler und Isaac Deutscher 1949-1967*, Berlin 1981, S. 247.

¹⁷ „Die Gewalt als Geburtshelferin der sozialistischen Ordnung wird durch den Widerstand bestimmt, der niedergekämpft werden muss.“ Ebenda.

¹⁸ „... denn zu glauben, die Weltgeschichte ginge glatt und gleichmäßig vorwärts, ohne manchmal Riesensprünge rückwärts zu machen, ist undialektisch, unwissenschaftlich, theoretisch unrichtig.“ (LW, Bd. 22, S. 315.)

¹⁹ *Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki)*, *Kurzer Lehrgang*, Berlin 1951, S. 449. Hier heißt es: „Die Geschichte der Partei lehrt ... Die Partei geht zugrunde, wenn sie ihre Fehler verheimlicht, wunde Punkte vertuscht, ihre Unzulänglichkeiten bemäntelt, indem sie ein falsches Bild wohlgeordneter Zustände zur Schau stellt, wenn sie keine Kritik und Selbstkritik duldet, sich von dem Gefühl der Selbstzufriedenheit durchdringen lässt, sich dem Gefühl der Selbstgefälligkeit hingibt und auf ihren Lorbeeren auszuruhen beginnt.“

„einzigsten Marxisten“ Stalin hergeleitet werden. Dabei geht es nicht um die Machtpolitik der Sowjetunion, die die unvermeidbare Form des Existenzkampfes mit der kapitalistischen Umwelt war, die Hitler das Genick gebrochen hat, sondern darum, dass die Politik und Theorie Stalins – im Unterschied zur Politik und Theorie Lenins – die eigenen Wurzeln der revolutionären sozialistischen Bewegung in Deutschland fast erstickt hätte (Stichwort: „Luxemburgismus“). Als Internationalist, der genau wusste, dass das größte historische Problem der Oktoberrevolution darin bestand, den Übergang von einer eng nationalen zur Weltrevolution zu vollziehen, dem das gewaltige Übergewicht der russischen Partei im Ergebnis des eigenen Sieges und der Niederlage der deutschen Arbeiterklasse in der Novemberrevolution vollauf bewusst war, wirkte Lenin darauf hin, dass auch die Parteien in den anderen Ländern lernen, den Klassenkampf in ihrem Lande nach *eigenem Urteil* zu führen, die russischen Erfahrungen – insbesondere die Jahrzehnte politischer Vorbereitung, des gründlichen Durchdenkens aller Mittel und Wege der Revolution in Russland – *richtig* zu übersetzen. Darin sah er die größte Hilfe für die russische Revolution. Stalin hingegen machte aus den historischen Besonderheiten der ersten sozialistischen Revolution, aus der Rückständigkeit des Landes und dem Ausbleiben der Weltrevolution, die Besonderheit jeder sozialistischen Revolution. Der zur Theorie erhobene „Einlandsozialismus“ bedeutete ideologischen Isolationismus. Er bedeutete, „dass die Zukunft der neuen Sowjetgesellschaft, falls kein Krieg dazwischen käme, völlig unabhängig von den Vorgängen in der Welt sei; und dass der Sozialismus eine nationale, sich selbst genügende, geschlossene Autarkie sein könne und müsse.“ Hinter dieser Vorstellung „stand ausdrücklich die Annahme, dass die Revolutionsaussichten im Westen für lange Zeit geschwunden waren. Das spiegelte zweifellos eine verbreitete Stimmung wieder.“²⁰ Diese Politik muss-

te die westeuropäischen kommunistischen Parteien in die Isolierung führen, was zunächst unerkannt blieb. Als grundlegende Lehre konnte sich nur ergeben, in der kommunistischen Partei das eigene, kritische und selbständige Denken zu entwickeln – und zwar auch im Interesse der Sowjetunion, zu ihrer Verteidigung. Ein Prozess, der überaus widersprüchlich verlief, ohne den es aber nicht gelingen kann, wirklich zu führen – *Vortrupp* zu sein.

Die Geschichte ist eine Geschichte von Klassenkämpfen. Deshalb schadet der kommunistischen Partei nichts so sehr und ist so wenig internationalistisch, wie die Vernachlässigung der eigenen Ausgangsbedingungen des Kampfes um die politische Macht. Hier liegt die Wurzel der Partei – in der internationalistischen Synthese des Marxismus mit der spezifischen Tradition der revolutionären Bewegungen, insbesondere der Arbeiterbewegung (also auch der DDR) – im eigenen Land. Das war Lenins Vorgehen. Von hier aus gilt es zu begreifen, dass die Stalinpolitik Gefahren für die Vereinigung von Arbeiterbewegung und Sozialismus heraufbeschwört.

Der unvergessene Jürgen Kuczynski brachte es auf den Punkt: „Stalin war eine große Gestalt im positiven wie im negativen Sinne“ Er „hat ... zwei große Leistungen vollbracht. Die eine war eine politische: Er hat die Linie der Schwerindustrialisierung der Sowjetunion als Primat gegen alle Änderungsversuche durchgeführt und damit die Basis für die wirtschaftliche und militärische Stärke der Sowjetunion, die Basis für den Sieg gegen den Faschismus geschaffen. Die andere war eine persönliche. Er besaß – noch nach 1945 – das tiefe Vertrauen des Volkes ... Zugleich jedoch hat er dieses Vertrauen, das letztlich auch mit auf die einzigartige Rolle Lenins und die Leistungen der Bolschewiki unter seiner Führung zurückging, auf das schrecklichste missbraucht.“²¹

Werner Roß

Sozialistische Demokratie und linker Dogmatismus

Elementar unter den Marxisten dürften die Macht- und Eigentumsfragen sein. Sie stellen die Grundfeste für eine sozialistische Gesellschaftsordnung dar. Beide bedingen einander und sind für deren Reproduktion unabdingbar. Da es sich hierbei um Kardinalfragen handelt, müssen sie bei der Ursachenanalyse des gescheiterten Sozialismus kritisch hinterfragt werden. Auch bei der Ausprägung eines künftigen Sozialismusbildes muss ihnen der entsprechende Stellenwert zugemessen werden.

Mit der Macht- und der Eigentumsfrage sind weitere gesellschaftliche Problemfelder verknüpft. Eines von ihnen ist die **sozialistische Demokratie**, deren Ausformung in der Vergangenheit mit tragischen Ereignissen in Zusammenhang steht. Bekennermut ist oft schmerzhaft. Er wird aber im Interesse einer tragfähigen Gesellschafts-

strategie gefordert. Das trifft vor allem auf die Deformation der gesellschaftlichen Bereiche zu, die besonders in den 30er Jahren des vergangenen Jahrhunderts den Kulminationspunkt erreichten. Anhand der Demokratie – als Ausdruck der Volkssouveränität – soll der Frage nachgegangen werden, welche Konsequenzen sich aus dem linken Dogmatismus in der Sowjetunion ergeben haben, die auch tiefgreifende Auswirkungen für die anderen europäischen sozialistischen Länder hatten.

Spürbar bittere Folgerungen auf die Gesellschaft mit zerstörerischem Resultat hatten die undifferenzierte Fortführung der Methoden des Bürgerkrieges zur Erziehung und Disziplinierung der Volksmassen. Sie richteten sich nicht nur gegen die Klassengegner, um den Gefahren einer Konterrevolution zu begegnen. Sie fanden auch Anwen-

²⁰ I. Deutscher, a. a. O., S. 82.

²¹ J. Kuczynski, Dialog mit meinem Urenkel, Berlin und Weimar 1983, S. 77, S. 78.

dung auf breite Teile der Bevölkerung, die eigene Partei und die Armee.

Damit wird nicht übersehen, dass Zwangsmaßnahmen im Hinblick auf die Errichtung der Diktatur des Proletariats, zur Bekämpfung der Konterrevolutionäre sowie zur Festigung der Disziplin einfach notwendig sind. Sie ergeben sich aus dem Klassenkampf und der zu entscheidenden Frage „Wer – Wen“. Hier muss der rote Terror dem weißen Terror entgegengesetzt werden. Der unsensible Einsatz von Terrormaßnahmen unter Missachtung von Zeit und Raum führten zweifellos zu einer Destabilisierung der Gesellschaft. Sie erzeugten Angst und Unterwürfigkeit bei den Menschen. Das hatte die Verformung charakterlicher Eigenschaften wie beklemmende Passivität, Selbstverleugnung, Heuchelei, Denunziation, Machtstreben und Entsolidarisierung zur Folge. Sie standen im krassen Gegensatz zu einem anzustrebenden sozialistischen Moralkodex. So wurden Initiativen, kollektives Handeln blockiert und eine Entfremdung zu den sozialistischen Errungenschaften bewirkt. In einem solchen gesellschaftlichen Klima konnten sich bürokratische sowie diktatoriale Strukturen entfalten und trugen zu ihrer weiteren Festigung bei.

Ervin Rozsnyai referiert in seiner Publikation¹, dass „die gespannte innenpolitische Atmosphäre (in der Sowjetunion) jedoch die antibürokratischen Anstrengungen der Zentrale durchkreuzte“². Er verwies darauf, dass es in der Führung von Armee, Polizei und Geheimdienst Verschwörungen gegeben habe. Außerdem hatten die Parteileiter die Sowjetwahlen vernachlässigt. Auf dem Juni-Plenum im Jahre 1937 betonte Molotow – so E. Rozsnyai – „Man muss auch verdienstvolle Revolutionäre kaltstellen, wenn sie auf die Lösung der Tagesaufgaben nicht vorbereitet sind. Jakowlew klagte die ersten Sekretäre an: sie verhindern in der Partei die geheime Wahl, sie setzen die Praxis der Kooptierungen (Ernennungen) fort. Man muss aus der mächtigen Reserve der neuen Kader schöpfen und die korrumpierten und bürokratisierten Elemente ablösen.“³

An der Gesamtsituation ändert sich jedoch nichts. „Selbst Stalin gelang es nicht, Herr der Lage zu werden.“⁴ Mehrere erste Sekretäre forderten von Stalin mit „Nachdruck die Ermächtigung für den Kampf gegen die Verschwörer eine „Troika“ bilden zu dürfen, die ohne einen rechtlichen Beschluss oder richterliches Urteil Verhaftungen durchführen, ja Hinrichtungen durchführen kann.“⁵ Rozsnyai lässt offen, ob ihnen diese Ermächtigung erteilt wurde. Man muss jedoch angesichts der vielen Opfer mutmaßen,

dass dies geschehen ist, und zwar nicht nur auf lokaler Ebene.

Bei den Darlegungen von Rozsnyai kann man sich nicht des Eindrucks erwehren, dass er bemüht ist, jede Schuld Stalins an den Terrormaßnahmen zurückzuweisen, er sich faktisch als Weißwäscher inszeniert. Der Kultstatus von Stalin soll unangetastet bleiben. Die sog. Verschwörungen und Vergeltungsmaßnahmen verstecken sich in der Grauzone. Sie werden in der Mehrzahl von der Verantwortung und der Verantwortlichkeit her den Gebietskomitees zugeordnet, also der nachgeordneten Parteibürokratie. Auch Leiter aus dem technischen und ökonomischen Bereich waren vor Übergriffen nicht sicher. Im Gegenteil, sie waren Repressalien und Verfolgungen ausgesetzt. Diese gerieten außer Kontrolle, so dass die Generalstaatsanwaltschaft der Sowjetunion beauftragt wurde, eine Überprüfung vorzunehmen. Auch Stalin bemühte sich um Korrekturen⁶, indem er im Oktober 1937 erklärte, „dass die sowjetischen technischen und wirtschaftlichen Leiter das Vertrauen und die Anerkennung des Volkes verdient haben.“⁷ Das bedeutete noch nicht allzu viel; denn die Zwangsmaßnahmen gingen wellenartig weiter. Juristische Garantien gab es nicht.

Nun ist die Frage noch nicht beantwortet, was ursächlich für die Terrormaßnahmen war. Gossweiler u. a. führen die Existenz einer fünften Kolonne an, die als Konterrevolutionäre agierte.⁸ Trifft das wirklich den Kern, um bürgerkriegsartige Methoden in diesem Umfang zur Durchsetzung der Diktatur des Proletariats zu praktizieren? Hier muss tiefer gelotet werden. Wie es mir scheint, ging es auch nicht allein darum, die Grenzen zwischen Partei und Staat zu verwischen und die Diktatur des Proletariats durchzusetzen. Es wurde vielmehr die Willkürherrschaft einer kleinen, sich selbst legitimierten Machtelite verwirklicht, zugeschnitten auf die sich ständig erweiternde Machtfülle des Generalsekretärs, Genossen Stalin. Dieser wähnte sich im Besitz alleinseliger Wahrheiten zu sein, ignorierte die Statutenregelungen der Partei und damit die Kompetenzen des Zentralkomitees und Politbüros. Die Trennung zwischen zeitweiligem Amt und persönlicher Macht war völlig aus den Fugen geraten. Hier entwickelte sich eine gefährliche Eigendynamik wie bei den römischen Cäsaren, die der sozialistischen Demokratie nicht nur fremd ist, sondern ihr diametral entgegensteht. Das Volk wurde zunehmend als amorphe, durch diktatoriale Maßnahmen geleitete Masse begriffen. Zugleich erfolgte eine ideologische Indoktrination, die auf einfache Ursachenbenennung und Wahrheiten beruhte und den wissenschaftlichen Sozialismus in seinem geistigen Reichtum

¹ Ausschnitte aus einem Buch von Ervin Rozsnyai, aus dem Ungarischen übersetzt von E. Kornagel mit dem Titel „Warum man es beim rechten Namen nennen muss“, Manuskript.

² a. a. O., S. 17

³ ebenda.

⁴ ebenda.

⁵ ebenda.

⁶ a. a. O., S. 18.

⁷ ebenda.

⁸ K. Gossweiler, Die Entfaltung des Revisionismus in der kommunistischen Weltbewegung, Niederlagenanalyse, Herausgeber offensiv, Juni 2007, S. 90.

verkümmern ließ. Nicht zu übersehen war jedoch, dass sich die Simplifizierung der Gesellschaftswissenschaften nicht durchgängig behauptete. Dazu waren die Lehren von Marx, Engels und Lenin noch allzu lebendig. Andererseits litt natürlich die Bildung als Emanzipationsmedium des Menschen sowie als Motor für die sozialistische Demokratie.

Um die Demokratie nicht völlig aus dem Leben zu verbannen, „reifte“ so Rozsnyai – „die von Stalin und seinen Mitarbeitern⁹ betriebene Demokratisierung zu einem objektiven gesellschaftlichen Bedürfnis heran.“¹⁰ Hier wird auf die fortschreitende Industrialisierung und Kollektivierung in der Sowjetunion hingewiesen. Durch die Bedrohung durch den Faschismus und die Vorbereitungen für den Verteidigungsfall sowie durch innere Konflikte (die nicht benannt werden!) „war es objektiv nötig, ... eine kraftvolle Zentralisierung“¹¹ vorzunehmen.

Nun wissen wir, dass die Demokratisierung nicht unabhängig von Zeit und Raum zu gestalten ist, dass objektive Umstände es notwendig machen, die Gegenpole von Zentralisierung und eigenverantwortlichem Handeln den Volksmassen (aber auch der Wirtschaftseinheiten sowie örtlicher Organe) zeitweilig zu verschieben und der entstandenen Lage anzupassen. Dabei geht es bei der hier vorgenommenen Zentralisierung um die Konzentration von Potentialen. Rozsnyai verfielt die Auffassung, dass die Dialektik von Zentralisierung und Demokratie von den sich „den Demokratisierungsbestrebungen widersetzenden Apparate und Parteileiter“¹² ausgenutzt wurden. „Sie konnten ihre Eigenmächtigkeiten mit dem Schutz der Sowjetmacht begründen und es kann sein, dass sie wirklich in eben diesem Glauben handelten. Aber genau so ist es auch möglich, dass sie bloß ihre Privilegien schützten, ihre Karriere ausbauten, ihre Macht zu persönlichen Abrechnungen benutzten“.¹³ Dieser Befund soll nicht gänzlich angezweifelt werden. Er bedarf aber einer gewissen Relativierung. Kaum anzunehmen ist, dass „Stalin und seine Mitarbeiter“ einen laxen Kontrollapparat hatten. Das widersprach auch den Bestrebungen der eigenen Machtentfaltung und -sicherung. Keinesfalls soll übersehen werden: Das Land ist groß und der (rote) Zar ist weit.

Da – wie angemerkt – die sozialistische Demokratie auf sehr wackligen Füßen stand und wir es hier mit stark zentralisierten Autoritätsstrukturen bis hin zur Feudalisierung des politischen Systems zu tun hatten, scheint es angeraten, hierzu einiges grundsätzlich anzumerken.

Im Manifest der Kommunistischen Partei begründeten Marx und Engels, dass „der erste Schritt in der Arbeiterrevolution die Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse, die Erkämpfung der Demokratie (ist).“¹⁴ Dabei

wurde die Diktatur des Proletariats als ein qualitativ neuer Typ der Demokratie gewertet und auf die Bedeutung des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln als objektive Grundlage für eine wirkliche Volksherrschaft hingewiesen. Diese Beachtung der wechselseitigen Bedingtheit von Macht/Demokratie und Eigentum ist wesentlich für die dynamische Entwicklung beider Komponenten. So knebelt eine ungerechtfertigte Kommandowirtschaft die Demokratie und ist der schöpferischen Initiative der Werktätigen abträglich. Nicht von der Hand zu weisen ist, dass beim Übergang von Kapitalismus zum Sozialismus die Macht in ihrer Äußerungsform der Unterdrückung noch notwendig ist. Sie wird jedoch von der Mehrheit der bisherigen Ausgebeuteten gegenüber einer Minderheit der Ausbeuter wahrgenommen.

Folgerichtig ist, dass die Unterdrückung mit der Einschränkung von Freiheiten verbunden ist. Bereits für den römischen Geschichtsschreiber Tacitus war Macht immer eine Verweigerung der Freiheit. Nun gibt es aber weder Macht noch Freiheit „an sich“, sie sind immer gebunden an bestimmte gesellschaftliche Verhältnisse und eingebettet in die Grundstruktur der Gesellschaft. Schon in der Übergangsperiode von Kapitalismus zum Sozialismus ist die Ausdehnung der sozialistischen Demokratie – wenn auch noch unvollkommen – auf allen gesellschaftlichen Ebenen erforderlich. Die breite Einbeziehung der Volksmassen in das gesellschaftliche Leben, verleiht der Diktatur des Proletariats ein unverwechselbares Merkmal und grenzt sich erkennbar vom Charakter des bürgerlichen Staates ab. Im Übergang vom Sozialismus zum Kommunismus werden Demokratie und Diktatur aufgehoben, weil es keine Kräfte mehr gibt gegen die diktatorische Maßnahmen erforderlich wären, denn es erfolgt das Hinüberwachsen der sozialistischen Staatlichkeit in die kommunistische Selbstverwaltung der Gesellschaft. W. I. Lenin vermerkt hierzu: „Einzig und allein der Kommunismus ist imstande, eine wahrhaft vollständige Demokratie zu bieten, und je vollständiger diese sein wird, umso schneller wird sie entbehrlich werden, wird sie von selbst absterben.“¹⁵ Diese geschichtliche Etappe wird einen längeren Zeitraum beanspruchen als früher angenommen wurde. Eine marxistische Wertorientierung gebietet jedoch im Interesse der Skizzierung des künftigen Sozialismusbildes und für den moralisch-emotionalen Halt der Lohn- und Sozialabhängigen (angesichts der Niederlage des Sozialismus) eine gewisse Modellierung der Demokratisierung gesellschaftlicher Prozesse vorzunehmen. Das muss auch die Polemik gegen den inflationär gebrachten bürgerlichen Demokratiebegriff einschließen, der die Klassenherrschaft des Kapitals verhüllt. In bezug auf das eben Dargelegte ist es in der Auseinandersetzung mit dem Antikommunismus erheblich, die *fehlenden Garantien* für die

⁹ Ist das ein redaktionelles Versehen oder die Übernahme einer fest zementierten politischen Hierarchie in der Ära Stalin. Welche Rolle spielte hier das ZK und das Politbüro?

¹⁰ Rozsnyai, a. a. O., S. 19.

¹¹ ebenda.

¹² ebenda.

¹³ ebenda.

¹⁴ Marx/Engels, MEW Band 4, S. 481.

¹⁵ Lenin, Werke 25, S. 476.

bürgerliche Demokratie offenzulegen. Diese beziehen sich auf politische, ökonomische, soziale und rechtsstaatliche in ihrer juristischen Ausformung. In diesem Zusammenhang muss auf die Aufhebung des Dualismus zwischen den Menschen als Staatsbürger und Privatperson sowie auf die Beseitigung des Widerspruchs zwischen „politischer Freiheit“ einerseits sowie der ökonomischen Ungleichheit und Ungerechtigkeit andererseits aufmerksam gemacht werden. Zugleich gilt es Lehren aus eigenen Defiziten und Fehlern zu ziehen. Das schließt in sich ein, dass es kein Zurück zur stalinschen Deformation der Gesellschaftspolitik und zu der diktatorischen Machtausübung gibt. Nicht zu übersehen ist, dass hier eine Quasi-Linienführung von Stalin bis zum Verrat des Sozialismus durch Gorbatschow/Jelzin zu ziehen ist. Deshalb muss energisch der Versuch zurückgewiesen werden, Chruschtschow als Leitfigur des Revisionismus aufzubauen und somit die wahren Ursachen für die Verunglimpfung sozialistischer Ideale zu verschleiern.¹⁶ Chruschtschow war dem Grunde nach nicht schlechter, aber auch nicht besser als all die anderen Repräsentanten der Machtausübung seit dem Tode Lenins. Seine Abrechnung mit Stalin auf dem XX. Parteitag war nicht von prinzipieller Natur, sie war ein Indiz einer Moralheterik. Hier handelt es sich im Hinblick auf den Personenkult lediglich um eine ethische Wertung und nicht um die fundamentale Auseinandersetzung mit linken dogmatischen Auffassungen, die zu Verwerfungen ganzer gesellschaftlicher Bereiche führten. Chruschtschow konnte diese Aufgabe auch deshalb nicht leisten, weil er viel zu tief in das stalinsche System verstrickt war und Alternativen in der Gesellschaftsstrategie nicht anzubieten hatte. So blieb es bei einer „politischen Rolle rückwärts“. Das bezog sich ebenfalls auf die sozialistische Demokratie.

Diesbezüglich gilt es einige Fragen prinzipiell neu zu durchdenken, zumal die Demokratisierung mit vielen Politikfeldern eng verflochten ist. Sicher gibt es mehrere Denkmöglichkeiten zur Wegsuche dieser politisch sensiblen Thematik. Auf eine soll in Form von Problemfragen verwiesen werden:

1. Demokratie ist ohne Freiheitsgewinn des Einzelnen nicht denkbar

Damit stellt sich die Frage nach den Grundrechten unter sozialistischen Bedingungen, die in Abgrenzung zu den bürgerlichen Freiheitsrechten qualitativ andere Realisierungsmöglichkeiten aufweisen. Das bezieht sich insbesondere auf die Garantien ihrer Verwirklichung, wobei in erster Linie die ökonomischen und sozialen hervorzuheben sind, denn der Widerspruch zwischen den politischen Freiheitsrechten und der ökonomischen Ungleichheit und Ungerechtigkeit ist in der Regel aufgehoben.

Es versteht sich, dass es auch im Sozialismus keine unbegrenzte Freiheit geben kann. Deshalb muss diese den

Feinden der Demokratie und des Sozialismus verwehrt werden. Auch hängt der Freiheitsraum des Einzelnen von neu herangereiften Entwicklungsbedingungen im innerstaatlichen Rahmen und von internationalen Gegebenheiten ab.

Wie unterschiedlich die Frage nach den Persönlichkeitsrechten beantwortet wird, zeigt die Sichtweise des Ikonen der sozialen Marktwirtschaft, Ludwig Erhard, der als „eine der wichtigsten aller demokratischen Freiheiten die freie Konsumwahl neben der freien Berufswahl“ wertet.¹⁷ Die Rechte auf Arbeit, soziale Sicherheit, auf einen angemessenen Lebensstandard, Gesundheitsvorsorge und Bildung werden ausgespart.

Abgeleitet von den Menschenrechten sind auch die Grundrechte unteilbar. Sie sind gleichwertig. Für sie trifft das Prinzip der Universalität zu, d. h. wirtschaftliche, politische, soziale und kulturelle Rechte sind ebenbürtig. Mit dem Hinweis darauf, dass wirtschaftliche und soziale Grundrechte nicht justiziabel sind, dafür aber die klassischen politischen Freiheitsrechte wie Informations- und Meinungsfreiheit, werden in den kapitalistischen Ländern wirtschaftliche und soziale Grundrechte weitgehend kassiert oder sie werden vollmundig proklamiert und in der Realität nicht garantiert.

Zweifellos müssen auch im Sozialismus politische Grundrechte kodifiziert werden, wobei diese immer mehr in Richtung demokratischer Mitwirkung bei der Entscheidungsfindung der Legislative und Exekutive tendieren. Wir haben es hier also mit einer vom demokratischen Zentralismus abgeleiteten Fragestellung zu tun.

2. Demokratie muss öffentlich sein

Ein Grundsatz der sich gegen jede Geheimniskrämerei politischer Führungsgremien richtet, zumal die Mündigkeit des Bürgers und seine durch die Bildung geförderte Entscheidungsfähigkeit dringend gefragt sind. Ohne diese Transparenz ist die Demokratie steril und eine Optimierung gesellschaftlicher Prozesse nicht möglich.

3. Plebiszitäre Entscheidungsmacht

Bei Grundsatzentscheidungen, die das Leben der Bürger wesentlich tangieren, sollten Volksinitiativen, Volksbefragungen und Volksentscheidungen verfassungsrechtlich – auch unter den Aspekten ihrer Bindewirkung für die gesetzgebende und die ausführende Gewalt – verankert werden. Plebiszitäre Elemente sind ein wichtiges Instrument zur Beförderung der Einheit von gesamtgesellschaftlichen, kollektiven und individuellen Interessen.

4. Demokratisierung der Wirtschaft

Auf diese Problematik wurde bereits bei den anzustrebenden radikal-demokratischen Reformen im Kapitalismus – Übergangsforderungen – aufmerksam gemacht.¹⁸ Unter

¹⁶ K. Gossweiler, a. a. O., S. 87 ff. Ausführlicher: „Wider den Revisionismus“, Verlag zur Förderung der wissenschaftlichen Weltanschauung – Stefan Eggerdinger Verlag München 1997, S. 37 ff.

¹⁷ Marktwirtschaft im Streit der Meinungen, Rede Ludwig Erhards vor dem 2. Parteikongress der CDU der britischen Zone, Recklinghausen, 28. August 1948, in Gedanken, Reden und Schriften – ausgewählt und herausgegeben von Karl Hohmann, 1988 By ECON Verlag GmbH, Düsseldorf, Wien und New York, S. 84.

¹⁸ Vgl. den Beitrag des Verfassers in Topos, Heft 26, Oktober 2006, S 85 ff.

sozialistischen Verhältnissen erhält die Thematik einen völlig anderen Zuschnitt. Eine vorzunehmende Modellierung muss sich auf die Beziehungen zwischen der zentralen staatlichen Leitung und eigenverantwortlichem Handeln der Wirtschaftseinheiten zur optimalen Gestaltung des Volkseigentums beziehen. Anders ist die Effizienz technisch-ökonomischer Prozesse mit ihren sozialen Auswirkungen nicht möglich.

Diskussionsbedarf besteht auch in der Frage, wie eine Entfremdung des Werktätigen von seinem Betrieb nicht zugelassen werden darf. Sicher wäre eine Mitbeteiligung am vom gesamtgesellschaftlichen Eigentum relativ abgegrenzten Vermögen der Wirtschaftseinheit kein gangbarer Weg. Anders steht die Frage bei der zu normierenden kollektiven und individuellen materiellen Interessiertheit. Die politische Klammer muss immer die Herausbildung des Eigentümerbewusstseins für das gesamte Volkseigentum sein. Andere gedankliche Ansätze üben eine Sprengfunktion im Hinblick auf die Einheit von gesamtgesellschaftlichen, kollektiven und individuellen Interessen aus.

5. Die Demokratisierung innerhalb der marxistischen Partei

Mit dieser Schlüsselfrage, die für die Gestaltung des Sozialismus entscheidend ist, werden einige Grundsatzprobleme aufgeworfen. In diesem Zusammenhang gilt es Schlussfolgerungen aus der stalinschen Deformierung der Partei von neuem Typus im Leninschen Sinne und für das künftige Sozialismusbild zu ziehen. Linksdogmatische Vorstellungen können die Auffassungen von einem Sozialismus im 21. Jahrhundert diskreditieren und seine Anziehungskraft für die Volksmassen schwerwiegend beschädigen. Damit die marxistische Partei ihrer politischen Führungsaufgabe gerecht werden kann, bedarf es **erstens** der Abgrenzung von staatlicher Machtausübung und der der Partei wesenseigenen politisch-ideologischen strategischen Arbeit. Partei und Staat üben zweifellos arbeitsteilige Aufgaben im Rahmen der Diktatur des Proletariats aus. Ihre grundsätzlichen Verantwortungsbereiche sind verfassungsrechtlich festzuschreiben.¹⁹

Ein **zweiter Leitsatz** für eine marxistische Partei ist meiner Auffassung nach, dass sie keine Strömungspartei sein darf und der Pluralismus á la sozialdemokratischer Ausrichtung abzulehnen ist. Das resultiert schon aus der anzustrebenden Einheitlichkeit bei der Lösung gesellschaftlicher Aufgaben. Ein anderer nicht zu vernachlässigender Aspekt sind jedoch Diskussionen, freie Meinungsbildung, Alternativvorschläge ihrer Mitglieder einschließlich ihrer Gremien zu befördern sowie Denkverbote strikt auszuschießen.

Drittens: Der demokratische Zentralismus ist tragendes Leitungsprinzip für ihre Tätigkeit. Der Organisationsaufbau sowie die Kompetenzen und die Kommunikationsli-

nien sind statutarisch festzulegen (Parteitag, Zentralkomitee, Politbüro, Generalsekretär, dezentral: bis zu den Grundorganisationen).

Wahrhafte sozialistische Demokratie setzt in der Partei voraus:

a) Direkte Wählbarkeit der Funktionäre für einen festzulegenden Zeitraum.

b) Grundsätzlich keine Funktionsausübung auf Lebenszeit²⁰, temporäre Begrenzung des Mandats, um persönliches Machtstreben, Vettern- und Günstlingswirtschaft, Routine sowie politisch-geistige Innovationslosigkeit auszuschalten. Das betrifft insbesondere den Vorsitzenden und den Generalsekretär der Partei.

c) Demokratisierung der Partei sind ohne Gegenmacht und Gegenkontrolle undenkbar. Diese haben die Mitglieder und die gewählten Organe als Machtkorrektive zu garantieren. Eine Abberufung von Funktionen ist statutarisch unter Festlegung der hierfür geltenden Voraussetzungen zwingend vorzuschreiben.

d) Kollektiver Führungsstil auf allen Ebenen bei gleichzeitiger Verantwortung und Rechenschaftslegung. Einbeziehung der Mitglieder in die Entscheidungsfindung übergeordneter Organe.

6. Zur Dreigewaltenteilung

Marx und Engels machten mehrfach unter Bezugnahme auf den bürgerlichen Staat darauf aufmerksam, dass die Dreigewaltenteilung nichts anderes ist als die arbeitsteilige Verwirklichung der Machtverhältnisse der Bourgeoisie zur Wahrung des Gesamtinteresses der Kapitalistenklasse, unbeschadet einzelner Fraktionskämpfe.²¹ Lenin sah in dieser Verteilung der Macht die Verschleierung des Klassencharakters und der Diktatur des Kapitals.²²

Die Jakobiner brachen in ihrer Verfassung von 1793 mit dem Gedankengut von Montesquieu, dem Begründer der Dreigewaltenteilung (die eigentlich auf Aristoteles zurückgeht), in dem sie im Artikel 25 kodifizierten: „Die Souveränität steht dem Volke zu. Sie ist einheitlich und unteilbar, unverjährbar und unveräußerlich.“ Auch die Pariser Kommune (1871) trat für eine uneingeschränkte und unteilbare Macht des Proletariats ein. Sie ging davon aus, dass die Volksvertretung eine gesetzgebende und arbeitende Körperschaft sein muss. Gleiches traf für die Bolschewiki in Russland zu, deren Forderung es war: „Alle macht den Sowjets“. Durch Stalins Machtmonopolisierung auf eine kleine Elite und dann auf sich selbst wurde dieser Grundsatz weitgehend aufgehoben.

Es besteht kein Zweifel, dass das Axiom der Diktatur des Proletariats in der Übergangsperiode und beim Aufbau des Sozialismus unerschütterlich ist. Hier gibt es keine Dispositionsfreiheit. Unter den Bedingungen eines sich entwik-

¹⁹ Vergessen wir nicht: Eine der ersten Forderungen der Konterrevolution zur Zerstörung des Sozialismus war die Beseitigung der führenden Rolle der Partei aus der Verfassung der DDR. Dieser Grundsatz darf nie zur Disposition stehen.

²⁰ Grundsätzlich wird hier im juristischen Sinne als dem Grunde nach verstanden. Ausnahmen sind möglich (z. B. bei einer außergewöhnlichen Persönlichkeit. Fidel Castro ist dafür exemplarisch).

²¹ Marx/Engels, MEW Band 5, S. 194.

²² Lenin, Werke, Band 25, S. 405.

kelnden sozialistischen Gesellschaftssystem muss die Frage beantwortet werden, ob die Dreigewaltenteilung auch unter den qualitativ neuen gesellschaftlichen Prämissen eine Existenzberechtigung hat. Allein der Begriff führt schon zu Irritationen. Fest steht: Die Gewalt kann nicht geteilt werden, denn es geht um den Erhalt und die Festigung der Macht auf der Grundlage der Diktatur des Proletariats. Was bleibt dann noch übrig, was ist zu teilen? Hier handelt es sich um eine Fragestellung, die zugeschnitten auf die sozialistischen Machtverhältnisse wenig thematisiert wurde. Nun wissen wir, dass die Optimierung gesellschaftlicher Verhältnisse nur möglich ist unter den Voraussetzungen eines sozialistischen Verfassungsstaates, der Oberhoheit des Gesetzes, der Wahrnehmung der kodifizierten Zuständigkeitsbereiche der Legislative, der Exekutive und der Judikative, der Sicherung der subjektiven Rechte der Individuen und ihrer Kollektive. Der sozialistische Rechtsstaat muss Maß für die Politik aller Organe der Gesellschaft sein. Rechtsstaatlichkeit verlangt auch einen arbeitsteiligen Prozess, der

- die Abgrenzung der Verantwortungsbereiche der Struktureinheiten in sich einschließt.
- Kompetenzbegrenzung, Gegenkontrolle, Korrekturmechanismen umfasst.

Robert Steigerwald

Debatte: Über „Revisionismus“ und „Revisionismus-Kritik“ in junge Welt und anderswo

Um eine zukunftsfähige kommunistische Politik

„Nach Lenin ist der sozialistische Staat stark, wenn die Massen alles wissen, über alles urteilen können und alles bewusst tun.“

Kurt Gossweiler; Interview in junge Welt vom 3./4. November 2007

In den 60er und 70er Jahren des 20. Jahrhunderts gab es zwischen der Sowjetunion, der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) sowie der Volksrepublik China und der KP China eine heftige Diskussion, in der beide Seiten mit kräftigen Worten aufeinander eindroschen: „Revisionismus“, „Trotzkismus“, „Verrat am Marxismus-Leninismus“ und was es dergleichen an „Wertungen“ gab (und gibt). In Wahrheit ging es nicht um entsprechende Inhalte. Der Kern der Auseinandersetzung war: Zwei kommunistische Großmächte kämpften um die Vorrangstellung in der kommunistischen und Arbeiterbewegung. In der Bundesrepublik Deutschland fand das seine Widerspiegelung in der Politik promaoistischer Gruppen, Organisationen und Parteien, die in den 60er Jahren die illegale KPD, später, nach deren Gründung 1968, die DKP bekämpften und gegen den Sozialismus in Europa unter dem Banner des „Kampfes gegen den Revisionismus“ auftraten.

- die Eigeninitiative der Bürger fördern muss.

Das macht einen adäquaten juristischen Funktionsmechanismus notwendig auch unter Einschluss einer – wie es mir scheint – Verwaltungs- und Wirtschaftsgerichtsbarkeit. Wir benötigen im Vergleich zu dem vergangenen Sozialismus eine qualitativ neue Sichtweise, die von der sozialistischen Demokratie diktiert wird. Das trifft sowohl für die marxistische Partei als auch für den sozialistischen Staat, für die Legislative, die Exekutive sowie die Justiz zu, die zur Wahrnehmung der subjektiven Rechte der Bürger und der Kollektive, ihren spezifischen, festumrissenen Platz haben müssen.

Resümee

Die Problematik „Sozialistische Demokratie“ umfasst eine Bandbreite noch offener, diskussionswerter Fragen, deren Beantwortung für das zu konzipierende Sozialismusbild unerlässlich ist. Teilweise sollten Aspekte dieser brisanten, die Volksmassen inspirierenden Thematik schon heute bei den zu erarbeitenden Übergangsforderungen sichtbar gemacht werden, zumal die radikal-demokratischen Reformen in Überwindung des Kapitalismus an den Sozialismus heranreichen müssen.²³

Der „Antirevisionismus“

Die Debatte wird derzeit über mehrere Stränge geführt: Durch Beiträge in der jungen Welt (siehe den Artikel von Renate Münder in jW vom 7. und 8. August), in der Zeitschrift *offen-siv*, durch Aufsätze in zwei Publikationen, die Hans Heinz Holz herausgibt, T&P (Theorie und Praxis) und *Topos*, und in der KAZ (Kommunistische Arbeiter-Zeitung).

Methodisch wird diese Diskussion nach der Devise „Haltet den Dieb, ich oder meine Vorbilder bin/sind es nicht gewesen“ geführt. Damit soll einer gründlichen, beweisenden, kritischen Auseinandersetzung über die Zeit, da Stalin an der Spitze nicht nur der KPdSU und der Sowjetunion, sondern der kommunistischen Weltbewegung stand, entgegen werden.

Ein „Ersatz“ für den „alleinschuldigen“ Josef Stalin (1878–1953) wurde gefunden: Es sollen Nikita Sergejewitsch Chruschtschow (1894–1971), der von September 1953 bis Oktober 1964 an der Spitze der KPdSU stand, und der XX. Parteitag der KPdSU 1956 sein. Damit wird davon abgelenkt, welche Lehren aus der Geschichte des Kommunismus notwendig zu ziehen sind, um Verhaltens- und Denkweisen sowie Strukturen zu überwinden, die dem humanistischen Anspruch unserer Idee und Weltanschauung widersprechen, und um eine zukunftsfähige kommunistische

²³ I. Wagner, Das Übergangsprogramm heute, marxistisches Forum, Heft 53, Januar 2007, S. 2 ff.

Politik unter heutigen Bedingungen zu entwickeln. Darum geht es. Das ist der Kern der gegenwärtigen Auseinandersetzungen.

Damit wirken die Autorinnen und Autoren nicht für die Stärkung des Kommunismus, denn wer seine „Krankheiten“ nicht heilt oder heilen lassen will, der schwächt sich selbst!

Der Kern der Argumente der „Revisionismuskritiker“ besteht in folgendem: Die zu kritisierende Politik sei a priori klassisch opportunistisch und klassisch revisionistisch, weil sie auf der Leugnung des Klassenkampfes beruhe und auf Klassenzusammenarbeit orientiere. Dazu werden einige „Lieblingsthemen“ bemüht:

1. Chruschtschows These von der Sowjetunion als eines Staates des ganzen Volkes gab die Klassenorientierung preis;
2. desgleichen die von ihm praktizierte Politik der friedlichen Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung;
3. der XX. Parteitag hat die ideologisch-politische Entwaffnung der kommunistischen Bewegung eingeleitet, die schließlich zum Zusammenbruch der sozialistischen Staaten und zahlreicher kommunistischer Parteien führte. Staat und Koexistenz

Was bleibt von diesen „Argumenten“ übrig, wenn die Fakten geprüft werden? Erstens: Stalin betonte im Jahre 1936, dass die Arbeiterklasse des Sowjetlandes kein Proletariat mehr sei, da sie die Produktionsmittel besitze. Er betonte sowohl 1936 in seiner Rede über die neue sowjetische Verfassung als auch in seinem Referat auf dem XVIII. Parteitag der KPdSU (1939, im Abschnitt über Fragen der Theorie), dass die Ausbeuterklassen verschwunden seien, und da es keine Ausbeutung mehr gebe, gebe es auch niemanden mehr, der zu unterdrücken sei. So nachzulesen auch in „Fragen des Leninismus“ (Moskau 1967, S.727). Man habe jetzt einen völlig neuen, sozialistischen Staat, wie ihn die Geschichte noch nicht gekannt habe (ebd., S. 728). Das ist – unabhängig von der Verfassungsrealität – offensichtlich dieselbe Argumentation wie die Chruschtschows für seine These vom „Staat des ganzen Volkes“.

In der Rede zur Verfassung setzte sich Stalin in gleicher Weise mit Vorschlägen zur Änderung des Textes auseinander. Er kommt auf die Geistlichen, die ehemaligen Weißgardisten, alle „Ehemaligen“ und Personen, die sich nicht mit gemeinnütziger Arbeit befassen (ebd., S. 643), zu sprechen. Es habe Zeiten gegeben, in denen sich diese Elemente im offenen Kampf gegen die Sowjetmacht befunden hätten. Seitdem sei nicht wenig Zeit vergangen (ebd., S. 641). Er fragte, ob sich solche Elemente nicht in die oberen Organe des Landes einschleichen könnten und weist diese Vermutung mit recht gründlichen Argumenten zurück.

Zweitens: Im Gegensatz zu den antirevisionistischen Märchen, auf dem XX. Parteitag der KPdSU habe man allein den friedlichen Weg zum Sozialismus gepredigt und aus der Politik der friedlichen Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung die Zusammenarbeit von

Sozialismus und Imperialismus hergeleitet, enthalten die Beschlüsse des XX. Parteitages

- die Festigung der Beziehungen zwischen den sozialistischen Staaten;
- Grundsätze der Entwicklung solidarischer Beziehungen zu den vom Kolonialjoch befreiten Staaten und der Unterstützung der Arbeiterbewegung in der Welt;
- das Festhalten an der Leninschen Politik der friedlichen Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung;
- eine eindeutige Position zur entschlossenen Verteidigung des Friedens und Stärkung der Verteidigungskraft des Landes.

Die friedliche Koexistenz wird in den Beschlüssen und in folgenden Dokumenten der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung als Form des Klassenkampfes auf internationalem Gebiet bezeichnet. Sie schließe eine Versöhnung von sozialistischer und imperialistischer Ideologie aus, diene dazu, einen atomar geführten Krieg zu vermeiden, was auch bedeute, Streitfragen möglichst durch Verhandlungen zu lösen. Das Recht eines jeden Volkes, über seine Entwicklung selbst zu entscheiden, wurde unterstrichen, Export der Revolution nach wie vor abgelehnt. Der Sozialismus könne nur aus der Entwicklung der inneren Widersprüche eines Staates hervorgehen.

Völlig neu war die These nicht, dass es unter den neuen Kräfteverhältnissen möglich sei, einen Weltkrieg zu verhindern. Stalin selbst hatte in Interviews erklärt, es sei möglich, einen neuen Weltkrieg zu verhindern, wenn die Völker den Imperialisten in den Arm fallen. Der XX. Parteitag hob in diesem Sinne hervor: Angesichts der Entwicklung des sozialistischen Lagers sei der Imperialismus nicht länger allein bestimmend auf der Welt. Folglich bestehe die Möglichkeit, den Imperialismus an der Auslösung eines Krieges zu hindern. Seine Aggressivität sei nicht zu leugnen, nur könne er nicht mehr allein den Gang der Weltgeschichte bestimmen. Aber das erfordere, dass die Friedenskräfte weltweit mit aller Kraft den Kampf gegen den Imperialismus entfalten.

Verwiesen wurde auch darauf, dass es unterschiedliche Formen und Wege des Übergangs zum Sozialismus geben könne, dass es nicht unbedingt eines Bürgerkrieges bedürfe. Das Lager der in den Kampf gegen den Imperialismus, für den gesellschaftlichen Fortschritt eingreifenden Klassen und Schichten könne so ausgeweitet werden, dass es zur Isolierung der imperialistischen Kräfte komme. Das bedeute nicht zu leugnen, dass der Kampf für den gesellschaftlichen Fortschritt auf den bewaffneten Widerstand reaktionärer Kräfte stoßen und folglich zum Bürgerkrieg führen könne. Die Kommunisten müssten folglich bereit sein, unterschiedliche Kampfformen zu beherrschen, darunter auch die parlamentarischen.

Hier sei auch noch angeführt, dass die Klassiker des Marxismus den friedlichen Weg nicht unter allen Umständen abgelehnt oder für unwahrscheinlich gehalten haben. Die Kommunistische Partei Großbritanniens hatte bereits Jahre zuvor, noch zu Stalins Zeit und mit dessen Zustimmung, ein

Parteiprogramm des parlamentarischen, also friedlichen Wegs zum Sozialismus beschlossen, doch zu diesem Stalinschen „Revisionismus“ gibt es seitens der „Anti-Revisionisten“ kein kritisches Wort!

Man kann an den Beschlüssen des XX. Parteitages kritisieren, dass die internationale Lage nicht real genug eingeschätzt wurde, dass im Gefühl der eigenen Stärke die des Imperialismus und dessen Bereitschaft, sich mit den gegebenen Bedingungen keinesfalls abzufinden, unterschätzt wurde. Man kann spätere Illusionen und Irrtümer kritisieren. Aber nicht die grundsätzliche Position.

Auch wurden die eigenen Entwicklungsressourcen viel zu optimistisch eingeschätzt. Eine Reihe von großspurig verkündeten Grundsätzen – etwa jener, dass jede Partei in eigener Verantwortung über den eigenen Weg bestimmen könne, oder die Thesen, die sich auf die Gestaltung der Beziehungen zwischen den kommunistischen Parteien beziehen – wurde in der Realität weitgehend missachtet. Die Kompliziertheit der historischen Prozesse in der „dritten Welt“ wurde nicht realistisch beurteilt, sondern ohne weiteres als Weg nichtkapitalistischer, sozialistischer Entwicklung gewertet. Die Darstellung der eigenen Parteigeschichte wurde nach 1956 zwar von allzu groben Entstellungen und Verfälschungen gereinigt, dies geschah jedoch nur halbherzig und nicht mit der für die weitere Entwicklung des Sozialismus notwendigen Konsequenz.

Diese Mängel ergaben sich nicht aus revisionistischen Positionen. Klassenkampf wurde nicht geleugnet, auf Klassenzusammenarbeit nicht orientiert. Sie waren vielmehr Ausdruck von Inkonsequenz, sicher auch von Feigheit, aber vor allem von mangelnder Analyse der tatsächlichen historischen Entwicklung. Letztlich waren sie ein Resultat des Zurückbleibens in der theoretischen Arbeit, eines Zurückbleibens, zu dem es lange vor dem XX. Parteitag gekommen war. Um nur ein Beispiel zu nennen: Wer die theoretischen Debatten in der Sowjetunion über das Verhältnis von Theorie und Praxis, über die Gesetzesproblematik, über Fragen der Dialektik und zu philosophischen Fragen der Wissenschaften (Relativitätstheorie, Quantenmechanik) in den 20er und 30er Jahren verfolgt, stößt auf stürmische, fruchtbare Diskussionen. Nach 1934/35 brachen sie für viele Jahre ab. Das geschah gewiss nicht, weil die weltanschaulich relevanten Fragen ausdiskutiert waren ...

Die Mängel in der theoretischen Arbeit, die Vereinfachungen und Dogmatisierungen sollten sich – trotz Korrekturen und theoretischer Fortschritte in anderen Bereichen – in der weiteren Arbeit auf dem Felde der Theorie und Ideologie negativ auswirken. Komplizierte Erkenntnis- und reale Entwicklungsprozesse wurden vereinfacht dargestellt. Daraus resultierten Illusionen. Es gab vor allem eine ungenügende Analyse des Imperialismus. Trotz gegenteiliger Versicherungen wurde auch die Position beibehalten, es gebe im Grunde nur den sowjetischen Entwicklungsweg des Sozialismus. Eine wirkliche Analyse der Prozesse in den Volkdemokratien sowie in vom Kolonialjoch befreiten Ländern fand nicht statt.

Was die auf dem XX. Parteitag in öffentlicher und nichtöffentlicher Sitzung vorgenommene Auseinandersetzung mit der Stalin-Periode angeht, so mangelte es an einer gründli-

chen geschichtlichen Erforschung der Bedingungen, die zu den kritisierten Verhältnissen geführt hatten. Die im Referat Chruschtschows untersuchte Zeit von 1934 bis 1953 war zu sehr begrenzt, um die tatsächlichen historischen Bedingungen genauer zu erfassen. Einige Mängel dieser Art wurden im Beschluss des ZK der KPdSU vom Juni 1956 korrigiert. Darin wurde mehr auf längerfristig wirksame, geschichtliche Hintergründe und objektive Entwicklungsbedingungen des Landes, auf den dadurch veränderten Charakter der Partei verwiesen, und es wird Stalins Wirken in dieses Beziehungsgeflecht eingefügt.

Folgen des XX. Parteitags

Aber es ist zu fragen, warum sich das ZK nur ein Vierteljahr nach dem Parteitag genötigt sah, einen solchen Beschluss zu fassen. Dies weist darauf hin, dass das ZK der KPdSU mit der Art der Auseinandersetzung zur Stalin-Periode, wie sie auf dem XX. Parteitag erfolgte, offenbar auch seine Probleme hatte.

Was diese Kritiken angeht, muss man sich in die damalige Lage versetzen. Es wäre unmöglich gewesen, eine deutliche Kritik an der Geschichte der Partei und des Staates in breiter Öffentlichkeit vorzubereiten und danach zu entwickeln. Der Apparat der Partei und des Staates war noch fest in der Hand von Kräften, die an den Untaten der Stalin-Ära selbst aktiv beteiligt waren. Unter solchen Bedingungen war an eine gründliche wissenschaftliche, theoretische Analyse und Vorbereitung der Rede gar nicht zu denken, ganz davon abgesehen, ob die dieses Vorhaben vorbereitenden Kräfte (Nikolai Bulganin, Georgi Shukow, Jekaterina Furzewa, Iwan Serow usw. unter Nutzung der bereits ein Jahr zuvor durch eine Kommission unter Leitung von Wjatscheslaw Molotow und Pjotr Pospelow erarbeiteten Materialien) dazu überhaupt fähig gewesen wären. Chruschtschow arbeitete mit genau den Methoden, die es in den letzten Jahrzehnten der Führung des Landes durch Stalin gab.

Der XX. Parteitag bewirkte zweifelsohne auch, dass sich in einigen kommunistischen Parteien aus verschiedenen Gründen zunächst Tendenzen, später regelrechte Bewegungen weg von der KPdSU, weg von der internationalen Zusammenarbeit der Kommunisten, schließlich eine Orientierung auf den sogenannten Eurokommunismus, auf nationale Borniertheiten herausbildeten. Die Enthüllung der im Gefolge der Field-Affäre (darauf wird im zweiten Teil eingegangen) verübten Verbrechen hat durchaus zur Entfremdung nicht nur einzelner Kommunisten, sondern ganzer Parteien von der Sowjetunion beigetragen.

Inwieweit dabei die damals insgesamt völlig unbefriedigende Situation auf dem Gebiet der Ideologie und der Theorie eine Rolle gespielt hat, wäre auch zu prüfen, wenn von Quellen des Revisionismus die Rede sein soll. Dass Italienische KP (IKP) und Französische KP (FKP), die lange Zeit mit beträchtlichem Potential gleichsam Gewehr bei Fuß standen, krampfhaft nach Bewegungsmöglichkeiten suchten (und offenbar unmittelbar nach 1945, als es in ihren Ländern andere Entwicklungsmöglichkeiten gab, aufgrund der Abkommen zwischen den Großmächten und deren Interessenlagen alleingelassen wurden), ist ihnen nicht vor-

zuwerfen. Aber wenn sie bei diesem Suchen im Laufe der Zeit zu revisionistischen Positionen gelangten, hing das auch mit dem niedrigen Niveau der theoretischen Arbeit in diesen langen Jahren zusammen. Da hatte man sich z. B. „seinen“ Gramsci zurechtgebogen, aus seiner wichtigen und richtigen Konzeption des Ringens um Hegemonie gefolgert, wenn man diese erreiche, könne man auf den Sturm gegen den Staat verzichten – und so verschwand nicht nur der Terminus, sondern der Inhalt der Marxschen Auffassung von der Diktatur des Proletariats aus dem Arsenal kommunistischer Parteien. Zu erinnern ist an Santiago Carrillos Buch „Eurokommunismus und Staat“ (1977) und an Neufassungen des Parteiprogramms der FKP.

Während wir westdeutschen Kommunisten uns jedoch in den 60er und 70er Jahren heftig mit dem Revisionismus in all seinen Versionen, gerade auch dem Eurokommunismus, auseinandersetzten, ebenso mit dem Zwillig des Revisionismus, dem Dogmatismus, und mit promaoistischen Parteigängern in der alten Bundesrepublik, wir uns also nicht damit begnügten, parteilos über Strömungen und Tendenzen im Neomarxismus zu schreiben, standen in der BRD die promaoistischen Gruppen (die unbehelligt die im Verbotsurteil gegen die KPD von 1956 als strafwürdig festgehaltenen Termini Marxismus-Leninismus, Diktatur des Proletariats, demokratischer Zentralismus usw. benutzen konnten) nicht etwa in diesem Kampf an unserer Seite, sondern griffen uns geifernd und extrem antisowjetisch und antisozialistisch an.

Es kann gar kein Zweifel daran bestehen, dass die Enthüllungen des XX. Parteitags dem Ansehen der KPdSU und, darüber hinaus, der gesamten kommunistischen Bewegung schwer geschadet haben. Man sollte aber Ursache und Wirkung nicht verwechseln. Haben die kritisierten Untaten oder deren Kritik der Partei geschadet?

Die Antwort ist eindeutig: Es waren die Untaten, die Verfolgungen, die Verbrechen, nicht die Kritik. Diese Kritik war notwendig, die kritisierten Probleme auf Dauer zu verschweigen, war unmöglich, weil das zutiefst dem moralischen Anspruch der Kommunisten widersprochen hätte. Eine Erneuerung und grundlegende Schlussfolgerungen waren nötig. Doch dies erfolgte nur teilweise, blieb inkonsequent, entsprach nicht den realen gesellschaftlichen Erfordernissen.

Friedliche Koexistenz

Renate Münder erzählt in ihrem Aufsatz in der jungen Welt Erstaunliches. Lenin habe die Politik der friedlichen Koexistenz nur auf die Beziehungen zu großen imperialistischen Staaten angewendet sehen wollen. Also wollte er die Beziehungen zu kleinen nichtsozialistischen Staaten eben nicht auf friedliche Koexistenz gründen. Worauf dann? Auf bewaffnete, kriegerische Beziehungen, auf Export der Revolution?

Die Kritik an der Politik der friedlichen Koexistenz wird durch Kurt Gossweiler, Geschichte verfälschend, geteilt.

Für ihn hilfreich ist, dass die Jüngeren im Land nicht erlebten, worüber er im Interview mit der jungen Welt (3./4.11.2007) sprach und viele Ältere es offenbar vergessen haben. Was Michail Gorbatschow bewerkstelligte, dichtet er Chruschtschow an: Der habe die USA für einen vertrauensvollen Partner gehalten. Aber warum hat er dann in nicht gerade sehr diplomatischer Art 1960 ein Treffen mit dem damaligen US-Präsidenten Dwight D. Eisenhower platzen lassen? Als es 1956 zur Suez-Krise kam, als Frankreich und England ihre Truppen gegen Ägypten in Marsch setzten, erinnerte Chruschtschow beide unfein an die sowjetischen Waffen – und sie zogen schleunigst ihre Truppen zurück. Als Kuba nach der Revolution von 1959 mit einer US-amerikanischen Intervention bedroht wurde, stationierte die Sowjetunion auf der Insel Atomraketen. Sie zog diese erst ab, als US-Präsident John F. Kennedy 1962 versicherte, es werde keine solche Intervention geben. Außerdem entfernte Kennedy die in der Türkei stationierten und auf die Sowjetunion gerichteten US-Raketen.

Und wie war das, als der vietnamesische Freiheitskampf tobte? Lieferte China oder die Sowjetunion den vietnamesischen Genossen die Waffen, insbesondere jene, mit denen sie die B-52-Bomber der USA vom Himmel holen konnten? Wer behandelte damals die USA als „vertrauenswürdigen Partner“? Hat die Sowjetunion oder hat China zur Zeit des vietnamesischen Freiheitskampfes führende Vertreter des US-Imperialismus (US-Präsident Richard Nixon, Februar 1972) zum „trauten“ Gespräch empfangen? Es war die Sowjetunion, die Vietnam half, es waren die führenden Vertreter Chinas, die Nixon empfangen. Übrigens reiste Nixon im Mai 1972 auch in die UdSSR. Zur Unterzeichnung des SALT-I-Abkommens¹, jedoch nicht zum „trauten“ Gespräch.

Es ist also eine bloße Erfindung zum höheren Ruhm – und zur nachträglichen Rechtfertigung antisowjetischer und antisozialistischer Positionen – der angeblichen Revisionismus-Kritik, die Sowjetunion hätte zur Einstellung oder mindestens Minderung der antikolonialen Kämpfe aus Angst vor einem Atomkrieg geraten.

Diese Gefahr aber war (und ist) keine bloße Erfindung. Eine verantwortungsvolle, sich nicht auf Abenteuer einlassende kommunistische Politik musste und muss eine solche Gefahr in Rechnung stellen. Das hat mit Revisionismus nichts, aber auch gar nichts zu tun.

Die Politik der friedlichen Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung war die einzig verantwortbare Orientierung, alles andere wäre verbrecherisches Abenteuererturn gewesen. Es gab keine Alternative. Damit wird durch uns nicht behauptet, es hätte in der Durchführung dieser Politik nicht auch Fehler gegeben.

Quellen des Revisionismus

Renate Münder erhob in ihrem Artikel den Vorwurf, der XX. Parteitag sei ein Akt der Konterrevolution gewesen, durchgeführt von Revisionisten, denen es um die Zerstö-

¹ Strategic Arms Limitation Talks (Gespräche zur Begrenzung der strategischen Rüstungen) zwischen den USA und der UdSSR. Die Verhandlungen zu den SALT I-Verträgen begannen am 17. November 1969 in Helsinki. Die weiteren Sitzungen fanden abwechselnd in Wien und Helsinki statt. Erst im Mai 1971 gelang der Durchbruch bei den Verhandlungen über die Begrenzung von Raketenabwehrsystemen (Anti-Ballistic Missiles, ABM). - (junge Welt)

rung der ruhmreichen, von Stalin geprägten Partei gegangen sei. Chruschtschow, Anastas Mikojan, Nikolai Bulganin, Pjotr Pospelow, Pjotr Fedossejew, Wadim Sagladin, Konstantin Tschernenko, Arkadi Jerussalimski und die schlimmen Typen Alexander Jakowlew, Boris Jelzin und Gorbatschow ständen in einer Linie. Man kommt beim Durchzählen leicht auf eine kriegsstarke Kompanie. Die Älteren allerdings, das steht fest, wurden noch auf dem XIX. Parteitag (also unter Stalin) in die KPdSU-Führung aufgenommen. Alle zusammen hätten, müsste man annehmen, durch die „Schule“ des Pionierverbands, des Komsomol bzw. der Partei erzogen sein müssen, im „Leninschen Geist, von Stalin geschweift“. Wie aber war dann möglich, was uns Kurt Gossweiler erzählt: Chruschtschow habe seinen Revisionismus so geschickt in die Materialien des XX. Parteitags geschmuggelt, dass diese Kader überrumpelt worden seien, nichts gemerkt hätten? Warum waren sie nicht auf der erforderlichen ideologisch-politischen Höhe, um einem Parteitag mit wachem Geist zu folgen? Gossweiler hält sie offenbar für blöd, aber wenn sie blöd waren, warum war das so?

Stalin hat in den „Fragen des Leninismus“ zu diesem Problem einmal gesagt: Wenn sich schlechte Personen bei uns durchsetzen, „so wird das bedeuten, dass es um unsere Agitationsarbeit äußerst schlecht steht und wir eine solche Schande durchaus verdient haben“ (S. 643).

Gossweilers Argumentation zerbricht an ihrer Widersprüchlichkeit. Wenn es möglich war, dass innerhalb von drei Jahren nach Stalins Tod eine solche „im Leninschen Geist von Stalin geschweifte“ Partei und der so geprägte Staat durch einen solchen Parteitag komplett überrumpelt werden konnten, so war diese Partei schon vorher nicht mehr das, wofür ihre Verteidiger sie halten. Dann hat der Zersetzungsprozess der Partei nicht erst 1956 begonnen. Oder aber, das wäre die andere Seite des Widerspruchs: Der XX. Parteitag war zwar eine scharfe Wende in der Parteigeschichte, aber keine Konterrevolution. Er war ein notwendiger Parteitag; die Auseinandersetzung, der Bruch war nötig, erfolgte aber aus heutiger Sicht nur inkonsequent, halbherzig. Das bedeutet nicht, von den Mängeln und Fehleinschätzungen des Parteitags einfach abzusehen, aber es geht auch nicht an, das Kind mit dem Bade auszuschütten.

Das Versagen der Partei

Kurt Gossweiler und, ihm folgend, andere machen – wie sie meinen – die Quellen des Revisionismus in der kommunistischen Bewegung (sie behandeln im wesentlichen Europa) aus. An erster Stelle nennen sie Earl Browder (1891–1973), in den 30er und 40er Jahren Vorsitzender der KP der USA, der zum Renegaten wurde. Es wird behauptet, von ihm ausgehend sei durch aus den USA nach Europa heimgekehrte Kommunisten der Revisionismus im Westen Europas in die kommunistischen Parteien eingepflanzt worden. Richtig ist, dass Browder in der kommunistischen Bewegung Europas absolut keine Rolle gespielt hat – ganz

abgesehen davon, dass eine solche personalistische Herleitung einer wirklichen oder vermeintlichen Strömung mit Marxismus nichts zu tun hat.

Es gab aber tatsächlich eine „US-Linie“ für die europäischen Kommunisten, die das Auftreten von Revisionismus begünstigte: Der US-amerikanische Kommunist Noel H. Field (1904–1970) wurde, in Zusammenarbeit von CIA und einem Überläufer des polnischen Geheimdienstes, bei den sowjetischen Behörden denunziert, aufgrund der gefälschten Indizien 1949 verhaftet und unter Folter zu solchen Aussagen gezwungen, dass Prozesse gegen führende Funktionäre (wie in den dreißiger Jahren in der Sowjetunion) in Bulgarien, Ungarn, der Tschechoslowakei und in Polen stattfinden konnten. Einige Dutzend Kommunisten wurden umgebracht, die später alle rehabilitiert wurden. Field erhielt sein Parteibuch zurück und starb als Kommunist.

Gossweiler schweigt sich nicht nur über das umfangreiche Material zu diesem schandbaren Vorgang aus¹, sondern tötet die im Ergebnis dieser Prozesse Ermordeten geistig noch einmal: In seinem „Brief an Robert Steigerwald“ versteigt er sich zu der Ungeheuerlichkeit: „Vielleicht bist Du versucht, jetzt auf die Prozesse gegen Rajk, Kostoff und Slansky hinzuweisen. Aber diese Träger revisionistischer Zielsetzungen wurden durch diese Prozesse daran gehindert, bei späterer Gelegenheit das zu tun, was nach dem XX. Parteitag ihre Brüder im Geiste Gomulka, Nagy und Kadar mit Erfolg taten: ihre Parteien im Geiste titoistischer Vorstellungen zu ›demokratisieren‹“ (in *offen-siv*, Heft 7/2006, S. 40).

Den Historiker Gossweiler muss man fragen, weshalb er sich nicht anhand der umfangreichen zu den Prozessen vorliegenden Materialien ordentlich informierte. Dass die „revisionistischen“ Zielsetzungen nur in den erfolgten „Geständnissen“ der danach Hingemordeten existierten, spielt für ihn keine Rolle. Aber selbst, wenn es solche Zielsetzungen gegeben hätte, so wäre festzuhalten, dass für Gossweiler die Auseinandersetzung mit Revisionismus mittels Todesurteilen zu erledigen war.

Übrigens war ein solcher Prozess auch in der DDR geplant, standen die „Schuldigen“ bereits fest: Paul Merker, Franz Dahlem, Fritz Sperling und andere. Stalins Tod 1953 machte ein solches teuflisches Verfahren in der DDR unmöglich.

Eine weitere Quelle des Revisionismus – so die „Anti-Revisionisten“ – sei Josip Broz Tito (1892–1980), der langjährige Staatschef Jugoslawiens. Tatsache ist: Bis zu den Kominform-Beschlüssen von 1949 zur Verurteilung seiner politischen Positionen war für uns im Westen Tito, dessen erkennbare Eitelkeit uns zwar befremdete, nur als Führer der erfolgreichen jugoslawischen Partisanen bekannt, die ihr Land ohne direktes Eingreifen einer anderen Armee vom Faschismus befreit hatten. Eine titoistische Ideologie gab es bis dahin nicht. Sie wurde durch Autoren wie Edvard Kardelj, Milovan Djilas und andere erst im Gefolge der ideologischen Angriffe auf Jugoslawien „erzeugt“. Da wäre eine Quelle des Revisionismus, aber wer hat sie verursacht?

¹ Zur Field-Affäre siehe Stewart Steven: *Operation Splinter Factor* (London 1974, dt. 1975); zum „Fall“ zahlreiche andere Forschungsarbeiten

² Robert Steigerwald: *Streifzüge durch die Geschichte von KPD und DKP nach 1945 wie sie nicht im Geschichtsbuch steht*, Neue Impulse Verlag, Essen 2007, S. 21 f.

Welche verheerenden Auswirkungen die Kampagne gegen Tito und die „Westemigranten“ für die KPD hatte, darüber kann man sich kundig machen.

Soziale Basis

Bedeutet das alles, dass es keinen Revisionismus im europäischen Kommunismus gegeben hätte? Nein, es bedeutet nur, dass er völlig andere Quellen hatte – z.B. fehlgeleitete Versuche, dem Dogmatismus in der kommunistischen Bewegung zu entkommen – und auf ganz andere Weise auftrat. Um das zu verstehen, muss man sich mit gewissen sozioökonomischen, sozialen Prozessen in Westeuropa nach dem Zweiten Weltkrieg und mit dem theoretischen und praktischen Wirken des Kommunismus in Europa, insbesondere in Westeuropa befassen. Man muss schon prüfen, welche Auswirkungen es hatte, dass sich die materielle Lage für die Masse der Werktätigen dort nach 1945 relativ rasch verbesserte, während der Osten auf diesem Gebiet zurückblieb. Die Ursachen hierfür, etwa Faschismus, Krieg und Zerstörung, sind bekannt. Gab es damit in den realsozialistischen Ländern nicht eine breite soziale Basis für Opportunismus und Revisionismus? Wenn es die gab, reicht aber die Verabschiedung dieser oder jener Persönlichkeit aus der kommunistischen Bewegung allein nicht aus, um solche Prozesse zu verstehen. Ideologische Deformationen großen Ausmaßes gelangen nur, weil es dafür einen sozialen Boden gab und gibt. Wenn wir diese objektiven und subjektiven Faktoren nicht beachten, stoßen wir in unserem Kampf ins Leere. Mit Verschwörung und Agententheorien gelangen wir nicht zu den wirklichen Gründen und Ursachen.

Gossweiler geht hin und wieder auf solche Quellen von Revisionismus ein, analysiert sie aber nicht. So macht er in dem erwähnten Interview in der jungen Welt vom 3./4. November durchaus richtig darauf aufmerksam, dass im Vergleich zu den kapitalistischen Ländern des Westens die Lebensbedingungen der Massen im Sozialismus zurückblieben. Er kritisiert in diesem Zusammenhang Chruschtschows Orientierung auf die Förderung der Konsumgüterindustrie. Aber warum? Sollte der Rückstand beibehalten werden? Wenn der Sozialismus den Massen nichts bringt, wozu braucht man ihn dann? Nicht diese Orientierung war das Problem, sondern das Zurückbleiben in der Theorie und Praxis der sozialistischen politischen Ökonomie und die wachsenden Widersprüche zwischen den tatsächlichen, objektiven Erfordernissen und den politischen Verlautbarungen sowie ihrer theoretischen Rechtfertigung. In der Propaganda waren wir immer „größer“ und „besser“. Und wenn Gossweiler wie auch andere in diesem Zusammenhang monieren, man habe nicht dem Sozialismus entsprechende Werteorientierungen geschaffen, so steckt in solcher Kritik ein gehöriges Maß an Voluntarismus. Werte können nicht primär durch ideologische und politische Arbeit entwickelt werden, sie müssen eine reale gesellschaftliche Basis haben. Den Massen zu sagen, sie sollten sich nicht an der „westlichen“ Automobilkultur, den „Quelle“-Katalogen und den „westlichen“ Unterhaltungssendungen orientieren, rief lediglich die Reaktion hervor: „Ihr redet nur so, weil Ihr uns keine Autos geben könnt, keine Reisen in alle Regionen der Welt und gute Konsumgüter

ohne langes Anstehen oder lange Wartezeiten“. Solange die große Mehrheit der Produkte den Stempel „Made in capitalism“ trägt, ist die massenhafte Vermittlung sozialistischer Werte ein bloßer Wunschtraum. Das heißt nicht, dass man auf diesem Gebiet keine Anstrengungen hätte unternehmen sollen (und man hat sie unternommen, wenn wir nur an Bildung und Kultur oder die Gesundheitsvorsorge denken), sondern dass sie angesichts der realen Lage nicht hinreichend sein konnten.

Eine Haupt-, wenn nicht gar die Hauptquelle für Revisionismus lag (und liegt) in der ideologisch-politischen Arbeit der Partei.

Es waren alle grundlegenden Werke des Marxismus den breitesten Massen zugänglich, doch fand die ideologische Arbeit auf zwei unterschiedlichen Ebenen statt, wobei die eine dieser Ebenen trotz allem die bestimmende war.

Ideologische Arbeit

Was war also das ideologische „Futter“ für die Masse der Kommunisten über viele Jahre bis 1956? Es waren vor allem zwei Bücher: „Die Geschichte der KPdSU. Kurzer Lehrgang“ aus dem Jahr 1938, darin enthalten die Stalin zugeschriebene Arbeit „Über dialektischen und historischen Materialismus“, und die Sammlung von Texten Stalins „Fragen des Leninismus“.

Um einem „Argument“ den Boden zu entziehen, das in der jüngsten Ausgabe der von Hans Heinz Holz herausgegebenen Vierteljahresschrift T&P (Theorie und Praxis) benutzt wurde: Die Sowjetunion habe doch bedeutende fachwissenschaftliche und technische Werke vollbracht. Darum könne nicht von einem Zurückbleiben auf ideologischem Gebiete gesprochen werden. Nun, das gelang auch den Nazis. Beispiele sind die V-Waffen, der weltweit erste Computer (Konrad Zuse), Düsenantrieb, Magnetophon usw. Nach der Logik des T&P-Aufsatzes hätten die Nazis eine richtige ideologisch-politische Basis besessen. So ein Quatsch kommt heraus, wenn man Naturwissenschaft und Technik mit der weltanschaulich-ideologischen Position vermenschlicht.

Um nicht missverstanden zu werden: Sowohl aus dem „Kurzen Lehrgang“ – trotz seiner nicht wenigen Geschichtsfälschungen – wie auch aus den „Fragen des Leninismus“ war – aus Sicht der damaligen Generation – gar manches zu lernen. Worin aber bestand das Problem? Dass man mit Stalins Arbeit „Über dialektischen und historischen Materialismus“ versuchte (und dabei erfolgreich war), breiten Massen von Völkern unterschiedlicher Nationalität – von denen die meisten ihrer Angehörigen gerade erst Lesen und Schreiben lernten – das dem Staat zugrunde liegende weltanschauliche Fundament zu vermitteln. Das war notwendig und eine didaktische Meisterleistung, um erstes Wissen, erste Anregungen zu vermitteln. Nur: Sobald es um ernsthafte wissenschaftlich betriebene marxistische Philosophie und weltanschauliches Arbeiten ging, war diese Basis unzureichend und wirkte sogar kontraproduktiv.

Zum Beleg ein paar Beispiele. Wir erinnern an die Gossweiler-Worte aus seinem Interview mit der jungen Welt (Teil 1), die diesem Beitrag vorangestellt sind: Der soziali-

stische Staat sei stark, wenn „die Massen alles wissen“ ... Aber was durften nicht einmal die Kader wissen?

Als der marxistische Philosoph Walter Hollitscher (1911–1986) aus der englischen Emigration heimkehrte, brachte er die Kenntnis jener wissenschaftlichen Entwicklungen mit, von denen wir in Nazideutschland abgeschnitten waren. Hollitschers Freunde waren der Physiker und Wissenschaftsphilosoph John Bernal, der Historiker Eric Hobsbawm, der Begründer der Kybernetik Norbert Wiener, der Chemiker Linus Pauling, der marxistische Philosoph Maurice Cornforth und andere. Niemand unter den europäischen Kommunisten war so gut über den aktuellen Stand in den Naturwissenschaften und der Philosophie informiert wie er. Hollitscher hielt dazu an der Humboldt-Universität eine Vorlesungsreihe, doch als die Texte veröffentlicht werden sollten, begann eine regelrechte Hetzjagd gegen ihn. Er wurde für kurze Zeit inhaftiert und musste eine beschämende, bis auf den Auftritt des Philosophen Georg Klaus (1912–1974), mehr als niveaulose Diskussion durchstehen. Die Vorwürfe lauteten, er verbreite westliche Konterbande, er solle sich an der sowjetischen Entwicklung orientieren. Man kann diese Diskussion nachlesen.³ Das bedeutete: Kybernetik, Semantik, Semiotik, Genetik, moderne Logik und andere Disziplinen, Disziplinen, die tragend für die wissenschaftlich-technische Revolution waren, sollten westliche Infiltration sein, von der „unsere“ Studenten nichts erfahren durften.

Zweites Beispiel: Als an der Parteihochschule der SED 1951 eine Vorlesung über US-amerikanische Philosophie gehalten wurde, durfte man zwar indirekt über ihre Positionen informieren, aber nichts zitieren. Das Vorlesungsprogramm und die Literaturangaben durften den Studenten nicht ausgehändigt werden. Das wäre Objektivismus gewesen. Die höheren zukünftigen Parteikader, denn das waren die Studenten, durften nicht wirklich über die grundlegenden ideologischen Positionen der imperialistischen Philosophie informiert werden!

Drittes Beispiel: Als im KPD-Verbotsprozess der Jesuitenpater Gustav Adolf Wetter, der ein mehrere hundert Seiten umfassendes Buch zur Kritik der marxistischen Philosophie geschrieben hatte (seine Grundlage war die genannte Arbeit Stalins „Über dialektischen und historischen Materialismus“), in Sachen Theorie als Zeuge gegen die KPD auftreten sollte, fanden wir in Ost und West keinen Genossen, der Wetter hätte Paroli bieten können. Georg Klaus durfte sein Buch gegen Wetter „Jesuiten, Gott, Materie“ – es war ein Befreiungsschlag – erst 1958 veröffentlichen; so war es dann auch mit seinen und anderer Arbeiten zur Logik, zur Kybernetik usw.

Viertes Beispiel: Stalins Arbeit „Marxismus und die Fragen der Sprachwissenschaft“ (1950) löste u.a. eine Logik-Diskussion aus. Ihre Beiträge können nachgelesen werden.⁴ Die Debatte war geprägt durch ein Hin- und Herwenden bekannter Zitate, trostlos scholastisch. Der einzige wirklich grundlegende Beitrag zum Thema „Dialektik und Logik“

von marxistischer Seite bis dahin, jener Georgi Plechanows, durfte nicht einmal mit der Pinzette angefasst werden. Auch in dieser Hinsicht hat erst Georg Klaus den gordischen Knoten durchgehauen. Da man die moderne Logik nicht zur Kenntnis nahm, wurde auch nicht klar, dass ihr aussagenlogischer Bestandteil ein Ausgangspunkt für die Entwicklung von Kybernetik und Informationstechnologien wurde.

Rückstand der Theorie

Übrigens war die DDR in dieser Hinsicht noch eine „Oase“ – alle Dummheiten eingestanden. Aus diesem Grund kam es im ostdeutschen Staat wohl nicht zu einem solchen theoretischen Niedergang wie in der Sowjetunion, in der z.B. Forschungen zur Genetik nur in „Nischen“ überlebten. Erst 1958 fand dort in einer Allunionskonferenz der Philosophen erstmals wieder – trotz alt-dogmatischer Verrenkungen – eine Rückbesinnung auf die großen Traditionen der sowjetischen Debatten zu Philosophie und Naturwissenschaften statt.⁵

Dem Idealismusvorwurf ausgesetzt waren zuvor die Kybernetik Norbert Wieners, die Resonanztheorie Linus Paulings (zweimaliger Nobelpreisträger, Mitglied der Akademie der Wissenschaften der UdSSR), die mathematische Logik, die Relativitätstheorie Albert Einsteins usw. War im „Kurzen Lehrgang“ noch Hegel unter den Quellen der marxistischen Philosophie genannt, so hieß es plötzlich in den 40er Jahren, die klassische deutsche Philosophie sei eine feudal-aristokratische Reaktion auf die Französische Revolution gewesen. Mit diesem Abschneiden einer der Hauptquellen der marxistischen Philosophie bildete sich ein Materialismusverständnis heraus, das sich in der Lyssenko-Affäre 1948 verdeutlichte: Die Dogmen des sowjetischen Biologen, die z.T. auf Fälschungen beruhten und administrativ in den Wissenschaften durchgesetzt wurden, beruhten philosophisch auf dem Lamarckismus vom Anfang des 19. Jahrhunderts, d.h. auf vordialektischem, mechanischem Materialismus. Die biologischen Wissenschaften der Sowjetunion wurden durch ihn, der erst 1962 von Chruschtschow entlassen wurde, nachhaltig geschwächt und beschädigt.

Solche Probleme ergaben sich, weil kein adäquates Verständnis des Verhältnisses von Philosophie und Naturwissenschaften entwickelt wurde. Diese Tatsache deutet auf ein tieferes, umfassenderes Problem hin. Wenn Naturwissenschaftler die „Grenzen“ ihrer Wissenschaft hin zur Philosophie überschreiten, so ist das Resultat nicht der Naturwissenschaft anzulasten. Da philosophierende Naturwissenschaftler auch zu idealistischen Konzeptionen kommen, meinen manche, das seien „Ergebnisse“ der Naturwissenschaft. Dieses falsche Verständnis, dass es bereits in naturwissenschaftlichen Konzepten Idealismus gebe, bewirkte deren politische Ablehnung. Dieser Vorgang aber war ein Ergebnis des Stalinschen Verständnisses von Materialismus und Dialektik. Es trug nicht unwesentlich zum Zurückbleiben der sozialistischen Länder auf dem Gebiet der wissen-

³ Walter Hollitscher: Vorlesungen zur Dialektik der Natur, Verlag Arbeit & Gesellschaft GmbH, Marburg 1991, dort als Anhang abgedruckt, S. 371–420

⁴ Über Formale Logik und Dialektik, Diskussionsbeiträge, Verlag Kultur und Fortschritt, Berlin/DDR 1952

⁵ Vgl. K. Ch. Delokarow: Relativitätstheorie und Materialismus, Akademie-Verlag, Berlin/DDR 1977

schaftlich-technischen Revolution bei, es wurde erst nach Stalin allmählich, aber nicht ausreichend überwunden. Der Rückstand der Sowjetunion und der sozialistischen Länder in weiten Bereichen der wissenschaftlich-technischen Revolution hatte eine wesentliche Ursache in politisch-ideologischen Hemmnissen.

Entscheidender war allerdings, dass die Unterentwicklung und die verlangsamte Entwicklung der ökonomischen Basis verhinderte, dass wissenschaftliche Entdeckungen schnell in die Praxis umgesetzt wurden. Die Fixierung der Sowjetunion auf den Militär-Industrie-Komplex, die Konzentration der fortgeschrittensten Technologien allein auf diesen Bereich, verhinderte auch, dass notwendige Innovationen in die zivile Produktion überführt wurden.

Wird versucht, über die Geschichte der Stalin-Zeit aufzuklären, kommt es immer wieder nicht nur zu nötiger und berechtigter Würdigung der in ihr erreichten großen, unbestrittenen Fortschritte. Geht man dabei aber kritisch auf den unsäglichen Kult um Stalin ein und befasst sich sodann – damit das Volk eben alles wissen kann – mit den Untaten jener Ära, so presst Gossweiler dies in ein bestimmtes Raster. Ihr macht aus Stalin einen „Blutsäufer“, behauptet er.

Das machen tatsächlich viele. Aber es gibt auch jene, die sich diesem Problem zuwenden, ohne Stalins Leistungen und Verdienste zu leugnen. Gossweilers Raster „erlaubt“ es, jede solche Kritik über einen Kamm zu scheren und zu verleumden. Da sollen die Massen eben doch nicht alles wissen!

Ist es da verwunderlich, dass auf diesem ausgetrockneten Acker in der Vergangenheit schließlich eine solche revisionistische Distel wie die erbärmliche Vorlesung Robert Havemanns „Dialektik ohne Dogma“ (1964) den Zuspruch von Massen Studenten in der DDR fand? Wenn Marxisten ihre Hausaufgaben nicht machen, macht sie der Revisionismus auf seine Art. Erinnert sei an die Zeichnung Francisco Goyas: „Wenn die Vernunft schläft, erwachen die Gespenster“. Der in der Stalin-Zeit erreichte Schlaf unserer Vernunft erweckte revisionistische Gespenster. Das betraf den „offiziellen“, den parteioffiziellen Marxismus. An vielen wissenschaftlichen Einrichtungen der sozialistischen Länder arbeitete man aber besser (auch mit höchster Billigung). Nur so ist zu verstehen, dass dieser Schlaf beendet werden konnte. Allerdings hatte dies einen hohen Preis: Die Verwirklichung des Sozialismus erfordert kritische Achtung des Wissens und der wissenschaftlichen Erkenntnis, erfordert komplexes wissenschaftliches Denken, wissenschaftliche Auseinandersetzung, das Streiten um die besten Lösungen auf höchstem Niveau. Mit Dogmatismus, Einseitigkeit und Einschränkung dialektischen Denkens wird sich die neue Welt nicht durchsetzen lassen. Deshalb gab es neben den schöpferischen Marxisten eben auch jene, die – spätestens 1989 – unter sich verändernden ökonomischen und politischen Verhältnissen andere Wege, auch „dritte“, revisionistische Irrwege gingen.

Was dies alles für die Gesamtentwicklung des Sozialismus und Marxismus bedeutete, wäre durchaus gründlicher zu erforschen

Schlussbemerkungen

Es wird von mir nicht bestritten, dass es Revisionismus – aber auch seinen Zwillingenbruder, den Dogmatismus – gab (und gibt). Nur gab und gibt es dafür andere Quellen, und er trat und tritt anders in Erscheinung, als es Kurt Gossweiler beschreibt oder in T&P zu lesen ist. Chruschtschow, sein Nachfolger Leonid Breschnew (1906–1982) und andere mögen nicht ausreichend für ihre Aufgaben an der Spitze der KPdSU gewappnet gewesen sein – das haben jene zu verantworten, in deren Hände ihre Vorbereitung aufs Amt lag, aber Revisionisten waren sie wahrlich nicht. Vielmehr verweist das auf Gründe und Quellen, die dem XX. Parteitag, dem Wirken Chruschtschows und anderer vorausgegangen waren, aber gerade davon soll die derzeitige Debatte über den XX. Parteitag und Chruschtschow ablenken. Der Dogmatismus soll weiter wirken können. Dazu wird der Vorwurf des Revisionismus genutzt. Aber er ist in diesem Zusammenhang nicht haltbar, er ist erfunden.

Es wird von mir nicht bestritten, dass für den Zusammenbruch des europäischen Sozialismus ideologischer und politischer Niedergang mindestens in gleichem Maße verantwortlich waren wie ökonomische und demokratische Defizite.

Es wird von mir nicht bestritten, dass dieser Degenerationsprozess in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre ein galoppierendes Tempo annahm und zum offenen Verrat der Gorbatschow-Gruppe etwa an der DDR und zu der tatsächlichen Komplizenschaft mit dem Imperialismus geführt hat. Widerstand dagegen, gerade auch durch Politiker der DDR, erwies sich angesichts der Stärke und Rolle der Sowjetunion und ihrer damaligen Führung als erfolglos.

Kurt Gossweilers Faschismusanalysen sind hoch zu schätzen, seine Erforschung der Niederlage von 1933 wird große Bedeutung behalten. Doch seinem Versuch, die Niederlage von 1989/90 aus dem XX. Parteitag der KPdSU und aus dem Wirken Chruschtschows (der dazu, wenn auch negativ, zum Gegengenie Stalins aufgewertet wird) abzuleiten, die „Vorgeschichte“ aber zu verdrängen, kann ich nicht zustimmen.

Und noch eine Anmerkung: Nach 1989 wurde versucht, die DKP für verschiedene Ziele zu nutzen. Die einen wollten, dass die Partei in einer reformistischen Linken aufgeht, andere meinten, wir hätten keine kommunistischen Ziele, seien verrottet, seien selbst reformistisch.

Den ersteren wäre vielleicht zu sagen, ob man nicht – wie in vielen Orten und Bundesländern bereits der Fall – in den sozialen und politischen Kämpfen auch künftig solidarisch zusammenarbeiten sollte, auch wenn sich unsere gesellschaftlichen Zielstellungen unterscheiden. Anders wird es nicht gehen, wenn man die Verhältnisse im Land und international verändern will. Den anderen muss man vielleicht einfach nur sagen, dass sie verantwortungslos und mit historischen Unwahrheiten handeln.

(c) Junge Welt vom 10. und 11. 12. 2007

Weitere Hefte aus den Publikationen des Marxistischen Forums

- | | | | |
|------------|--|---------|--|
| Heft 28/29 | Beiträge zur Konferenz des Marxistischen Forums Sachsen am 4. März 2000 in Leipzig
GNN Schkeuditz 2000,
ISBN 3-89819-035-8, Preis: 3,50 Euro, 56 S. | Heft 46 | Was erwarten wir vom 21. Jahrhundert?
Wissenschaft - Hoffnung - Traum
Colloquium aus Anlass 75. Geburtstag U.-J. Heuer
GNN Schkeuditz 2003
ISBN 3-89819-175-3, Preis 2,00 Euro, 35 S. |
| Heft 30/31 | Ingo Wagner
Auf der Suche nach sozialer Gerechtigkeit
Plädoyer für eine soziale Gerechtigkeitskonzeption der Partei des Demokratischen Sozialismus aus marxistischer Sicht.
GNN Schkeuditz 2000,
ISBN 3-89819-048-X, Preis: 3,50 Euro, 40 S. | Heft 47 | Europäische Union in guter Verfassung?
Beratung des Marxistischen Forums am 12. Januar 2004
GNN Schkeuditz 2004
ISBN 3-89819-176-1, Preis 2,00 Euro, 20 S. |
| Heft 32/33 | Zur Programmdebatte der PDS Positionen - Probleme - Polemik
Konferenz des Marxistischen Forums am 16. September 2000 in Berlin.
GNN Schkeuditz 2000,
ISBN 3-89819-060-9, Preis: 3,50 Euro, 80 S. | Heft 48 | Möglichkeiten politischer Gegenmacht heute
Beratung des Marxistischen Forums am 30. April 2004
GNN Schkeuditz 2004
ISBN 3-89819-185-0, Preis 2,00 Euro, 20 S. |
| Heft 34/35 | Ehrenfried Pößneck, Ingo Wagner
Eduard Bernstein, Rosa Luxemburg und der Sozialismus der Moderne
GNN Schkeuditz 2001,
ISBN 3-89819-066-8, Preis: 3,50 Euro, 36 S. | Heft 49 | Zu Ursachen des Scheiterns des europäischen Sozialismus
Debatten des Marxistischen Forums
Sachsen/Leipzig und des RotFuchs-Vereins
Leipzig
GNN Schkeuditz 2005
ISBN 3-89819-202-4; Preis 2,50 Euro, 29 S. |
| Heft 36/37 | Reformalternative als Gesellschaftsalternative
Beiträge zur Theoretischen Konferenz des Marxistischen Forums Sachsen am 9. Juni 2001 in Leipzig
GNN Schkeuditz 2001,
ISBN 3-89819-095-1, Preis: 3,50 Euro, 52 S. | Heft 50 | Die sozialistische Linke in Deutschland
Kolloquium des marxistischen Arbeitskreises zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der PDS und der Marx-Engels-Stiftung der DKP
GNN Schkeuditz 2005
ISBN 3-89819-203-2, Preis 2,50 Euro, 32 S. |
| Heft 38 | Gerdhard Branstner
Die neue Weltofferte Was Marx nicht wußte - Eine Blütenlese
GNN Schkeuditz 2002,
ISBN 3-89819-114-1, Preis: 2,00 Euro, 28 S. | Heft 51 | Die DDR - kein Betriebsunfall der Geschichte
GNN Schkeuditz 2006
ISBN 3-89819-227-X, Preis 4,00 Euro, 64 S. |
| Heft 39 | Die Welt nach dem 11. September und dem 7. Oktober 2001
GNN Schkeuditz 2002,
ISBN 3-89819-118-4, Preis: 2,00 Euro, 16 S. | Heft 52 | Sozialismuskonferenz
Veranstaltung des Marxistischen Forums
GNN Schkeuditz 2006
ISBN 3-89819-231-8, Preis 2,00 Euro, 20 S. |
| Heft 40/41 | Krieg, neue Weltordnung und sozialistische Programmatik - 100 Jahre John A. Hobson: Der Imperialismus
GNN Schkeuditz 2002,
ISBN 3-89819-133-8, Preis: 3,50 Euro, 48 S. | Heft 53 | Ingo Wagner
Das Übergangsprogramm heute
mit einem Beitrag von Werner Roß
GNN Schkeuditz 2007
ISBN 978-3-89819-253-8, Preis 2,00 Euro, 16 S. |
| Heft 42 | Ingo Wagner
In welcher Epoche leben wir eigentlich? - Versuch einer Annäherung
GNN Schkeuditz 2002,
ISBN 3-89819-134-6, Preis: 2,00 Euro, 28 S. | Heft 54 | Ingo Wagner
Für einen Sozialismus im 21. Jahrhundert
Geschichtliche Möglichkeit und Notwendigkeit
GNN Schkeuditz 2007
ISBN 978-3-89819-270-5, Preis 2,00 Euro, 22 S. |
| Heft 43 | Die Linke nach der Bundestagswahl
Konferenz des Marxistischen Forums Sachsen, der KPF Sachsen und der Plattform International am 5. Oktober 2002 in Leipzig
GNN Schkeuditz 2002
ISBN 3-89819-138-9, Preis: 2,00 Euro, 27 S. | Heft 55 | Ernstgert Kalbe
Zur Permanenz der Russischen Revolution von 1917 und zur Auseinandersetzung um den Reichstagsbrand - Gestern und Heute
GNN Schkeuditz 2008
ISBN 978-3-89819-277-4, Preis 2,00 Euro, 24 S. |
| Heft 44/45 | Finale? Zur Programmdebatte der PDS
GNN Schkeuditz 2003
ISBN 3-89819-151-6, Preis: 2,00 Euro, 30 S. | | |

Auch die Hefte 1 - 27 sind noch lieferbar, ein Verzeichnis kann beim Verlag kostenfrei angefordert werden. Über den GNN-Buchversand ist ein Dauerbezug der Hefte möglich, der jederzeit kündbar ist. Alle bereits erschienenen Hefte sind über den GNN Buchversand aber auch über den Buchhandel zu beziehen.

GNN Buchversand, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz, Telefon 03 42 04 / 6 57 11, Fax 03 42 04 / 6 58 93 www.gnn-verlag.de, GNN-Schkeuditz@t-online.de

Impressum

ISBN:

Herausgeber: Marxistisches Forum in DIE LINKE.

Verlag: GNN Verlag Sachsen/Berlin m.b.H., Schkeuditz

Redaktionsschluß: 15. Juni 2008

Ziel des Marxistischen Forums ist es, einen Beitrag zur theoretischen Profilierung der Politik der Linkspartei zu leisten. Dazu soll die Schriftenreihe einen Beitrag leisten. Die veröffentlichten Beiträge stellen die Auffassung der Autoren dar.